



Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe

Dokumentation zum Hearing
des Deutschen Jugendinstituts und
des Bundesministeriums für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin



DJI Deutsches Jugendinstitut e.V.

Projekt:
Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit –
Jugendpolitische und pädagogische
Herausforderungen

Zitiervorschlag:

Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe.

Dokumentation zum Hearing des DJI und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000

Das DJI-Projekt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziell gefördert.

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Peter Rieker

Renate Schulze

© 2000 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit –
Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen

Regionale Arbeitsstelle Leipzig

Stallbaumstraße 9

04155 Leipzig

Telefon (0341) 56654-42

Telefax (0341) 56654-47

Internet: <http://www.dji.de>

Layout/Umschlagentwurf/Gesamtherstellung

proart GmbH Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Christine Bergmann Eröffnungsstatement	7
Albert Scherr Akzeptierende Jugendarbeit. Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen <i>Diskussion</i>	9
Doris Pleiger Deeskalation und Gewaltarbeit <i>Diskussion</i>	21
Walther Specht Mobile Jugendarbeit als eine Antwort der Jugendhilfe auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen <i>Diskussion</i>	28
Thomas Wehling Planspiele in der Schule – Ein Ansatz zur erfahrungsorientierten Bildungsarbeit <i>Diskussion</i>	37
Peter Steger Sportbezogene Ansätze: Einige Punkte zum Selbstverständnis gewaltpräventiver Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen <i>Diskussion</i>	46
Kurt Möller Zur Grundlegung geschlechtsreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen	59
Annita Cladder-Micus/Hermann Kohaus Ambulantes Aggressivitätstraining <i>Diskussion</i>	77

Irina Bohn	87
Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt Diskussion	
Abschließende Diskussion	98
Christian Lüders/Bernd Holthusen	100
Rechtsorientierte und rechtsextremistische Jugendliche – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe? Versuch einer fachlichen Würdigung	
Autorinnen und Autoren	110

Vorwort

Am 13. Januar 2000 veranstaltete das Deutsches Jugendinstitut auf Anregung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christine Bergmann eine ganztägige Expertinnen- und Expertenanhörung in Berlin zum Thema „Fremdenfeindlichkeit und Rechts extremismus – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe“.

Aufgabe dieser Anhörung war es, die Grenzen und Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen auszuloten. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor erschreckend hohen Zahl von Jugendlichen mit rechtsextremen Einstellungen und fremdenfeindlichem Verhalten sollte an Hand exemplarisch ausgewählter, möglichst unterschiedlicher Konzepte und Strategien die Frage beantwortet werden, welche Ansätze und Konzepte es innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit rechten und fremdenfeindlichen Jugendlichen gibt, welche Erfahrungen dabei mittlerweile gesammelt worden sind und welche Herausforderungen sich gegenwärtig aus der Sicht der Praxis abzeichnen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Aspekt der Prävention gelegt.

Eingeladen waren 7 Expertinnen und Experten, die unterschiedliche Strategien und Ansätze der Kinder- und Jugendhilfe in der Arbeit mit (potentiell) rechtsextremen und fremdenfeindlichen Kindern und Jugendlichen vorstellten:

- ▶ Akzeptierende Jugendarbeit
- ▶ Deeskalation und Gewaltarbeit
- ▶ Mobile Jugendarbeit
- ▶ Planspieleinsatz an Schulen
- ▶ Sportbezogene Ansätze
- ▶ Ambulantes Aggressivitätstraining
- ▶ Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem AgAG-Programm

In Vorbereitung sind die Referentinnen und Referenten gebeten worden, ihr Thema auf folgende Fragen zu konzentrieren.

- ▶ Welche Zielgruppen werden von den Angeboten erreicht? Um welche Größenordnungen handelt es sich? Wo liegen die Grenzen?
- ▶ Welche Grundannahmen liegen dem Konzept zugrunde?
- ▶ Welche Rolle spielt der präventive Aspekt?
- ▶ Welche Erfahrungen wurden bislang gemacht?
- ▶ Wo gibt es erkennbare Defizite und Herausforderungen?

Bewusst wurde die Frage nach den Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausgeklammert, da hier die Fachdiskussion seit einigen Jahren unter verschiedenen Perspektiven gut dokumentiert ist. Bei den praktischen Arbeitsansätzen ist das nicht der Fall. Die Expertinnen und Experten wurden gebeten, ihr Statement auf eine Viertelstunde zu begrenzen. Nach jedem Statement gab es die Möglichkeit nachzufragen und die Thesen zu diskutieren.

Diese Dokumentation enthält alle auf dem Hearing vorgetragenen Referate. Die im Anschluss an die Referate abgedruckten thematischen Zusammenfassungen der Diskussionen wurden von Frau Dr. Stefanie Würtz auf der Basis einer Tonbandaufzeichnung erstellt.

Zusätzlich aufgenommen haben wir einen Beitrag von Prof. Dr. Kurt Möller zu geschlechtsspezifischen Ansätzen zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, da der geschlechtsspezifische Aspekt zwar durchaus auch in den vorgestellten Ansätzen eine Rolle spielt, er aber aufgrund seiner Bedeutung mit einem eigenständigen Beitrag gewürdigt werden soll. In der abschließenden Zusammenfassung unternehmen wir den Versuch, die wichtigsten Punkte im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe zu benennen, Herausforderungen zu skizzieren und vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte einzuordnen.

Die Bedeutung, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Diskussion über die Ansätze gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zumisst, zeigte sich nicht nur an der aktiven Teilnahme von Frau Bundesministerin Dr. Christine Bergmann. Auch die inzwischen erfolgte Einrichtung des Projektes „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen“ am DJI in Leipzig unterstreicht die jugendpolitische Schwerpunktsetzung. Das Projekt hat die Aufgabe, Ansätze, Konzepte und Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der außerschulischen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu dokumentieren und fachlich zu bewerten. Damit soll ein Beitrag zur Fortentwicklung der Jugendhilfe in diesem Bereich geleistet werden. Das Projekt hat im Sommer 2000 seine Arbeit aufgenommen. Die Dokumentation des Hearings ist gleichzeitig der erste Materialband, den das Projekt der Fachpraxis zur Verfügung stellt.

An dieser Stelle sei allen gedankt, die durch Referate und Diskussionsbeiträge zum Gelingen des Hearings beigetragen und damit auch die Grundlage für den hier präsentierten Materialband gelegt haben. Ermöglicht wurde diese Veranstaltung und die Publikation ihrer Erträge durch die Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

München/Leipzig im August 2000

Christian Lüders, Bernd Holthusen, Peter Rieker

Eröffnungsstatement

CHRISTINE BERGMANN

Ich begrüße Sie recht herzlich zum heutigen Hearing des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe“.

Ich habe zu diesem Hearing eingeladen, um mit Ihnen gemeinsam über Möglichkeiten und Handlungsansätze zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik zu beraten.

Wir alle wissen, dass das Rechtsextremismus-Feld in den letzten Jahren eine neue Dimension erreicht hat und damit auch die Politik in besonderer Weise gefordert ist, dieser Bedrohung für unsere Gesellschaft mit wirksamen Strategien zu begegnen.

Wenn wir uns die Situation ansehen, dann müssen wir feststellen, dass es rechtsextremistisches und fremdenfeindliches Verhalten von Jugendlichen in ganz Deutschland gibt. Wir müssen aber auch feststellen, dass es in den neuen Bundesländern stärker verbreitet als in den alten ist.

Rechtsextremistische Gesinnung und Verhalten sind in verschiedenen Orten bereits zur dominierenden Jugendkultur geworden.

Wir können und dürfen uns als demokratische Gesellschaft nicht damit abfinden, dass „rechts sein“ zur Norm und zur Normalität wird.

Deshalb ist die wirksame Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Kindern und Jugendlichen eine zentrale jugend- und gesellschaftspolitische Herausforderung.

Mit ist natürlich klar, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Probleme der gesamten Gesellschaft mit Mitteln der Pädagogik und der sozialen Arbeit allein nicht lösbar sind, hier sind alle gesellschaftlichen Gruppen gefragt – Unternehmen wie Gewerkschaften, Kirchen wie Sportvereine, um nur einige Gruppen zu nennen.

Wir alle wissen aber, dass die Kinder- und Jugendhilfe für ihren Bereich einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten muss und leisten kann.

Gefahren rechtsextremistischen Bestrebens so frühzeitig wie möglich erkennen und nachhaltig und konsequent gegensteuern – das muss Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe sein. Es ist natürlich nicht so, dass sich Staat und Gesellschaft dieser Problematik bisher nicht angenommen hätten. Es existieren eine ganze Reihe von Konzepten, Projekten und Vorhaben auf Bundes- und Länderebene. Auch mein Haus unterstützt im Rahmen seiner extremismus- und gewaltpräventiven Bemühungen eine Vielzahl von Forschungs-, Informations- und Modell-

maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer und fremdenfeindlicher Ideologien bei Kindern und Jugendlichen. Ich bin aber der Auffassung, dass wir auch von Bundeseite stärker als bisher die konkreten Projekte und Initiativen vor Ort, diejenigen, die sich den rechtsextremen Tendenzen entgegenstellen, unterstützen müssen. Ursachenforschung ist wichtig, aber sie muss auch in konkretes Handeln münden. Den Projekten und Initiativen, die sich für eine zivile Gesellschaft einsetzen, müssen wir den Rücken stärken.

Ich bin der Auffassung, das Bund, Länder, Kommunen und gesellschaftliche Initiativen hier enger als bisher zusammenarbeiten müssen. Es geht nicht um Blitzprogramme und öffentlichkeitswirksame Aktionen, sondern es geht um Unterstützung von kontinuierlicher Arbeit vor Ort. Gerade zu diesem Thema der Vernetzung und der konkreten Umsetzung erhoffe ich mir heute Anregungen und Vorschläge, wir wollen mit dem heutigen Hearing die konkrete Fachdiskussion über Möglichkeiten und Perspektiven gezielt weiterentwickeln.

Ich möchte mich bei der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention beim Deutschen Jugendinstitut für die konzeptionelle Vorbereitung und Ausgestaltung dieser Veranstaltung bedanken und natürlich ganz besonders bei Ihnen, meine Damen und Herren Experten, dass Sie bereit sind, mit Ihrer fachlichen Kompetenz und aus Ihrem jeweiligen spezifischen Blickwinkel heraus uns Grundlagen und Vorstellungen über notwendige Präventionsstrategien und -ansätze der Kinder- und Jugendhilfe zu geben, um der rechtsextremistischen Gewalt zu begegnen.

Dafür danke ich Ihnen schon jetzt recht herzlich.

Akzeptierende Jugendarbeit. Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen

ALBERT SCHERR

1. Einleitung

Aktuelle Untersuchungen weisen ein anhaltend hohes Niveau fremdenfeindlich motivierter Straftaten nach und zeigen auf, dass bei 20 bis 25 Prozent aller Deutschen stark fremdenfeindliche Einstellungen vorliegen (Esser/Ganter 1998). Ein Drittel aller Bürger der Europäischen Union bezeichnet sich, so eine aktuelle Pressemitteilung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC, 5/99/DE), als sehr oder ziemlich rassistisch. Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen sind also kein jugendspezifisches Problem. Jedoch sind Formen des subkulturellen Rechtsextremismus¹ und der direkten fremdenfeindlichen Gewaltbereitschaft überproportional bei Jugendlichen vorzufinden.

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Forschungsergebnisse kann weiter davon ausgegangen werden, dass – grob vereinfachend formuliert – solche Jugendlichen verstärkt nach rechts tendieren, die in sozialen Milieus aufwachsen, in denen fremdenfeindliche Orientierungen auch von Erwachsenen geteilt werden und die sich als reale oder potentielle Verlierer des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses wahrnehmen (s. zusammenfassend Bergmann/Erb 1998; Eckert u. a. 1996; Esser/Ganter 1998; Scherr 1999a). Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stellen jedoch keineswegs ein auf Benachteiligte, Minderheiten und Randgruppen begrenztes Phänomen dar, sondern sind in unterschiedlichen Ausprägungen auch bei „ganz normalen“ Jugendlichen verbreitet (vgl. Scherr 1995, 44 ff.). Es zeichnet sich – insbesondere in den neuen Bundesländern – zudem die Tendenz ab, dass sich eine rechte Jugendkultur als Sozialisationsmilieu mit erheblicher Ausstrahlungskraft etabliert bzw. weiter verfestigt (s. Wagner 1999).

Ohne Zweifel stellt diese Situation eine zentrale Herausforderung an die Jugendhilfe dar und gibt hinreichenden Anlass, einen offensiven Ausbau einer sich als Beitrag zur Schaffung einer

¹ Der Terminus subkultureller Rechtsextremismus bezeichnet solche Varianten, die sich gerade nicht an den Spielregeln der organisierten Politik sowie an den etablierten Konventionen, Sprachstilen, Umgangsformen, Kleidungsnormen usw. orientieren, sondern sich von diesen mehr oder weniger demonstrativ abgrenzen.

demokratischen Kultur verstehenden Jugendarbeit zu fordern.² Insbesondere ist es erforderlich, verstärkt Angebote der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit sowie der Jugendbildungsarbeit zu etablieren, die eine Alternative zur Selbstorganisation Jugendlicher in rechten Szenen und Cliques eröffnen. Akzeptierende Jugendarbeit kann m. E. ein wichtiges Element einer solchen Jugendarbeit sein. Sie ist – wenn sie qualifiziert und kompetent praktiziert wird – der Möglichkeit nach zwar kein hinreichender, aber ein notwendiger Beitrag der Jugendhilfe zur Eingrenzung und Deeskalation von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

2. Entstehung und Zielsetzung

Das Konzept akzeptierende Jugendarbeit wurde Ende der 80er-Jahre in Bremen in Reaktion auf die Beobachtung der Herausbildung solcher Jugendgruppen und Jugendcliques entwickelt, für die fremdenfeindliche bzw. rassistische Überzeugungen sowie ggf. auch eine demonstrative Gewaltbereitschaft Grundlage der Gruppenbildung sind (s. dazu Krafeld 1992, 1993 und 1994). Die zweifellos missverständliche Selbstbezeichnung akzeptierende Jugendarbeit bringt eine Gegenposition zu der damals in der alten Bundesrepublik in der Fachöffentlichkeit einflussreichen Position zum Ausdruck, dass eine Jugendarbeit mit solchen Jugendcliques, die sich offensiv als rechtsextrem und/oder gewaltbereit definieren, weder anzustreben noch möglich sei (s. Scherr 1992a und b). Vor diesem Hintergrund wurden Jugendliche, die sich als rechtsextreme Jugendliche darstellen, aus Angeboten der Jugendarbeit vielfach ausgegrenzt. Demgegenüber war beabsichtigt auszuweisen, dass eine Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques, etwa mit rechten Skinheads, sowohl möglich als auch in der Lage ist, verändernd auf deren Gewaltbereitschaft und ihre politischen Orientierungen einzuwirken. Angestrebt war somit im Sinne sekundärer bzw. tertiärer Prävention eine Konzeption zu entwickeln, die dazu befähigt, auch solche Jugendlichen noch zu erreichen und zu beeinflussen, die mit den gängigen Mitteln der schulischen und außerschulischen politischen Bildung sowie der offenen Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden können, also die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft nicht an Verfassungsschutz, Strafrecht und Polizei zu delegieren. Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen steht insofern zunächst ganz allgemein für die Forderung zu akzeptieren, dass auch solche Jugendlichen Adressaten von Jugendarbeit sind.

Dabei war in der Fachöffentlichkeit von Anfang an unstrittig, dass Jugendarbeit im Allgemeinen und akzeptierende Jugendarbeit im Besonderen sich nicht als umfassende

² Eine solche Orientierung von Jugendarbeit wird bekanntlich im §11 KJHG ohnehin gefordert; gleichwohl ist aber nicht zu übersehen, dass offene und aufsuchende Jugendarbeit sich tatsächlich vielfach primär als sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen in problematischen Lebenssituationen darstellen, der sozial- und ordnungspolitische Aufgaben zugewiesen sind.

Problemlösung und als Politikersatz eignet, sondern nur einen eng begrenzten Beitrag zur Prävention, Eingrenzung bzw. Deeskalation leisten kann, da es sich nicht um ein genuines Jugendproblem, sondern um Formen der Artikulation und Zuspitzung einer gesellschaftsstrukturell bedingten Fremdenfeindlichkeit handelt (s. Scherr 1992a).

Obwohl das Konzept akzeptierende Jugendarbeit den bislang einzigen explizit und spezifisch für die Arbeit mit rechten Jugendcliquen entwickelten Arbeitsansatz darstellt, existiert nur eine begrenzte Zahl von ca. 30 Projekten (s. Buderus 1998, S. 139 ff.), die direkt hieran anknüpfen.³ Darüber hinaus wird in einer nicht überschaubaren Zahl von Einrichtungen der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit sowie in den neuen Bundesländern in den Nachfolgeprojekten des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt mit rechten Jugendszenen gearbeitet, ohne direkt an das Konzept akzeptierende Jugendarbeit anzuschließen (s. Kreft 1993) und ohne dass hierfür eine klare und gemeinsame konzeptionelle Grundlage ausgewiesen war bzw. ist. Da „niemand eine geschlossene, wissenschaftlich erprobte Konzeption für die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen parat hat“, formulierte Reinhard Koch (1993, S. 21) bezogen auf die Projekte des Aktionsprogramms in Sachsen-Anhalt, „mussten Konzeptionen ‚on the job‘ entwickelt werden“. Auch gegenwärtig muss noch davon ausgegangen werden, dass eine fachöffentlich als bewährte und konsensuelle Arbeitsgrundlage anerkannte Konzeption für die Arbeit mit rechten Jugendszenen nicht vorhanden ist. Zudem wird der Terminus akzeptierende Jugendarbeit uneinheitlich verwendet.⁴

Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen formuliert Krafeld (1999, S. 2) und in Reaktion auf zum Teil polemische Kritiken (s. u. Abschnitt 4) folgenden Vorwurf: „Die meisten Jugendarbeiter in Ostdeutschland, die von sich selbst behaupten, nach dem ‚akzeptierenden Ansatz‘ zu arbeiten, haben denn auch nie davon gehört, dass es unter diesem Begriff überhaupt eine ausformulierte Konzeption gibt Sie verwenden den Begriff vielmehr als Synonym für eine persönlich vielleicht engagierte, aber fachlich völlig unprofessionelle und unververtretbare Identifizierung mit ihrer Zielgruppe.“⁵

³ Nach Auskunft von F.-J. Krafeld, der das Konzept akzeptierende Jugendarbeit entwickelt hat und die einschlägigen Projekte beobachtet und zum Teil begleitet, ist eher davon auszugehen, dass diese Zahl sich inzwischen weiter reduziert hat.

⁴ So formulieren etwa Dünkel und Geng (1999a, S. 382) die Kritik „einer akzeptierenden, neutralen oder gewährenden Pädagogik“ und unterscheiden davon eine „konfrontative Sozialarbeit“, wobei sie für letztere Grundsätze des Konzepts akzeptierender Arbeit in Anspruch nehmen.

⁵ Auch Wagner (2000, S. 85) berichtet von einem Fall, in dem „Sozialarbeiter ... unter der Fahne ‚akzeptierende Jugendarbeit‘ mehreren Nazi-Bands logistische Hilfe und gute Bedingungen schufen“ und er notiert „die fachliche Inkompetenz der Sozialarbeiter und ihre Distanzlosigkeit zur rechten Ideologie“.

Ob diese Polemik zutrifft oder nicht, kann hier nicht entschieden werden, da eine verlässliche Forschung über die Praxis der Arbeit in rechten Jugendszenen nicht existiert. Deutlich wird damit ein zentrales Forschungsdefizit, das sachhaltige Auseinandersetzungen über *Möglichkeiten und Grenzen der Jugendhilfe erheblich erschwert: Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind recht umfassend erforscht, kaum aber die Bedingungen und Ursachen der Erfolge bzw. Misserfolge von Interventionsstrategien.*

3. Grundannahmen und Erfolgsbedingungen

Akzeptierende Jugendarbeit stellt keinen gänzlich innovativen Ansatz dar, sondern lässt sich im Kern als ein Versuch verstehen, allgemeine Arbeitsprinzipien der Jugendhilfe bezogen auf rechte Jugendszenen zu spezifizieren. So erklärt Krafeld in zahlreichen Veröffentlichungen, dass akzeptierende Jugendarbeit von den Problemen ausgehe, die Jugendliche haben, nicht von denen, die sie machen (etwa Krafeld 1994, S. 13). Damit wird ein im Grundsatz bewährtes generelles Arbeitsprinzip der Jugendhilfe in Anspruch genommen.⁶ Dieses ist dann und insofern plausibel, wie unterstellt werden kann, dass manifeste Formen problematischen Handelns Ausdruck zugrunde liegender Problemlagen sind, also nicht Folge von den einzelnen, im vollem Umfang als bewusst und rational begründet zurechenbaren Entscheidungen. Zudem wird – bezogen auf Jugendliche mit verfestigten politischen Überzeugungen – unterstellt, dass die als Belehrung zu verstehenden Konzepte der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit als Mittel der Bekämpfung des Rechtsextremismus als gescheitert gelten müssen, weshalb keine Alternative zu einer an den Alltagserfahrungen und lebensweltlichen Problemen der Jugendlichen ansetzenden Arbeit bestehe (ebd.; Krafeld 1996, S. 24).

In Anspruch genommen wird in der Folge:

1. Die Erwartung, dass eine sozialpädagogische Unterstützung rechter Jugendlicher bei der Bewältigung von lebenspraktischen Problemlagen, insbesondere das Zur-Verfügung-Stellen von Räumen, eine unverzichtbare Bedingung für den Aufbau pädagogischer Beziehungen ist, auf deren Grundlage dann auch inhaltlich-politische und ethische Auseinandersetzungen sinnvoll geführt werden können;
2. Die Erwartung, dass eine Reduzierung des Problemdrucks, dem Jugendliche unterliegen, zugleich wesentliche Ursachen ihrer Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit verringert und damit mittelfristig zum Abbau entsprechender Verhaltensweisen führt.

Auf dieser Grundlage werden dann konkrete Arbeitsprinzipien für das pädagogische Handeln formuliert (s. ebd., S. 26 ff.), die hier nicht im Detail darzustellen sind.

⁶ Dieser Grundsatz war bereits für die geisteswissenschaftliche Pädagogik der 20er-Jahre zentral; er stellt ein Grundaxiom auch der gegenwärtigen Sozialpädagogik und Sozialarbeit dar; vgl. s. dazu Niemeyer 1999, S. 135 ff.

Unverzichtbar ist es aber darauf hinzuweisen, dass es sich um ein Konzept pädagogischer Beziehungsarbeit handelt, das spezifische und hohe Anforderungen an die Professionalität der beteiligten Mitarbeiter stellt. Dies gilt nicht zuletzt in Hinblick auf ihre politischen und ethischen Grundüberzeugungen. Diesbezüglich formuliert Krafeld (1999, S. 1): „Gegen Rechts-Extremismus und Gewalt können ... selbstverständlich nur solche Menschen wirken, die selbst grundverschiedene andere ethische Orientierungen und politische Orientierungen haben, die diese auch zeigen und die sie in ihrem Handeln lebendig werden lassen. Und wenn solche Leute dann trotzdem bereit sind, auf solche junge Menschen zuzugehen, die sich von rechtsextremen Orientierungen leiten lassen, dann macht es Sinn, Akzeptanz zu betonen: nämlich die Akzeptanz des Gegensätzlichen als Ausgangspunkt von Einmischungs- und Veränderungsprozessen.“

Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet so betrachtet den professionellen Umgang mit einer paradoxen Anforderung, nämlich durch basale zwischenmenschliche Akzeptanz gekennzeichnete Beziehungen zu Personen aufzubauen, deren politische und ethische Überzeugungen abgelehnt werden, in der Hoffnung, von diesen als ein Kommunikationspartner anerkannt zu werden, dessen Argumente nicht von vornherein abgelehnt werden, sondern potentiell Nach- und Umdenken veranlassen.

Die skizzierten Grundannahmen implizieren spezifische *Ausgangs- und Erfolgsbedingungen* akzeptierender Jugendarbeit:

- ▶ *Erstens* wendet sich akzeptierende Jugendarbeit vorrangig an solche Jugendlichen, die durch Formen der politischen Bildungsarbeit nicht bzw. nicht mehr erreicht werden können, insbesondere an Jugendliche mit bereits verfestigten rechten Deutungsmustern und Überzeugungen, die Versuche der Aufklärung abwehren. Dies kann jedoch bezogen auf Jugendliche mit fremdenfeindlichen und ggf. rassistischen Orientierungen nicht generell unterstellt werden; vielmehr ist jeweils konkret zu prüfen, ob und in welchem Umfang Bildungs- und Aufklärungsarbeit noch möglich sind.
- ▶ *Zweitens* ist akzeptierende Jugendarbeit nur für solche rechtsorientierten Jugendszenen geeignet, bei denen sich Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft tatsächlich als Ausdruck einer problematischen Lebenssituation verstehen lassen, also als Manifestation von Schwierigkeiten der Lebensbewältigung und Erfahrungen der Ausgrenzung. Auch dies kann nicht generell angenommen werden. Insofern ist bezogen auf konkrete Zielgruppen jeweils zu prüfen, ob akzeptierende Arbeit – oder aber stärker konfrontative und grenzsetzende Strategien – konzeptionell die geeignete Vorgehensweise ist.
- ▶ *Drittens* setzt akzeptierende Jugendarbeit in ihren politischen und ethischen Überzeugungen gefestigte, an demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien orientierte sowie zum professionellen Umgang mit der konstitutiven Paradoxie ihres Arbeitsauftrages befähigte Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen voraus. Auch dies ist nicht selbstver-

ständig gewährleistet, sondern beinhaltet Qualifikationselemente, die einschlägige Studiengänge der Sozialen Arbeit nicht zwangsläufig hervorbringen und garantieren. Zudem ist die Qualifikationsstruktur des pädagogischen Personals im Bereich der Jugendarbeit insbesondere in den neuen Bundesländern bekanntlich prekär.

- ▶ *Viertens* sind eine qualifizierte Fortbildung und Supervision für die MitarbeiterInnen sowie eine wissenschaftliche Begleitung entsprechender Projekte im Interesse der Qualitätssicherung und der Überprüfung von Erfolgen bzw. Misserfolgen zu fordern.
- ▶ *Fünftens* ist akzeptierende Jugendarbeit primär in solchen lokalen bzw. regionalen Kontexten sinnvoll, in denen entsprechende Jugendszenen nicht ohnehin hegemonial und öffentlich akzeptiert sind. Denn Projekte der akzeptierenden Arbeit haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie an Erfahrungen der Ausgrenzung und Stigmatisierung ansetzen können (s. Krafeld 1999, S. 2; Scherr 1999b) und nicht nur eine ohnehin bestehende Akzeptanz weiter verstärken. Akzeptierende Arbeit hat also eine demokratische politische Kultur zur Bedingung.

Angesprochen ist damit die unter dem Stichwort „national befreite Zonen“ diskutierte Problematik, die Behauptung also, dass sich in einigen Regionen der neuen Bundesländer eine Dominanz fremdenfeindlicher Milieus und rechter Szenen herausgebildet hat, die nach Einschätzung des Rechtsextremismusforschers Bernd Wagner zu einer Situation geführt hat, in der der „point of no return“ für erfolgreiche pädagogische Interventionen möglicherweise bereits überschritten ist (s. Wagner 2000). Dort seien „rechtsextreme Haltungen, Rituale und Ideen alltagskulturell durchgeschlagen“ (ebd., S. 83)⁷. Deshalb sei eine präventive Orientierung hier obsolet; vielmehr sind Strategien zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sind, „rechtsextreme Hegemonien in sozialen Räumen zu brechen“ (ebd., S. 85). Ob diese Einschätzung zutrifft oder nicht, kann hier nicht verlässlich eingeschätzt werden, da meiner Kenntnis nach keine aussagekräftigen Feld- und Lokalstudien verfügbar sind.

4. Erfahrungen und Kontroversen

Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen war und ist in der Jugendhilfe und der Publizistik hoch umstritten. Wiederkehrend wurde und wird unter der polemischen Formel „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Drescher 1993; so zuletzt erneut Buderus 1998; vgl. auch Schröder 1997, S. 68 ff.) der Vorwurf erhoben, dass Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen faktisch zu einer Stabilisierung dieser Szenen, nicht zu angestrebten Veränderungen führe. Dieser Vorwurf ist als allgemeiner Grundsatzeinwand eindeutig unberechtigt, da vorliegende Erfahrungsberichte (s. u.) deutliche und glaubwürdige Hinweise darauf geben, dass in qualifiziert durchgeführten Projekten ein Beitrag zur Deeskalation geleistet werden konnte.

⁷ Siehe auch Rautenberg 1997 und Goddar 1997.

Gleichzeitig sind aber auch solche Beobachtungen nicht zu bestreiten, die darauf hinweisen, dass es Projekte gab und gibt, die als Unterstützung rechter Szenen wirksam werden (s. etwa Schröder 1997, S. 68 ff.; Wagner 2000, S. 84 ff.). Die darüber hinausgehende Behauptung eines informierten Beobachters der Entwicklung, „Sozialarbeit, so wie sie in den neuen Bundesländern betrieben wird, stärkt in der Regel die rechte Szene“ (Schröder 1999, S. 207) kann hier in ihrer Gültigkeit nicht verlässlich eingeschätzt werden; sofern sie zutrifft, ist sie im Zusammenhang mit der Frage nach Defiziten im Bereich der konzeptionellen Gestaltung und der Qualifizierung der MitarbeiterInnen sowie bezogen auf lokale Kontextbedingungen (s. o.) zu diskutieren.

Entsprechende Einzelbeobachtungen und Polemiken können fachliche Debatten nicht ersetzen. Diese stehen jedoch vor der Schwierigkeit, dass eine verlässliche, Kriterien wissenschaftlicher Objektivität genügende Evaluation der Entwicklungen und der Wirkungen akzeptierender Jugendarbeit bislang nicht vorliegt. Verfügbar sind lediglich *erstens* eine Reihe kritischer Analysen und Kommentare zu den konzeptionellen Grundlagen (s. etwa Bomes/Scherr 1992; Buderus 1998; Scherr 1992b; Scherr 1999; Schubarth 1999), *zweitens* einige Erfahrungsberichte von in Projekten der Arbeit mit rechten Jugendszenen involvierten Wissenschaftlern und Praktikern (s. u. a. Koch 1993; Krafeld 1996 und 1999; Mücke 1990; Piaszcynski 1993), *drittens* eine Reihe zum Teil deutlich kritischer Beobachtungen einzelner Projekte (so etwa Schröder 1997, S. 68 ff.; Wilking/Wermerskirch 1999) sowie *viertens* die Dokumentationen des AGAG-Programms (ISS 1994; Fuchs u. a. 1997).

Diese lassen zusammenfassend die Einschätzung zu, dass eine die erwähnten Ausgangs- und Erfolgsbedingungen berücksichtigende akzeptierende Arbeit ein wichtiges Element von Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus sein kann, die allerdings auch andere Elemente, wie etwa die Unterstützung demokratischer und sich antifaschistisch verstehender Jugendszenen sowie eine umfassende politische Bildungsarbeit umfassen sollten. Insbesondere gilt es zu vermeiden, dass Angebote der Jugendarbeit sich Jugendlichen als eine Leistung darstellen, die nur denjenigen zuteil wird, die als rechte Jugendliche in Erscheinung treten.

5. Defizite und Herausforderungen

Angesichts der inzwischen vielfach dokumentierten Entwicklung und Verfestigung rechter Jugendszenen besteht zu einer Aufrechterhaltung und Ausweitung der Jugendarbeit mit und in diesen Szenen keine erkennbare Alternative, sofern nicht auf den Versuch verzichtet werden soll, diese Jugendlichen noch mit den Mitteln der Pädagogik zu erreichen. Defizitär ist schon allein die quantitativ geringe Anzahl entsprechender Projekte, denn faktisch erreicht Jugendarbeit nur eine Minderheit der rechten Jugendlichen.

Eine bloß quantitative Ausweitung ist jedoch aufgrund der erwähnten Probleme nicht sinnvoll. Anzustreben ist vielmehr im Interesse der Qualitätssicherung eine konzeptionelle Qualifizierung und Vereinheitlichung der Maßnahmen und Projekte, die Gewährleistung einer hinreichenden Qualifizierung, Fortbildung und Supervision der MitarbeiterInnen sowie eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung und Evaluation.

Nicht zuletzt durch die dezentralen Strukturen der Jugendhilfe sind hierfür nun ersichtlich ungünstige Bedingungen gegeben. Zugleich wird am Fall akzeptierender Jugendarbeit erneut der generell defizitäre Zustand empirischer Forschung im Bereich der Jugendarbeit sichtbar (s. dazu Scherr/Thole 1998, 24 ff.).

Vor diesem Hintergrund ist es m. E. geboten, einen Prozess anzuregen, in dem unter Einbeziehung der Fachöffentlichkeit gemeinsam mit der Praxis Standards für die Arbeit in rechten Jugendszenen ausgearbeitet und Qualitätsstandards für die Ausbildung, Fortbildung und Praxis formuliert werden. Zudem ist die Bereitstellung von Mitteln erforderlich, die eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung und Dokumentation der sich vollziehenden Entwicklungen in der Praxis akzeptierender Jugendarbeit ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Bergmann, W./Erb, R.: Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland. In: Gessenharter, W./Fröchling, H. (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Opladen 1998, S. 211-223

Bommes, M./Scherr, A.: Rechtsextremismus – ein Angebot für ganz normale Jugendliche. In: Mansel, J. (Hg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim und München 1992, S. 210-227

Bruner, C. F./Dannenbeck, C./Zeller, M.-C.: Grenzenlose Jugendarbeit. Vom Umgang mit rechtsorientierten und gewalttätigen Jugendlichen. DJI Arbeitspapier 6/1995 München

Buderus, A.: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn 1998

Drescher, F.: Glatzenpflege auf Staatskosten. In: Die Zeit, Nr. 33/1993, S. 50

Düinkel, F./Geng, B. (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Godesberg 1999

Düinkel, F./Geng, B.: Einige Schlussfolgerungen. In: Düinkel/Geng a.a.O., 1999a, S. 367-398

- Eckert, R. u. a.: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter, J. W./H.-G. Jaschke, H.-G./Winkler, J. R. (Hg.): Rechtsextremismus. Opladen 1996, S. 152-167
- Esser, J./Ganter, S.: Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Bonn 1998
- Farin, K./Seidel-Pielen, E.: Ohne Gewalt läuft nichts. Jugend und Gewalt in Deutschland. Bonn 1993
- Fuchs, J. u. a.: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Bd. 1-5. Münster 1997
- Goddar, J.: Gegen national befreite Zonen. In: Die Tageszeitung vom 14.11.1997
- ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik), (Hg.): Zweiter Zwischenbericht zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Frankfurt 1994
- Koch, R.: Deeskalation von Jugendgewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/1993, S. 16-23
- Krafeld, F.-J. (Hg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen 1992
- Krafeld, F.-J. u. a.: Lieber ein Skinhead als sonst nichts? Grundsätze akzeptierender Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen. In: Neue Praxis, Heft 4/1993, S. 300-310
- Krafeld, F.-J.: Warum akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen? – Ein Beitrag zur Kontroverse. In: Zukunftsforum Jugend 2000, Heft 4/1994, S. 13-19
- Krafeld, F.-J.: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Opladen 1996
- Krafeld, F.-J.: Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert? Bremen 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Kreft, D.: Erklärung zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: Sozialmagazin, Heft 1/1993, S. 60-61
- Mücke, T.: Bericht über das Projekt „Miteinander statt gegeneinander“. In: Sozialmagazin, Heft 5/1990, S. 38-46
- Niemeyer, C.: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik. Münster 1999

- Piasczynski, U.: Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/1993, S. 24-31
- Rautenberg, E.: Eine Einheitsfront von Konservativen und Autonomen. Interview. In: Die Tageszeitung vom 24.12.1997
- Scherr, A.: Anforderungen an professionelle Jugendarbeit mit ausländerfeindlichen und gewaltbereiten Jugendszenen. In: Neue Praxis, Heft 5/1992a, S. 387-395
- Scherr, A.: Vom ‚Antifaschismus‘ zur ‚Heitmeyerei‘? Antikritisches zur Debatte um eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Scherr, A. (Hg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld 1992b, S. 17-36
- Scherr, A.: Soziale Identitäten Jugendlicher. Opladen 1995
- Scherr, A./Thole, W.: Jugendarbeit im Unbruch. In: Kiesel, D./Scherr, A./Thole, W. (Hg.): Standortbestimmung Jugendarbeit. Bad Schwalbach 1998, S. 9-36
- Scherr, A.: Befunde der Rechtsextremismusforschung. In: Dünkel/Geng a.a.O., 1999a S. 69-88
- Scherr, A.: Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In: Widmann; P./Erb, R./Benz, W. (Hg.): Gewalt ohne Ausweg? Berlin 1999b, S. 111-130
- Schröder, B.: Im Griff der rechten Szene. Reinbek 1997
- Schröder, B.: Neue Tendenzen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: Dünkel/Geng a.a.O. 1999, S. 205-207
- Schubarth, W.: Pädagogik und politische Bildung angesichts von Rechtsextremismus und Gewalt. In: Dünkel/Geng a.a.O. 1999, S. 329-346
- Wagner, B.: Rechtsextreme Entwicklungen in „normalen“ Jugendszenen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland. In: Dünkel/Geng a.a.O. 1999, S. 193-204
- Wagner, B.: Rechtsextremismus als Alltagskultur: Wie kann angemessen gehandelt werden? In: Grimm, A. (Hg.): Rechtsextremismus. Loccumer Protokolle 10/99. Loccum 2000, S. 81-87
- Wilking, D./Wermerskirch, G.: Die Hetzjagd auf Farid G. in Guben. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 98/99. Köln 1999 (Eigenverlag), S. 85-96

Diskussion zum Beitrag von Albert Scherr

Zu Beginn der Diskussion vertieft Albert Scherr den im Vortrag angesprochenen Aspekt, dass die dezentrale Struktur von Jugendarbeit keine Einheitlichkeit in der Vorgabe fachlicher Richtungen zulasse. Dies begründet er damit, dass die Ausrichtung von Jugendarbeit normalerweise von den vorgegebenen Richtlinien der einzelnen Träger vor Ort abhängt. Eine für die Praxis relevante Homogenität von Standards in der Jugendarbeit – auch im Hinblick auf Qualitätssicherung – könne sich auf dieser Grundlage in der Regel nicht entwickeln. Regionaler Bezug von Jugendarbeit – so die Argumentation – sei zwar sinnvoll, dennoch gebe es eine negative Kehrseite, nämlich die Gefahr von Willkür bei der Ausrichtung und Einhaltung von Standards in den fachlichen Richtungen.

Auf die Frage, worauf seine positive Einschätzung von akzeptierender Jugendarbeit beruhe, stellt Albert Scherr heraus, dass es seiner Ansicht nach zwar keine verlässliche wissenschaftliche Evaluierung in diesem Bereich gebe. Dennoch seien auf der Grundlage von Erfahrungsberichten Erfolge beschreibbar, in der Weise, dass „Szeneausstiege“ mit Hilfe qualifizierter pädagogischer Arbeit möglich sind. Ebenso würden Erfahrungsberichte darauf hindeuten, dass Lernprozesse anregbar sind. Die Ergebnisse der Bremer Forschergruppe erschienen ihm vor diesem Hintergrund durchaus „glaubwürdig“. Denn sie zeigen an, dass akzeptierende Jugendarbeit zu einer Senkung des Gewaltniveaus beitragen kann. Allerdings – so sein Einwand – stößt akzeptierende Jugendarbeit seiner Ansicht nach insofern an ihre Grenzen, als Gruppenprozesse nicht beeinflusst werden können.

Albert Scherr betont in der Diskussion, dass sich akzeptierende Jugendarbeit primär an diejenigen Jugendlichen richte, für die Akzeptanz im jeweiligen lokalen Kontext nicht gewährleistet sei. Denn nur unter Bedingungen selbst erlebter Ausgrenzung und Missachtung durch andere sei „Akzeptanz ein attraktives pädagogisches Angebot“. Das heißt, sinnvolle akzeptierende Arbeit ist in denjenigen Stadtteilen und Regionen möglich, „in denen die rechte Szene nicht dominant und hegemonial ist“. Politische Bildungsarbeit in diesem Bereich sollte sozialpädagogisches Engagement ergänzen.

Auf die Frage, wie die Rückführung von rechten Jugendlichen in sog. „nationalbefreiten Zonen“ in Ostdeutschland in ein demokratisches Umfeld gelingen kann, stellt Albert Scherr folgendes heraus: „wenn diese Beschreibungen, nationalbefreite Zonen‘ zutreffen, dann ist in diesen Regionen eine wesentlich offensivere Politik erforderlich“. Das heißt, in solchen Regionen ist es zunächst notwendig, das öffentliche Meinungsklima in eine andere – nicht fremdenfeindlich dominierte – Richtung zu verändern; erst in diesem Rahmen macht Jugendarbeit Sinn. Zur sorgfältigen Validierung von Erfahrungsberichten im Bereich „nationalbefreite Zonen“ muss lokal orientierte Forschung hohe Priorität haben. Sie sollte die Aufgabe haben, Zusammenhänge vor Ort zu dokumentieren und zu überprüfen. Denn eine seriöse

empirische Basis – so sein Eindruck – ist für eine angemessene Einschätzung der Problematik dringend erforderlich.

Albert Scherr spricht an dieser Stelle ein in seinen Augen typisches Problem im gesamten Bereich der Jugendarbeit an: so wird „vergleichsweise wenig über die empirischen Realitäten wissenschaftlich geforscht; man verlässt sich sehr stark auf Erfahrungsberichte aus der Praxis“.

Deeskalation und Gewaltarbeit

DORIS PLEIGER

Vorbemerkung

Diese Stellungnahme wird abgegeben vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen des Instituts des Rauhen Hauses für Soziale Praxis mit der Initiierung, Beratung und Begleitung sozialpädagogischer Jugendprojekte, die in den neuen Bundesländern – insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern – seit 1992 mit gewaltbereiten und rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten. Es geht also um Projekte, in denen es um Abwehr von Gewaltbereitschaft und Abbau von extremistischen Rechtsorientierungen geht. Darüber hinaus wurden vom isp in den letzten Jahren Konzepte zur Deeskalation und Gewaltprävention entwickelt, deren Umsetzung derzeit gemeinsam mit kommunalen Präventionsräten und regionalen Arbeitsgruppen zur Jugendkriminalitätsprävention vorangetrieben wird.

Im Zentrum meines Beitrags stehen Deeskalationsstrategien, die in den letzten Jahren von uns erprobt wurden. Ferner werde ich Schwerpunkte unserer Arbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus vorstellen. In der gebotenen Kürze werde ich hoffentlich einen Eindruck davon vermitteln, welche präventiven Aufgaben die Jugendhilfe in diesem Zusammenhang unter bestimmten Rahmenbedingungen für welche Zielgruppen erfüllen kann und wo ihr Grenzen gesetzt sind. Auch auf erkennbare Defizite und Herausforderungen werde ich aufmerksam machen, die längerfristige Arbeitserfolge immer wieder gefährden.

1. Welche Grundannahmen liegen unserem Konzept zugrunde und welche Erfahrungen wurden bislang gemacht?

Vorab gesagt, wir gehen davon aus, dass das Jugendalter entwicklungspsychologisch durch die Phase der Identitätsbildung charakterisiert ist. Darüber hinaus gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Streben nach einer positiven Identität und der Wahrnehmung sozialer Verhältnisse. Je mehr individuelle Möglichkeiten und soziale Mobilität Jugendliche innerhalb der bestehenden sozialen Verhältnisse sehen, desto eher gelingt ihnen das Finden einer eigenen Identität, gelingt eine persönliche Entfaltung. Je starrer und unbeeinflussbarer dagegen die sozialen Gegebenheiten wahrgenommen werden, umso eher wird eine positive soziale Identität über eine Gruppenzugehörigkeit angestrebt. Und das kann unter Umständen enttäuschte, nach Orientierung suchende Kinder und Jugendliche direkt in die Fänge rechtsextremistischer Gruppen führen. Ich habe bereits in der öffentlichen Anhörung des Bundestags-

ausschusses für Frauen und Jugend zum Thema „Jugend und Gewalt“ (24.3.1993) darauf aufmerksam gemacht, dass Jugendliche Gewalttaten, insbesondere solche mit rechtsextremistischem Hintergrund, überwiegend nicht als Einzelpersonen durchführen, sondern als Gruppenmitglieder. Wenn man aber Gewaltaktionen Jugendlicher als Phänomene eines Intergruppenverhaltens interpretiert, dann müssen sozialpädagogische Interventionen im Wesentlichen solche Handlungsstrategien sein, mit denen Gruppen zu beeinflussen sind. (Näheres dazu in der Publikation des Deutschen Bundestages „Zur Sache – Themen parlamentarischer Beratung“ 2/93, S. 263 ff.)

Erste Grundannahme:

Mit der Schaffung „sozialer Räume“ für Jugendliche, z. B. im Rahmen von Jugendprojekten, kann die Identitätsentwicklung entscheidend gefördert werden. Ein vielfältiges Angebot von sozialen Projekten mit unterschiedlichen Betätigungsfeldern für Jugendliche kann ihnen neue Aktionsräume mit der Hilfe von sozialpädagogischer Unterstützungsarbeit eröffnen.

Die Jugendhilfe hat also die Aufgabe, für Kinder und Jugendliche jeden Alters ein vielfältiges Angebot vorzuhalten, z. B. offene Jugendclubs kommunaler und freier Träger sowie Jugendprojekte aus der Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule, um die dortigen Ressourcen in unterrichtsfreien Zeiten sinnvoll zu nutzen, oder Sportprojekte aus der Kooperation Jugendhilfe/Polizei („Sport statt Gewalt“). Aus unserer Sicht geht es um den Zeitpunkt der Präsenz von Jugendhilfe. Wenn bereits Kinder frühzeitig die Erfahrung machen können (als Ergänzung oder vielleicht Gegengewicht zu Erfahrungen, die sie im Elternhaus machen), dass ihnen Beziehungen von MitarbeiterInnen der Jugendhilfe angeboten werden, die geprägt sind von positiver Autorität, und einen gewissen Vorbildcharakter haben, und wenn ihnen soziale Räume für ihre Alltagsaktivitäten angeboten werden, die ihre Interessen wecken oder treffen, in denen auch multikulturelle Aspekte wie selbstverständlich vorkommen, dann haben Gruppen und Organisationen, die durch Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gekennzeichnet sind, kaum eine Chance, nach Orientierung suchende Kinder und Jugendliche für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Zweite Grundannahme:

Professionell gestaltete sozialpädagogische Arbeit in Jugendprojekten hat auch eine gewaltmindernde und deeskalierende Wirkung.

Wir konnten über die Jahre beobachten, dass es dort deutlich ruhiger geworden ist, wo Projekte maßgeschneiderte und ansprechende Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt haben, und wo ProjektmitarbeiterInnen befähigt sind, mit jugendlicher Gewaltbereitschaft sensibel und konsequent umzugehen, und wo sie sich in angemessener Weise über Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mit Kindern und Jugendlichen immer wieder auseinandersetzen. Dieser Erfolg ist insbesondere z. B. in Rostock zu beobachten. Im Umland dagegen, wo den Jugendprojekten keine mehrjährige fachliche Beratung und Begleitung zur Verfügung stand, konnten rechtsextremistische Gruppen viel eher Fuß fassen und „fangen“

immer wieder neue Kinder und Jugendliche für ihre zweifelhaften Ziele. Professionell gestaltete sozialpädagogische Arbeit, insbesondere in Jugendprojekten, braucht ein Unterstützungsnetz aus fortlaufender Qualifizierung und Weiterbildung sowie Fachberatung und/oder Supervision, um die regelmäßige Reflexion der eigenen sozialpädagogischen Praxis zu gewährleisten.

Dritte Grundannahme:

Wenn für unterschiedliche, teilweise rivalisierende Jugendgruppen entsprechende Jugendprojekte mit geeigneten Räumen, möglichst in verschiedenen Stadtteilen, geschaffen und weiterentwickelt werden, kann auch dadurch in einem Gemeinwesen eine deeskalierende Wirkung erzielt werden.

Was heißt das ganz praktisch? In Rostock z. B. wurden im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG); (vgl. Beitrag von Irina Bohn in diesem Band) anhand des Stadtplans sog. „linke“ und „rechte“ Projekte möglichst entfernt voneinander angesiedelt, um tägliche Auseinandersetzungen von vornherein zu minimieren. Die sich den jeweiligen Projekten zugehörig fühlenden Jugendlichen sollten sich zunächst einmal wenigstens aus dem Weg gehen. Darüber hinaus wurden – als weiterer Schritt – mit beiden „Parteien“ Konfliktlösungsstrategien ausgehandelt. Das zentrale Gremium für die Schlichtung von regionalen Konflikten war und ist auch heute noch das Plenum aller AgAG-Projekte in Rostock, die sich unter fachlicher Anleitung allmonatlich treffen, und zwar zum regelmäßigen Informationsaustausch sowie zur Diskussion aktueller Fragen der Jugendarbeit im Allgemeinen und Fragen zu Extremismus und Gewalt, also zur jeweils aktuellen Lage vor Ort, im Besonderen. Im Laufe der letzten Jahre haben die Jugendlichen – einzeln und in Gruppen – so viel Stabilität erlangt, dass gemeinsame Unternehmungen mit anderen, ehemals möglicherweise feindlichen Gruppen stattfinden können. Das sind z. B. Musikveranstaltungen, Klettertouren, Kanufahrten, Wettkämpfe, Fußballturniere mit dem Titel „Der Gewalt die Rote Karte“, Fahrten nach Auschwitz und vieles andere mehr. All diese Aktionen sehen wir als Lernfelder für die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit und sie tragen dazu bei, einseitige, plakative Vorurteile abzubauen und Toleranz, auch gegenüber dem Fremden, Andersartigen zu üben.

2. Welche Zielgruppen werden mit der sozialpädagogischen Arbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus erreicht?

Seitdem beobachtet wird, dass immer jüngere Kinder und Jugendliche sich an Gewalttaten beteiligen, auch solchen mit rechtsextremistischem Hintergrund, hat sich der Handlungsbedarf der Jugendhilfe erheblich erweitert, mehr denn je muss sie all ihre Möglichkeiten ausschöpfen.

Aber auch ältere Jugendliche/Heranwachsende sind zu erreichen, insbesondere in Zeiten von lebensgeschichtlichen Umbrüchen und/oder Lebensveränderungen, z. B. durch das Eingehen einer ernsthaften Partnerschaft, durch die Geburt eines Kindes, wodurch frühzeitig bisher nicht gekannte Verantwortung übernommen werden muss, durch einen Wohnortwechsel, aber auch nach einer Haftstrafe. Professionell gestaltete Unterstützungsarbeit der Jugendhilfe kann in diesen Situationen auch für ehemals rechtsextremistisch orientierte Jugendliche noch einmal ganz neue Wege aufzeigen, ihnen neue Orientierungen anbieten, die überwiegend dankbar angenommen werden – so meine ganz persönliche Erfahrung im Zusammenhang mit einer gerade fertig gestellten, begrenzten Untersuchung über die Karrieren von Intensiv- und Mehrfachtätern in Rostock.

Wer hat in Projekten der Jugendhilfe nichts zu suchen? Das sind jene Jugendlichen und Heranwachsenden, die bereits in rechtsextremistischen Organisationen festverankert sind und sozialpädagogische Beziehungsangebote sowie Interventionen strikt ablehnen. Hier handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Gruppe, die zumeist kriminalstatistisch erfasst und/oder den Strafverfolgungsbehörden bekannt ist. Für diese Gruppe ist die Jugendhilfe nicht zuständig, dies sei hier ganz deutlich gesagt, sondern es ist die Aufgabe der zivilen Gesellschaft und des demokratischen Staates, ihre Aktivitäten im Blick zu behalten, gegebenenfalls einzugrenzen oder zu unterbinden.

3. Welche Rolle spielt der präventive Aspekt?

Der präventive Aspekt spielt unserer Meinung nach eine immer wichtigere Rolle. Es kann gar nicht rechtzeitig genug damit begonnen werden, die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und ihr Hineinwachsen in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch sozialpädagogische Handlungsstrategien zu unterstützen. Hierbei scheint mir wichtig zu erwähnen, dass Prävention in diesem Feld nicht nur allein die Aufgabe der Jugendhilfe sein kann, sondern – gerade wenn man an ein sehr frühzeitiges Eingreifen denkt – vor allem auch von der Schule wahrgenommen werden muss. Und auch Polizei und Justiz, vorrangig die Jugendstaatsanwaltschaft gehören bei der Verabredung präventiven Vorgehens mit an den Tisch. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die genannten Institutionen sich aber oftmals wenig über ein gemeinsames Vorgehen verständigen, vielmehr sich in ihren Aktivitäten zur Prävention sogar gegenseitig behindern. In Rostock wurde daher beispielsweise im Rahmen eines Bundesmodellprojektes eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Jugendkriminalitätsprävention“ unter der Schirmherrschaft des dortigen Präventionsrates gegründet, um die Kommunikation und Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz zu verbessern und neue Strategien gemeinsamen Handelns zum Thema „Kinder- und Jugenddelinquenz“ zu entwickeln.

4. Defizite und Herausforderungen, die langfristige Erfolge sozialpädagogischer Arbeit mit gewaltbereiten und rechtsextremistisch orientierten Kindern und Jugendlichen immer wieder gefährden

Abschließend gehe ich noch ganz kurz auf die Rahmenbedingungen ein, die für diese spezielle sozialpädagogische Arbeit unerlässlich sind, und mache auf erkennbare Defizite und Herausforderungen aufmerksam. Ich konzentriere mich dabei auf drei mir wesentlich erscheinende Punkte:

1. Von geforderten finanziellen Einsparungen in den kommunalen Haushalten sind oftmals zu allererst Jugendhilfemaßnahmen betroffen, und zwar die sog. „freiwilligen“ Leistungen, auf die nach dem KJHG kein einklagbarer Rechtsanspruch besteht. Einsparungen treffen oft an erster Stelle Projekte der Offenen Jugendarbeit. Das für Deeskalations- und Präventionsstrategien notwendige breit gefächerte Angebot von sozialpädagogischer Unterstützungsarbeit der Jugendhilfe kann in vielen Kommunen und Landkreisen daher gar nicht erst entfaltet werden, und zwar auch, weil in Bürgerschaften und Finanzverwaltungen, in politischen und administrativen Gremien, immer noch das Verständnis dafür fehlt, dass sich die Investition in die Jugend lohnt, man denke endlich einmal zuerst an die Folgekosten, ganz abgesehen von menschlichen Aspekten.
2. Auch Ressourcenknappheit in den Jugendbehörden wird oftmals dafür verantwortlich gemacht, dass sozialpädagogische Arbeit nicht so professionell geleistet werden kann, wie eigentlich notwendig – und das betrifft insbesondere die schwierige Arbeit mit gewaltbereiten und rechtsorientierten Jugendlichen. Hier wird für die begleitende Unterstützung durch kontinuierliche Fachberatung und/oder Supervision, aber auch für gezielte Weiterbildungsveranstaltungen oftmals von vornherein kein Geld eingeplant. Meines Erachtens fehlt in den Behörden, Jugendhilfeausschüssen und Gremien zur Jugendhilfeplanung noch viel zu oft die Einsicht, dass gerade für diesen Arbeitsbereich qualifiziertes Personal unerlässlich ist. Tatsächlich aber ist die Realität in der Offenen Jugendarbeit geprägt von einer hohen Fluktuation bei den SozialarbeiterInnen (Stichworte: befristete Arbeitsverhältnisse, schlechte Bezahlung), was den Aufbau von Beziehungen zu gefährdeten Kindern und Jugendlichen nicht gerade erleichtert, wenn nicht sogar unmöglich macht.
3. Deeskalations- und Präventionsarbeit kann nur als langfristig angelegtes Projekt erfolgreich sein. Umdenken und eigenes Handeln entsprechend zu verändern, braucht bekanntlich Zeit. Es muss sich um ein Projekt handeln, das von vielen gesellschaftlichen Kräften eines Gemeinwesens gemeinsam getragen wird. Das bereits erwähnte Rostocker Beispiel der Arbeitsgruppe „Jugendkriminalitätsprävention“ zeigt, dass viel Engagement und Geduld von allen Beteiligten aufgebracht werden müssen, um bisheriges Handeln, das zumeist als Bezugspunkt nur die Logik der eigenen Institution oder Organisation im Blick

hatte, in gemeinsames Vorgehen umzuwandeln. Eine externe Moderation und fachliche Begleitung kann den Blick der Akteure gezielt auf erkennbare Defizite sowie neue Möglichkeiten gemeinsamen Handelns lenken und so einen Entwicklungsprozess entscheidend vorantreiben. Da aber für eine fundierte Präventionsarbeit in Kommunen und Landkreisen oft das Geld fehlt, sollte an dieser Stelle der Bund unterstützend tätig werden, indem er nicht nur Anregungen für die Übertragung erfolgreicher Modelle von Präventionsarbeit weitergibt, sondern zugleich auch ausreichende materielle Ressourcen für deren Umsetzung zur Verfügung stellt.

Diskussion zum Beitrag von Doris Pleiger

Im Hinblick auf potentielle Zielgruppen von Jugendhilfe wird in der anschließenden Diskussion die Meinung vertreten, dass „ganze Gruppen“, in denen rechtes Gedankengut bereits fest verankert ist, keine Zielgruppe von Jugendhilfe sein können. Denn sozialpädagogische Handlungsstrategien hätten in der organisierten rechten Szene „keine Chance“ und seien daher in diesem Bereich „nicht gefragt“. „Der demokratische Staat“ – so die Einschätzung – „ist hier gefordert“. Freilich sei es von Bedeutung, einzelne gewaltbereite und/oder rechte Jugendliche zu erreichen, um sie dem Einfluss organisierter rechter Gruppen zu entziehen. In dieser Hinsicht müssten Unterstützung und Ausstiegshilfen vonseiten der Jugendhilfe gewährleistet werden. Denn diejenigen jungen Menschen, denen der Ausstieg aus fest verankerten Gruppenanbindungen gelingt, können für andere Vorbildcharakter haben und Anreiz geben, es ebenfalls zu versuchen. In diesem Zusammenhang werden die Bedeutung von „Jugendhilfeplanung“ und die zentrale Rolle von „Präventionsräten“ in der Gemeinwesenarbeit bekräftigt. Im Hinblick auf eine Zielgruppenbestimmung im Bereich von Jugendarbeit werden in der Diskussionsrunde Versuche, die Zuständigkeitsbereiche von Jugendhilfe einzugrenzen und genaue Zielgruppen festlegen zu wollen (was automatisch den Ausschluss anderer bedeuten würde), teilweise aber auch als problematisch erachtet.

Auf die Frage, wie die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe im Hinblick auf die interkulturelle Dimension von Handeln derzeit einzuschätzen sei, stellt Doris Pleiger heraus, dass es diese in Ansätzen gibt. Solche Versuche würden allerdings gerade im Schulbereich bisher wenig Anerkennung finden. Schule übernimmt hier – so der kritische Einwand – zu wenig Verantwortung. Doris Pleiger verweist in diesem Zusammenhang auf die momentane Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Dort gebe es Anfänge einer gemeinsamen pädagogischen Arbeit über enge Institutionengrenzen hinweg.

Konsens gibt es im Hinblick darauf, dass für erfolgreiche Prävention diese Kooperation von Schule und Jugendhilfe von großer Bedeutung ist und zukünftig auch bleiben wird. Doris Pleiger spricht in diesem Kontext die Schnittstelle ‚Jugendsozialarbeit‘ an, die in ihren Augen als wichtiger und sinnvoller Ausgangspunkt in dieser Sache dienen könne.

Mobile Jugendarbeit als eine Antwort der Jugendhilfe auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen

WALTHER SPECHT

1. Rechtsextremistisch orientierte oder fremdenfeindliche Gewalt

Wenn sich das Bundesamt für Verfassungsschutz um Gewalthandlungen Jugendlicher kümmert (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 22.2.2000, S. 3), dann ist von einer politischen Motivation der angezeigten Delikte auszugehen. Es wird etwa die Frage gestellt, ob jugendliche Gewalthandlungen rechtsextremistisch oder linksextremistisch motiviert sind. Die viel zitierte Steigerung von über 50 Prozent der Gewalttaten im Jahre 1992 im Vergleich zum Vorjahr hatte eine erwiesene oder vermutete rechtsextremistische Orientierung zur Grundlage. Im gleichen Zeitraum war es auch zu einer Steigerung linksextrem motivierter Gewalttaten gekommen. Auch gegenwärtig wird immer wieder von rechtsextremistisch motivierten Gewalthandlungen Jugendlicher berichtet (s. o.).

Da die Angriffe gegen Fremde und Schwache aus dem rechtsextremistischen Lager kommen, soll hier der für die Jugendhilfe (10- bis 20-Jährige) sehr plausibel, weil pädagogisch transformierbar scheinende Erklärungsansatz von Heitmeyer (1992) etwas näher betrachtet werden. Die besonders interessierende Frage ist dabei auf die Inhalte rechtsextremistischer Orientierungen und Handlungsweisen gerichtet. Welche Prozesse müssen ablaufen – idealtypisch betrachtet -, dass ein Jugendlicher eine Gewalthandlung begeht, die als rechtsextremistisch motiviert bezeichnet werden kann?

Nach Heitmeyer (1992) müssen hierzu die beiden Grundelemente „Ideologie der Ungleichheit“ und „Gewaltakzeptanz“ zusammenkommen (S. 13 f.).

Die Ideologie der Ungleichheit enthält dabei zwei zentrale Dimensionen:

Die erste Dimension „Ideologie der Ungleichheit“ ist personen- bzw. gruppierungsbezogen und auf Abwertung, also Ungleichwertigkeit ausgerichtet. Hierzu gehören Stichworte wie nationalistische bzw. völkische Überlegenheit gegenüber Fremden, anderen Nationen oder Rassen.

Die zweite Dimension ist eher lebenslagenbezogen und zielt auf Forderungen, Fremde auszugrenzen. Die Form der Ausgrenzung schlägt sich nieder in einer Ungleichbehandlung von Fremden in ökonomischer, kultureller, rechtlicher und politischer Hinsicht.

Das zweite Grundelement, die Gewaltakzeptanz, zeigt sich in folgenden vier Varianten:

- ▶ Überzeugung, dass es ohne Gewalt nicht gehe;
- ▶ Billigung privater und staatlicher Gewalt;
- ▶ die eigene Gewaltbereitschaft und
- ▶ die tatsächliche Gewalttätigkeit.

Die Gewaltakzeptanz basiert also u. a. auf der Annahme, dass demokratische Regelungsformen bei sozialen und politischen Fragen und Konflikten untauglich seien und daher autoritärer und militaristischer Umgangsformen bedürften.

Wer gewalttätig handelt, braucht dazu eine besondere Legitimation. Dies ist auch gewaltpraktizierenden Jugendlichen bewusst. Für sie übernimmt – nach Heitmeyer – die Ideologie der Ungleichheit (das erste Grundelement) die dafür wichtige Legitimationsfunktion.

Von rechtsextremistisch motivierten Gewalthandlungen Jugendlicher ist also dann zu sprechen, wenn die beiden erwähnten Grundelemente zusammenfließen, d. h. wenn sich die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit mit den erwähnten Varianten der Gewaltakzeptanz als Handlungsform verbindet.

So weit das etwas verkürzt dargestellte Erklärungsmodell von Heitmeyer.

Es ist zweifelsohne ein hilfreicher theoretischer Versuch zur Erklärung des geringeren Teils jugendlicher Gewalt, die als rechtsextremistisch motiviert bezeichnet werden kann. In der Praxis – etwa in der Jugendarbeit – sind häufig Hintergründe jugendlicher Gewalthandlungen nicht so ohne weiteres als eindeutig rechtsextremistisch motiviert zu belegen. Ursachenlagen sind meist sehr komplex.

Gewaltbereite und gewalttätige Jugendliche brauchen aber in jedem Fall die vertrauensvolle, nicht die vertrauensselige, kritisch-solidarische Zuwendung der Gesellschaft. Jegliche Ausgrenzung und Stigmatisierung muss vermieden werden. Es gilt aber auch: Jeder einzelne Fall jugendlicher Gewalt ist ernst zu nehmen, da er stets einen Angriff auf die Zivilisation darstellt und das bestehende Sozialgefüge infrage stellt. Das Verwerfliche von Gesetzesbrüchen kann und darf nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Mobile Jugendarbeit, vielfach von evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, diakonischen Jugendhilfeträgern, aber auch von anderen freien und öffentlichen Trägern praktiziert, hat dazu bereits seit langem wichtige und ermutigende Erfahrungen vorgelegt.

2. Handlungskonzepte und ihre Reichweite

Mobile Jugendarbeit als ein Bereich ambulanter Jugendhilfe und offener Jugendarbeit ist ein lebensweltorientiertes Handlungskonzept (vgl. 8. Jugendbericht der Bundesregierung). Sie versucht, Beratungs- und Hilfeangebote zusammen mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Es geht also um alleingelassene, aggressive, fremdenfeindliche, lebensresignative, extremistische, suchtfähigende, arbeitslose oder delinquenzbelastete junge Menschen.

Das anwaltliche Eintreten für die genannten Zielgruppen geschieht in Form von Street Work, Einzelberatung, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. Dies bedeutet, auf der Grundlage lokal-, regional- und scene-spezifischer Gegebenheiten Arbeit im Lebensfeld von Kindern und Jugendlichen, also im Stadtteil, im Wohnviertel, in der Herkunftsgemeinde, auf der Straße, in Parks, in Jugendhäusern, in der „Szene“, in Clubs, Beratungs- und Kulturzentren, in der Diskothek, im Fußballstadion oder allgemein an Orten, die für Kinder und Jugendliche eine hohe Anziehungskraft haben oder das Ergebnis vorangegangener Ausgrenzungs- und Verdrängungsprozesse sichtbar werden lassen.

Haben für den einzelnen Jungen oder für das einzelne Mädchen Cliques, auffällige Straßengruppen oder Jugendbanden (Streetgangs) einen hohen Orientierungswert, erhält die Gruppenarbeit zentrale Bedeutung. Hinzu kommt die Kooperation mit allen für den einzelnen Jugendlichen signifikanten Bezugspersonen und -gruppen wie Eltern, Familienangehörige, einzelne einflussreiche, meist ältere Jugendliche, Schlüsselpersonen, Nachbarn, Bewohner, Schule, Betrieb, Polizei, Geschädigte, Opfer, Jugendamt, Gerichte, Rechtsanwälte, Gläubiger u. a. Mobile Jugendarbeit betont die Wahrnehmung von Bewohnerinteressen und die Veränderung von sozial-ökologischen Lebenslagen, so dass soziale Probleme stärker in ursächlichen Zusammenhängen erkennbar und angegangen werden können. Bei diesem präventiven Aspekt spielt das Moment der gemeinde- bzw. stadtteil-öffentlichen Behelligung, Mobilisierung und Beteiligung der Bewohner, der Gemeindemitglieder, an Problemlösungsstrategien durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit eine sehr bedeutsame Rolle. Durch den damit auch angestrebten Aufbau einer informellen Sozialkontrolle durch Bewohner sollen gleichzeitig immer weniger staatliche Kontrollorgane (Polizei) aktiviert werden müssen.

Der Schwerpunkt Mobiler Jugendarbeit liegt in der Beratung jugendlicher Cliques und Straßengruppen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren, so wie sich diese als Gleichaltrige natürlicherweise innerhalb ihres Wohnbereiches gebildet haben. In nicht seltenen Fällen werden auch unter 12-Jährige oder über 18-Jährige, die entweder eigene Cliques bilden oder bestehende Straßengruppen als Randfiguren tangieren, vereinzelt sind oder in Zweierbeziehungen auftreten, beraten.

Das „mobile“ methodische Element geht vom Jugendarbeiter, von der Jugendarbeiterin aus. Er – oder sie – sucht Kinder und Jugendliche, die als zuwendungsbedürftig oder gefährdet definiert sind, in ihren Lebensfeldern auf und versucht, als Repräsentant einer sozialen Einrichtung auf der Straße, in Parks, Gaststätten, Spiel- und Sportplätzen, allgemein an Jugendtreff-Orten, zu Zeiten, die durch die Jugendlichen bestimmt werden (nach Feierabend, spätabends, am Wochenende, tagsüber) durch Beratungshilfen und -angebote Vertrauen zu gewinnen, um längerfristig Einstellungs-, Verhaltens- und Lebensveränderungen bei ihnen zu erreichen.

Die zentrale „Geschäftsgrundlage“ zwischen Mobiler Jugendarbeit und gefährdeten Jugendlichen ist eine gegenseitig belastbare Vertrauensbasis. Um sie zu erreichen, bietet der Mobile Jugendarbeiter individuelle und gruppenbezogene Beratung für die Lebensbereiche Familie,

Schule, Ausbildung, Arbeit und Freizeit an. Soziale oder materielle Probleme wie Vernachlässigung, Lernschwierigkeiten, Orientierungslosigkeit bzw. rechtsextremistische Orientierungen und Gewaltbereitschaft, Arbeitslosigkeit, legaler und illegaler Drogenkonsum, Überschuldung erfordern häufig sowohl kurzfristige Interventionen als auch eine mittel- bzw. langfristig orientierte Handlungsstrategie. Dies bedeutet, die vielschichtigen Probleme Jugendlicher in ihrer individuellen Lebenssituation ganzheitlich zu betrachten, jedoch auf den Einzelnen abgestimmte Beratungshilfe anzubieten. Hinzu kommt der für delinquent handelnde, kranke oder drogenabhängige Jugendliche besonders relevante Bereich des Umganges mit Behörden, Ärzten, Kliniken, Kostenträgern und Opfern.

Für die Mobile Jugendarbeiterin, den Sozialarbeiter bedeutet dies konkret, dass sie/er beispielsweise Jugendliche begleitet bei Vorstellungsgesprächen in Betrieben, Ämtergängen, Arztbesuchen und Gerichtsverhandlungen, Besuche durchführt zu Hause, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Untersuchungshaft und Vollzugsanstalt, im Krankenhaus, in einer therapeutischen Einrichtung – oder vermittelnde Gespräche führt mit rivalisierenden Jugendgangs oder mit Kollegen der einrichtungsgebundenen Jugend- und Beratungsarbeit, der Sozialen Dienste, der Jugendgerichts- oder Bewährungshilfe, der Sozial- und Gesundheitsämter.

Nach dem Konzept der emanzipativen Lernschritte (Specht 1979) und dem für die Drogenarbeit von Kastner/Silbereisen (1984) entwickelten Konzept der „funktionellen Äquivalente“ kommt es darauf an, delinquente Handlungen durch attraktive sozialpädagogisch inszenierte Alternativen abzulösen bzw. zu ersetzen. Diese Gegenpole zu selbst- bzw. fremdzerstörerischem Verhalten müssen für den Jugendlichen alltagsorientierte Lernorte darstellen, die eine Entlastungs- und Korrekturfunktion haben, aber auch Spaß und Freude machen. Dazu ist beispielsweise ein gut vorbereitetes Fußballturnier, an dem mehrere Gruppen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft teilnehmen, gut geeignet. Ablehnung und Hass gegenüber dem kulturell Fremden, dem Andersartigen, gegenüber Migrantinnen kann dadurch abgebaut werden oder verliert schlicht im Alltag des vormals fremdenfeindlichen Jugendlichen seine Bedeutung. Information und Aufklärung allein etwa durch politische Bildungsarbeit oder durch eine Fahrt nach Auschwitz reichen meist nicht aus. Gelingende, spaß- und freudemachende Aktionen im alltäglichen Lebensfeld der Jugendlichen müssen hinzukommen. Abweichendes Verhalten muss dabei immer mehr überflüssig werden.

Zu beachten ist hierbei, dass es der Jugendliche oder seine Gruppe ist, der/die darüber entscheidet, was, „attraktiv“ ist und worauf es sich lohnt, sich einzulassen. Schon von daher ist es selbstverständlich, dass sämtliche Aktivitäten zusammen mit den Jugendlichen entwickelt werden müssen.

Über den engeren einzelnen oder gruppenpädagogischen Bezug hinaus ist es für die Mobile Jugendarbeit von entscheidender Bedeutung wie es gelingt, die Kommunikationsstrukturen von ausgegrenzten stigmatisierten und kriminalisierten Jugendlichen oder ganzer Cliques mit dem übrigen Gemeinwesen positiv zu beeinflussen. Hierzu ist eine verständigungsorientierte und aufklärende Vermittlungsarbeit in der Gemeinde, im Stadtteil erforderlich. Diese setzt

in der Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Schule, in peer groups oder allgemein bei der Stadtteilöffentlichkeit an und versucht bewusst, in diesen Interaktionsfeldern gegenläufige, also Zuwendungs- und Solidarierungsprozesse auszulösen.

Hierzu ist es erforderlich, dass die betroffenen Jugendlichen selbst aus dem Schutzraum sozialpädagogischer Beratung heraustreten und stadtteilöffentlich ihr „neues“ Verhalten – etwa bei Sportveranstaltungen, Bürgerversammlungen oder Stadtteilsten – konkret erfahrbar machen. Es kommt also darauf an, dass von den vormals ausgegrenzten Jugendlichen nun öffentlich wertgeschätzte Handlungen ausgehen. Nur so kommen Entstigmatisierungsprozesse in gang.

Im Rahmen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit sollen vor allem Familien bzw. Bewohner auf die Lebenslage benachteiligter Kinder und Jugendlicher in ihrer Nachbarschaft aufmerksam werden und gleichzeitig die Möglichkeit erhalten, sich für deren Belange einzusetzen. Dies kann sowohl durch eine ehrenamtliche Mitarbeit als Laienberater als auch durch lokal- und jugendpolitisches Engagement auf der Gemeinwesenebene geschehen.

Erfahrungen mit dem Konzept der Mobilen Jugendarbeit aus den alten und neuen Bundesländern, wenngleich auch nicht an allen Orten unter dieser Begrifflichkeit durchgeführt, sind in vielfältiger Weise vorhanden und sehr ermutigend. Der erste entscheidende Schritt ist getan, wenn sich in einer Gemeinde oder in einem Stadtteil – etwa im Falle verstärkter jugendlicher Gewaltäußerungen – eine Initiativgruppe bildet und diese sich entschließt, zusammen mit den Jugendlichen neue produktive Wege in der Gemeinde, im Gemeinwesen zu gehen. Die Entschlossenheit, die Lebenslage von bedrohlich wirkenden Jugendlichen zu untersuchen, diese zu beschreiben und zusammen mit den Jugendlichen zu verändern, ist der Grundstein zum Erfolg. Dann werden „bedrohliche“ Jugendliche zu „bedrohten“ Jugendlichen – und Zuwendung und Hilfe dominieren vor Ausgrenzung und Bestrafung.

Dies heißt selbstverständlich in keinem Fall, dass Rechtsbrüche, Verletzungen von Menschen oder andere Gewalthandlungen toleriert oder gar gedeckt würden, insbesondere bei relativ eindeutig als rechtsextremistisch motivierten Gewalthandlungen. Die Verfolgung von strafbaren Handlungen ist Sache von Polizei und Justiz. Jugendarbeiter, Sozialarbeiter, Pädagogen und Pfarrer dagegen haben die Frage zu stellen, wie es ihnen gelingt, das Böse oder – wie die Juristen sagen – das „Verwerfliche der Tat“ zurückzudrängen oder künftig überflüssig zu machen, indem sie die oft verzweifelte Lebenssituation junger Menschen wahrnehmen und zusammen mit ihnen Veränderungen anstreben.

Zu dem Konzept der Mobilen Jugendarbeit gibt es in Deutschland inzwischen eine über 30-jährige Erfahrung. In den neuen Ländern liegt diese seit 1991 vor. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit schätzt, dass gegenwärtig etwa 600 Projekte mit unterschiedlichen Ausprägungen bestehen. Ansätze werden dabei praktiziert sowohl im groß- und mittelstädtischen Raum als auch in ländlichen Regionen. Von fast allen Projektträgern wird dabei sowohl der präventive als auch der Problem behebende Aspekt betont. Diese

Erfahrungen sind weit überwiegend positiv. Einzelne Scheiterungsprozesse liegen selbstverständlich ebenfalls vor, ändern aber nichts daran, dass die allermeisten Kommunen, die mit diesem Konzept Erfahrungen gesammelt haben, diese positiv beurteilen und auf der Haben-Seite buchen. Ein zentrales Problem ist jedoch die finanzielle Förderung durch die Kommunen. Diese liegt im Argen. Vielfach wird die Förderung als freiwillige Leistung angesehen. Eine zwingende förderfähige Absicherung im Kinder- und Jugendhilfegesetz fehlt bislang noch. Die erzieherischen Hilfen sind einseitig auf das Individuum bezogen und berücksichtigen die heutzutage starke Orientierung sehr vieler junger Menschen an der Gleichaltrigengruppe (peer group) oder in jugendlichen Cliques kaum. Dies gilt insbesondere für den hier erörterten Zusammenhang von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistisch motivierter jugendlicher Gewalt, die weit überwiegend von von jugendlichen Gruppierungen ausgeht. Weiter ist festzustellen, dass im sozialpädagogischen Ausbildungsbereich der Fachhochschulen und Universitäten und im Fortbildungsbereich das Konzept der Mobilien Jugendarbeit stark vernachlässigt wird und daher auch in diesem relativ großen Praxisfeld ein erheblicher Mangel an entsprechender Fachkompetenz besteht.

Literaturverzeichnis

- Alinsky, S. D.: Leidenschaft für den Nächsten. Strategien und Methoden der GWA. Gelnhausen, Berlin 1973
- Bahr, H.-E./Gronemeyer, R. (Hrsg.): Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Darmstadt, Neuwied 1974
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden: Mobile Jugendarbeit. Beschluss in der 61. Arbeitstagung in Hildesheim vom 15.-17.10.1986
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Bericht über Bestrebungen und Leistungen in der Jugendhilfe (8. Jugendbericht). Bonn 1990
- Heitmeyer, W. u. a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim, München. 1992
- International Society for Mobile Youth Work (ISMO) (Hg.): Straßenkinder und Mobile Jugendarbeit. Tagungs-Reader 7. Symposium. St. Petersburg 1999
- Jahresberichte: Projekt Mobile Jugendarbeit Stuttgart Hallschlag (1981-1986)
- Jeschek, F./Müller, H.: Studie zur Jugendkriminalität im Stadtviertel Hallschlag (Stuttgart), Diplomarbeit an der Universität Tübingen, Institut für Erziehungswissenschaften I, (unveröffentlicht) 1984

- Kastner, P./Silbereisen, R.K.: Jugendentwicklung und Drogen – Eine prospektive Längsschnittstudie als wissenschaftliche Begründung präventiver Intervention. In: Specht, W. (Hrsg.) Die gefährliche Straße. Bielefeld 1987
- Keppeler, S.: Grundsätzliche Überlegungen zu Streetwork in der Jugendarbeit und Jugendhilfe. In: Steffan, W. Weinheim/Basel 1988
- Kurzweg, K.: Jugendlicher Drogenkonsum und Mobile Jugendarbeit. In: Specht 1987
- Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit Baden-Württemberg (Hrsg.): Praxishandbuch Mobile Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Stuttgart 1997
- Lutze, Baeck, E./Scharf, G./Storm, C.: Zur Rolle und Bedeutung der Mädchen in rechten Jugendcliquen. Erfahrungen aus der Praxis akzeptierender Jugendarbeit. In: Engel, M./Mencke, B.: Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Münster 1998
- Miller, W. B.: Die Kultur der Unterschicht als Entstehungsmilieu für Bandendelinquenz. In: Sack, F./König (Hrsg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt 1968, S. 339-359
- Miltner, W.: Street Work im Arbeiterviertel. Eine Praxisstudie zur Jugendberatung. Neuwied 1982
- Piaszczyński, U.: Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage: Das Parlament, B 46/47/1993
- Sonntag, J.: Hingehen, Nachgehen, Mitgehen. Mobile Jugendarbeit als Beratungsansatz. Stuttgart 1994
- Specht, Ch.: Mädchenräume. In: Specht, W. (Hrsg.): Die gefährliche Straße. Jugendkonflikte und Stadtteilarbeit, Bielefeld 1987
- Specht, W. (Hrsg.): Straßenfieber. Beiträge zur Sozialen Arbeit der Diakonie. Stuttgart 1991/1994
- Specht, W.: Jugendkriminalität und Mobile Jugendarbeit. Neuwied 1979
- Specht, W./Kurzweg, K.: Drogenberatung im Konzept Mobiler Jugendarbeit. In: Neue Praxis Heft 2/1983, S.164-183
- Specht, W.: Jugendliche Banden und Präventionsprogramme in den USA. In: Neue Praxis Heft 2/1984 S. 124-139

Specht, W. (Hrsg.): Die gefährliche Straße. Jugendkonflikte und Stadtteilarbeit. Bielefeld 1987

Specht, W. (Hrsg.): Sozialraumanalyse Hoyerswerda. Stuttgart 1993

Spergel, J. A.: Street gang work. Theory and practice. Read. Mass. 1966

Steffan, W.: Straßensozialarbeit. Eine Methode für heiße Praxisfelder. Weinheim/Basel 1989

Diskussion zum Beitrag von Walther Specht

In der anschließenden Diskussion wird nachgefragt, inwieweit sich mobile Jugendarbeit auch an rechte Jugendliche richte. Walther Specht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass von insgesamt 600 Projekten in der mobilen Jugendarbeit sich derzeit lediglich ca. 10 bis 15 Prozent an rechtsextreme Jugendliche als Zielgruppe wenden. In der Diskussionsrunde werden grundsätzlich Zweifel dahingehend geäußert, ob Pädagogen für die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen hinreichend ausgebildet sind, um bei dieser Problematik, bei der „es um eine auf Ideologie basierende Verhaltensweise geht, entsprechend fundiert zu reagieren“.

Walther Specht spricht vor diesem Hintergrund ein Beispiel aus seiner eigenen Praxiserfahrung an. So habe er ein Projekt in Stuttgart und Esslingen selbst begleitet, in dessen Mittelpunkt Möglichkeiten der pädagogischen Arbeit mit rechten und gewaltaffinen Jugendlichen standen. An der Fachhochschule Esslingen wurden beteiligte Projektmitarbeiter und eine Studentengruppe in einem Seminar intensiv auf ihre Aufgaben im Projekt vorbereitet. In einer ersten Phase sei es dabei notwendig gewesen, sich mit den ideologischen Wurzeln und Hintergründen von Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Hier zeigten die in der Regel – „eher links orientierten Sozialarbeiter“ – so seine Erfahrungen – große Vorbehalte und Ressentiments gegenüber pädagogischer Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und verhielten sich dementsprechend „äußerst reserviert“.

Walther Specht schildert darüber hinaus seine Einschätzung der damaligen Situation vor Ort. Im Umgang mit der dort aktiven extrem gewaltbereiten rechten Szene, die zu diesem Zeitpunkt aus einem festen Kern von ca. 30 Jugendlichen bestand, waren Polizei, Jugendamt und Jugendhilfe – so sein Eindruck – gleichermaßen überfordert und agierten oftmals hilflos. Angesichts dieser Ausgangslage sei es notwendig gewesen, an die betroffenen Jugendlichen selbst heranzutreten. Primäres Ziel der sozialpädagogischen Arbeit war dabei – so betont er – nicht in erster Linie, die in der Regel bereits über 20-jährigen Gruppenmitglieder von ihren zum Teil verfestigten rechten Gesinnungen abzubringen, sondern vielmehr deren gezielte Versuche zu verhindern, jüngere Jugendliche zu rekrutieren und für gruppeninterne Zwecke und Absichten zu instrumentalisieren. Alternative Freizeitangebote für diese gefährdeten Jugendlichen – so seine Erfahrung – erwiesen sich hier als effiziente Maßnahme.

Planspiele in der Schule – Ein Ansatz zur erfahrungsorientierten Bildungsarbeit

THOMAS WEHLING

1. Die Ausgangslage

Die Lebensumstände von Jugendlichen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor allem in Ostdeutschland außerordentlich stark gewandelt. Veränderte Sozialisationsbedingungen und soziale Problemkonstellationen erfordern Bildungsangebote, die den speziellen Bedingungen in Ostdeutschland gerecht werden.

Veränderte Sozialisationsbedingungen im Land Brandenburg

In der familialen Sozialisation haben wir es mit immer mehr Ein-Kind- und Ein-Eltern-Familien zu tun, lediglich 9 Prozent aller Kinder in Brandenburg leben derzeit in Familien mit mehr als zwei Kindern bzw. Jugendlichen. Fast 50 Prozent aller Brandenburger Kinder wachsen als Einzelkinder auf, 23 Prozent leben mit einem Elternteil allein, die weitaus meisten hiervon mit der Mutter (vgl. Ministerium für Bildung 1994). Auch dort, wo der Vater bei der Familie wohnt, ist er sehr häufig im Alltag der Jugendlichen nicht präsent. Sie erleben ihn nur als „Freizeit- und Urlaubs-Papi“. Infolge dieser Familienstrukturen fallen weite Bereiche sozialen Lernens, die in großen und sog. „vollständigen“ Familien ihren selbstverständlichen, ja unvermeidlichen Platz haben, für viele Jugendliche weg: Einzelkinder lernen in der Familie nicht mehr, auf Kleinere und Schwächere Rücksicht zu nehmen und ihnen zu helfen. Sie können auch nicht von älteren Geschwistern lernen und haben dadurch größere Schwierigkeiten, die Abhängigkeit von den Erwachsenen zu verringern und die Entwicklungsherausforderung anzunehmen (vgl. Harms/Preisling 1988; Meves 1980; Preisler 1994). Kinder in Ein-Eltern-Familien, zu denen auch solche mit meist abwesenden Vätern gezählt werden müssen, sind zu Hause mit einer halben Erwachsenenwelt konfrontiert. Ihnen fehlen wichtige Partner als Bezugspunkte und zur Orientierung sowie zur Auseinandersetzung oder Abgrenzung.

Wo sich traditionelle Lebenszusammenhänge und Familienstrukturen immer mehr auflösen und Lebensperspektiven immer weniger vorgezeichnet sind, greifen über Konsum (Ernährung, Spielzeug, Kleidung) und Medien (Fernsehen, Computer, Gameboy) industriell produzierte Muster der Bedürfnisbefriedigung und -verschiebung schon früh in den Alltag von Erwachsenen und Kindern ein. Sie schaffen ein Netz ausgesprochener und unausgesprochener Muster, die sich in Vorurteilen, Ratschlägen, Etiketten und Moden ausdrücken, sprechen manche Bedürfnisse an und grenzen andere aus oder lassen sie unberücksichtigt.

Dabei sind es vor allem körperliche und emotionale Bereiche, die über Medien und Kosumangebot inszeniert und bewertet werden. Sie bieten Muster der Selbstdarstellung an, anhand derer sich die Kinder und Jugendlichen immer wieder neu als Teil einer Gruppe sehen und vergewissern können. Sie eröffnen ihnen die Möglichkeit, ihre Wünsche und Bedürfnisse nach Nähe, Freundschaft, Liebe und Gruppensolidarität, aber auch nach Distanz, Abgrenzung, Action und Gewalt zumindest punktuell auszuleben. Dabei spielen sie in individuellen und kollektiven Selbstinszenierungen Verhaltensweisen durch, die gesellschaftlich von immer größerer Bedeutung werden: Kreativität, Flexibilität, Kooperation (Scheller 1998, S. 22), Teamarbeit und eigenständiges Lernen.

Soziale Probleme der Nach-Wende-Zeit

Infolge der Wende von der stark reglementierenden und kontrollierenden, aber auch umfassenden – wenn auch einengenden, vorsorgenden DDR-Gesellschaft zur offenen BRD-Gesellschaft, haben sich für die Kinder und Jugendlichen in den neuen Bundesländern zusätzlich zu den familiären auch die gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen entscheidend verändert. Während in der DDR den Kindern und Jugendlichen ein breites und weitgehend kostenloses Angebot an Freizeitmöglichkeiten – vorwiegend vermittelt durch die quasi unumgängliche Mitgliedschaft in sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen – zur Verfügung stand, sind sie jetzt in Bezug auf Freizeitkultur und -aktivitäten in viel stärkerem Maße auf sich allein gestellt und zudem häufig aufgrund fehlender finanzieller Voraussetzungen sehr eingeschränkt.

Zusammen mit der weit verbreiteten Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile sowie der oben beschriebenen Tendenz zu Ein-Eltern-Familien bedeutet diese Entwicklung für viele Kinder, dass sie besonders an Nachmittagen häufiger allein sind und dadurch in ihren Entwicklungsmöglichkeiten auch in sozialer Hinsicht eingeschränkt werden.

Eine besondere Belastung für die Jugendlichen ist darüber hinaus der Verlust, der zwar beschränkten, aber sicheren Berufsperspektive und der damit verbundenen finanziellen Absicherung. Die Auflösung familiärer und gesellschaftlich vorgegebener Strukturen ging einher mit dem Verlust gültiger sozialer Normen und Werte. Dieser Prozess, der in der alten Bundesrepublik allmählich, d. h. über einen längeren Zeitraum ablief, hat sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in so kurzer Zeit vollzogen, dass er von vielen Jugendlichen nicht angemessen bewältigt werden konnte: „Die mit dem gesellschaftlichen Umbruch neu eingeführte etablierte (zugestandene und zugemutete) Aufgabe des Einzelnen, Planungs- und Gestaltungsinstanz seines Lebenslaufs und seiner Berufsbiographie zu sein, wird von Jugendlichen ... als Überforderung und Bedrohung erlebt“ (Sturzbecher/Dietrich 1993, S. 6). Diese Überforderung gilt tendenziell genauso für viele Erwachsene, insbesondere für Eltern, denen durch den Wegfall staatlicher Betreuungsangebote für ihre Kinder Anstrengungen abverlangt werden, die nicht nur zeitintensiv sind, sondern in der Regel auch eine zusätzliche finanzielle Belastung mit sich bringen.

Konsequenzen für die Jugendbildungsarbeit

Die skizzierten Bedingungsfaktoren jugendlicher Sozialisation werfen Probleme auf, die nur gesamtgesellschaftlich angegangen und gelöst werden können. Vor diesem Hintergrund könnte die Methode des erfahrungsorientierten Lernens an Schulen eine neue reformpädagogische Keimzelle auch in den neuen Bundesländern werden. In den neuen Bundesländern gibt es, anders als in den alten Bundesländern, kaum Ausländer: Ihr Anteil liegt gerade einmal bei 2,3 Prozent (Bericht der Ausländerbeauftragten 1998, S. 7). Hinzu kamen knapp ein Prozent Aussiedler, die auch Fremde sind, und man schätzt ca. ein Prozent Arbeitsemigranten auf Zeit (gemäß EU-Dienstleistungsfreiheit) sowie illegal hier Arbeitende. Überspitzt lässt sich von „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ sprechen. Dies bedeutet, dass wir kaum auf Modelle und Erfahrungen aus den alten Bundesländern oder aus anderen westlichen Ländern zurückgreifen können. Dort steht ein situationsbezogener Ansatz im Mittelpunkt, bei dem das Zusammentreffen von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft vom Kindergarten über die Schule, den Arbeitsplatz, die Nachbarschaft bis hin zur Stadtpolitik zum Ausgangspunkt von Handlungsstrategien genommen wird. Dadurch kann konkret gegen die Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten gearbeitet werden. Es können gemeinsame Interessen, aber auch gemeinsame Diskriminierungen von Deutschen und Nichtdeutschen bewusst gemacht werden.

Untersuchungen zu Einstellungsänderungen oder zur Auflösung negativer Stereotype bzw. Vorurteile gehen immer noch von Kontakten oder zumindest Kontaktmöglichkeiten zwischen Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft aus. Insofern bieten auch diese wissenschaftlichen Ansätze keine große Hilfe, die sich auf die Situation in den neuen Bundesländern übertragen ließe. Wir brauchen hier also andere, neue Ansätze, die diesen spezifischen Bedingungen angemessen sind.

2. RAA als Kooperationspartner der Schule

Die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) wollen in erster Linie Abwehr gegenüber Fremdem und oft zunächst Befremdlichem durch Neugier verringern. Fremd können Migranten sein oder andere Länder, aber auch Verhalten und Sichtweisen von Einheimischen. Die Neugier wollen wir durch Projektarbeit stabilisieren und mit Wissen untersetzen. Wichtig ist uns eine offene Parteilichkeit gegenüber Schwachen und gesellschaftlich Diskriminierten, seien es Ausländer oder Einheimische, lokal und global als Wert zu vermitteln. Die Verunsicherung nach dem Zusammenbruch der DDR äußert sich bei vielen Menschen auch als falschverstandene Wertneutralität. Angesichts des vorhandenen Wertepluralismus und der realen materiellen und kulturellen Unterschiede müssen wir Konfliktfähigkeit und gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung einüben.

Ein großer Teil unserer Arbeit zielt direkt darauf, die Situation von Ausländern zu verbessern. Dazu gehören auch Interventionen bei auftretenden Konflikten zwischen Einheimischen und Migranten. Ein anderer und größerer Teil unserer Arbeit bezieht sich auf die Bilder von

Fremden in den Köpfen von Deutschen, auf den latenten und offenen Rassismus und auf die vorhandene Gewaltbereitschaft gegenüber Schwächeren.

Die RAA verfügen über günstige Ausgangsbedingungen für die Kooperation mit Schulen. Im Unterschied zu anderen Trägern der Jugendarbeit oder Jugendhilfe gelingt es eher, Vorbehalte gegen externe Experten zu entschärfen. Der entscheidende Vorteil liegt schon in der Struktur und dem Privileg der RAA-Mitarbeiter. Ein Sozialarbeiter und ein abgeordneter Lehrer (dieser ist mit sechs Stunden, meist an zwei Tagen in der Woche, vor der Klasse stehend und seinen Fachunterricht erteilend und somit 20 Abminderungsstunden für die Arbeit in der RAA hat) bilden den Kern einer RAA-Niederlassung im Land Brandenburg. Somit hat dieser Lehrer immer den unmittelbar aktuellsten Stand, was an der Schule passiert und funktioniert: Wie Schüler agieren oder reagieren; was im Lehrerzimmer besprochen wird; was Schulleiter zulassen oder von vornherein ablehnen. Diese große Nähe zur Praxis lässt diese Pädagogen kaum zu „Schreibtischtätern“ werden. Hier können verschiedene Modelle oder Maßnahmen von Behörden oder Ministerien sofort kritisch beleuchtet werden. Ein weiteres Plus ist ein eigenes Profil, wenn man mit Jugendlichen arbeitet oder Lehrerfortbildungen durchführt.

3. Das Planspiel „Die Insel“

Es gibt irgendwo eine Insel, auf der Leute wohnen, die Inselbewohner. Seit zwanzig Jahren leben dort auch Fremde, Deutsche, die sich inzwischen eingerichtet haben. Das Zusammenleben funktioniert eigentlich, geht seinen alltäglichen Gang, man kommt miteinander aus. Die Inselbewohner sagen zwar, die Deutschen würden nach Bier und Kohl riechen, sehr geschäftstüchtig und gelegentlich verklemmt sein, aber man lässt sie in Ruhe.

Doch nach einer ökologischen Katastrophe (Ozonloch) sind auf einmal sehr viele Deutsche gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und auf die Insel zu fliehen. Als der Flüchtlingsstrom immer unüberschaubarer zu werden scheint, eskaliert die Situation auf der Insel. Gruppen bilden sich; die einen wollen alle Deutschen sofort wieder loswerden, andere vermitteln. Die Flüchtlinge lassen nicht länger nur über sich reden, sie greifen ein, die Presse drängt in den Vordergrund und macht Meinungen.

Als die Regierung der Insel keine Lösung mehr sieht, beruft sie eine Versammlung der Bürger ein. Diese soll über das Bleiberecht der Deutschen entscheiden. Angst, Vorurteile und Gewalt drohen die Insel zu beherrschen, ein Ausweg muss gefunden werden. Was ist zu tun? Das „Spiel“ kann beginnen (RAA 1992, S. 10).

Zielgruppe und Einsatz des Planspiels

Von den einzelnen Klassenstufen ausgehend, die es im Land Brandenburg gibt, waren es in erste Linie die 5. und 6. Klassen, bei denen vorrangig emotionale Reaktionen auf dieses „Spiel“ zu sehen waren. In der Mehrzahl wurde dieses Planspiel aber in den 7. bis 10. Klassen durchgeführt. Hier konnte man besonders die Alltags- und Fachkompetenz der Schüler beobachten. Nur punktuell wurde das Planspiel in der Sekundarstufe II eingesetzt,

da hier in erster Linie das Annehmen bzw. die Ernsthaftigkeit dieses Spiels zu wünschen übrig ließ. Das Spiel wurde in erster Linie im Klassenverband durchgeführt. Bei Jahrgangsstufen – oder Projekttagen – war es möglich, sich zu diesem Thema einzuschreiben und somit entstanden oft auch gemischte Gruppen von einer Schülerstärke zwischen 15 und 30 Schülern. Die Leistungsfähigkeit des Spieles hängt damit zusammen, inwieweit der Schüler oder Jugendliche seine Rolle annimmt und sich in die Diskussion einbringt. Hierbei wird nicht immer die eigentliche Problemstellung oder der Konflikt in den Vordergrund gestellt. Themen wie rechtsradikale Meinungen oder Ausländerfeindlichkeit, die dieses Spiel eigentlich herausfordern, kommen nur zur Hälfte zum Tragen. Meistens weichen die Kinder und Jugendlichen auf die Problematik des Demokratieverständnisses, z. B. Bildung und Kompetenz von der Regierung in diesem Spiel, aber auch auf Umwelt- und ökologische Aspekte aus. Eine allgemeine Anfrage von Schulen der Stadt Potsdam und näheren Umgebung gibt es in jedem Schulhalbjahr ca. drei- bis viermal.

Grundlegende Annahmen

Neben des programmatischen Hauptkonfliktes, Ausländer näher kennenzulernen, ihre Fluchtsituation zu erfahren und zu bewerten und dann konkret auf begrenztem Raum mit ihnen umzugehen und dabei Vorurteile abzubauen, gibt es auch Einsicht in Demokratieverständnis und deren Strukturen (unmittelbarer Umgang miteinander, zuhören, analysieren und Lösungen finden). Aber auch ökologische Aspekte spielen eine gewisse Rolle, insbesondere bei der Industrialisierung, der Urbanisierung Deutschlands. Als sozialer Aspekt ist die Gruppendynamik – besonders bei geschlossenen Klassenverbänden – wie aber auch Vertrauensbildung und Sensibilisierung der Jugendlichen, zuhören und ausreden lassen sowie Sachlichkeit und Akzeptanzbereitschaft, wichtig.

Prävention

Der präventive Aspekt liegt in erster Linie in kontrollierter Konfliktbewältigung sowie darin, sachliche Diskussionsebenen entstehen zu lassen, eine Streitkultur zu entwickeln und Sach- und Alltagskompetenzen der Jugendlichen einbringen zu können. Auch auf die Gruppendynamik einer Klasse wirkt sich das Spiel positiv aus: Es wirkt gegen die Isolation Einzelner. Das Rollenspiel ermöglicht es, Aggressionen herauszulassen sowie positive und kreative Phantasien anzuregen. Bei Einwirkung durch den Spielleiter ist hier ebenfalls die Möglichkeit gegeben, den Jugendlichen Methoden der Mediation zu vermitteln.

Bisherige Erfahrungen

Wenn das Spiel angenommen wird, hat es den Kindern und Jugendlichen gut getan und auch innerhalb der verschiedenen Unterrichtsfächer für Belebung gesorgt. Die neue Qualität von Streitkultur wurde in den Unterrichtsalltag mitgenommen. Da meist im Klassenverband über einen längeren Zeitraum (drei Tage) dieses Planspiel stattfand, konnte auch die sog. „Mitte“ erreicht werden, es wurde sich zu den Hauptkonflikten in erster Linie positioniert statt pola-

risiert. Es entstand auch eine neue Qualität von Lehrer- und Schülerverhältnis. Zum Beispiel die Akzeptanz der Lehrer, das die Schüler ihr Fachwissen aber auch Alltagskompetenz in eine andere Form einbringen können.

Abschließende Überlegungen

Jedes Planspiel sollte zum Ziel haben, soziale und politische Realität in der Simulation erfahrbar zu machen. Konflikte nicht nur theoretisch zu analysieren, sondern in Handlungen umzusetzen und selbst durch Nachspielen oder antizipierten Spielen zu erfahren. Es ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen der Übernahme vorliegender Modelle (z. B. des Planspiels „Die Insel“) und dem Erfinden bzw. dem eigenständigen Konstruieren von Spielen.

Zwischen Plan- und Rollenspielen gibt es viele Überschneidungen. Die Übergänge zwischen beiden Spielformen sind fließend. In beiden geht es aber immer um Simulation eines zentralen Konfliktes. Die wichtigste Voraussetzung zur Durchführung von Planspielen an Schulen ist die allgemeine Voraussetzung des Wissenstandes und der Kommunikationsfähigkeit der Schüler. Nämlich dann, wenn Schülerinnen und Schüler einen genügend großen Einblick in den Realitätsausschnitt, den das Spiel erfasst, haben. Je mehr das Planspiel Konflikte aus der unmittelbaren Lebenswelt der Kinder aufgreift, indem es z. B. Konflikte mit den Eltern, den Geschwistern oder den Lehrern thematisiert, desto früher ist es einsetzbar. Je größer die „Vernetzung“ mit der Wirklichkeit und je komplexer das Spiel, desto älter sollten die Schülerinnen und Schüler sein. Im Planspiel geht es um eine hohe rationale Durchdringung interessenabhängiger Konflikte. Der Einsatz ist daher in allen Schulformen in Themengebieten denkbar, die sich mit den Regeln des Zusammenlebens beschäftigen, also nicht nur in Fächern wie Sozial- und Erdkunde oder Lebensgestaltung-Ethik-Religion, sondern auch dort in den naturwissenschaftlichen Fächern, wo durch die Auswirkung naturwissenschaftlichen Tuns auf das Leben der Menschen Probleme und Konflikte entstehen.

Sofern es gelingt, Schülergruppen für „Die Insel“ zu sensibilisieren und für eine engagierte Beteiligung zu motivieren, liefert dieses Planspiel Ansätze, um sich produktiv mit der eigenen Lebenssituation, mit sozialen Vorurteilen und der Situation anderer Menschen auseinanderzusetzen. Dabei können nicht nur Reflexionsprozesse angeregt werden, sondern auch die Fähigkeit zum Wechsel der Perspektive und zur Empathie werden gefördert.

Literaturverzeichnis

Bericht der Ausländerbeauftragten für die Jahre 1995 – 1997, Potsdam 1998

Harms, Gerd/Preising, Christa (Hg.): Kinderalltag. Beiträge zur Analyse der Veränderung von Kindheit. Berlin 1988

Meves, Christa: Das Einzelkind. In: Katholische Bildung 81/1980, S. 654-659

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Kinder- und Jugendbericht. Potsdam 1994

Preisler, Gerhard: Machen Einzelkinder Schule schwieriger? In: Grundschulmagazin 9. Jg./1994, Heft 3, S. 62-65

RAA: Interkulturelle Beiträge 5. RAA e. V. Brandenburg und Berlin, 1992

Scheller, Ingo: Szenisches Spiel. Handbuch für die pädagogische Praxis, Berlin 1998

Sturzbecher, Dietmar/Dietrich, Peter: Die Situation von Jugendlichen in Brandenburg. Feldstudien im Auftrag der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, hrsg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1993

Diskussion zum Beitrag von Thomas Wehling

Die Diskussion konzentriert sich zunächst auf eine Frage, die während des gesamten Hearings auf großes Interesse stößt, nämlich, inwieweit in der Praxis das „Zusammenspiel“ von Jugendhilfe einerseits und Schule andererseits im Hinblick auf die Erprobung bzw. Umsetzung derjenigen präventiven Modelle gelingt, die darauf abzielen, rechtsextremen Tendenzen und Gewalt bei jungen Menschen entgegenzuwirken. Ähnlich wie in der Diskussion zum Statement von Doris Pleiger wird übereinstimmend die hohe Bedeutung dieser „Partnerschaft“ von Schule und Jugendhilfe betont. Kontrovers diskutiert werden allerdings Chancen und Grenzen von Lehrern, in diesem Bereich wirksam und erfolgreich zu intervenieren und präventiv zu handeln. So sei es für Lehrer oftmals schwierig, sich zusätzlich zu dem normalen Unterrichtsvolumen in dieser Hinsicht zu engagieren. Zudem gebe es nur eine Minderheit von Lehrern, die Probleme mit Rechtsextremismus und Gewalt an ihren Schulen offen ansprechen. Die meisten seien vielmehr bemüht, derartige Tendenzen „zu verdecken“. Dies würde erklären, warum es so schwierig sei, Schulen für Kooperationen mit Jugendhilfe zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang wird auf die Situation an Schulen in Ostdeutschland aufmerksam gemacht. Teilweise seien ostdeutsche Lehrer „vor dem Hintergrund ihrer Ausbildung zu DDR-Zeiten“ diesbezüglich in einer besonders prekären Situation. Oftmals – so die Einschätzung von Thomas Wehling – agieren sie im Umgang mit rechtsextremen Gedankengut bei jungen Menschen hilflos und seien überfordert. In diesem Kontext wird von anderer Seite erklärend hinzugefügt, dass „allgemeine Wertevermittlung und Erziehung zu Toleranz kein vorrangiges Erziehungsziel in der DDR waren“.

Es wird auch nach Wegen gesucht, um die Kooperationsbereitschaft zwischen Schule und Jugendhilfe zu stärken. In diesem Zusammenhang werden Grundidee und Ziele der RAA, der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen und Jugendarbeit in Schulen, präzisiert. Die „RAA“ – so eine anwesende Vertreterin der Einrichtung – „hat sich von Anfang an zum Ziel gemacht, den jeweils pessimistischen oder optimistischen Selbstbildern der verschiedenen Bereiche, die mit Jugendlichen arbeiten, entgegenzuwirken“. Sie versteht sich als eine Art „Innovationsagentur für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Jugend, Schule und Nachbarschaft“, wobei sehr kritisch gesehen wird, „dass es in allen drei Bereichen Defizite gibt und daher Bemühungen auch in all diese Bereiche gerichtet werden müssen“.

Unterschiedliche Ansätze seien im Hinblick auf diese Zielsetzungen hilfreich. Die im Vortrag erläuterte Methode des „Planspiels“ wird in diesem Zusammenhang als eine Möglichkeit genannt, um „innerhalb von Schule etwas zu erreichen“; eine andere sei die zuvor angesprochene, systematische Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfebereich. Diese müsse unbedingt weiterhin initiiert und vorangetrieben werden. Zu diesem Zweck gibt es bereits

einige Programme, im Rahmen derer etwa versucht wird, Jugendeinrichtungen in Schulen selbst zu schaffen. Auf diese Weise würde eine „institutionelle Form der Zusammenarbeit“ entstehen. Diese sei zentral und müsse auch künftig vorrangiges Ziel sein, um Kooperationen in dieser Hinsicht langfristig ausweiten und stabilisieren zu können.

Thomas Wehling stellt abschließend heraus, dass sich die Durchführung von „Planspielen“ bisher auf Schulen in Brandenburg konzentriert habe. Dabei werden nicht nur Problemklassen, sondern auch ‚ganz normale Klassen‘ mit einbezogen. Teilweise werden „Planspiele“ – so Thomas Wehling – auch in Jugendklubs durchgeführt.

Sportbezogene Ansätze: Einige Punkte zum Selbstverständnis gewaltpräventiver Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen

PETER STEGER

Dass körperorientierte Ansätze in der Jugendarbeit und frei zugängliche Bewegungsräume nicht nur konzeptionell begründet, sondern mit Nachdruck immer wieder eingefordert werden müssen, verwundert vor allem den praktisch tätigen Jugend- bzw. Sozialarbeiter, der vielfach die nicht nachlassende Anziehungskraft von Sport und Spiel erlebt. Unsere mehrjährigen Erfahrungen in der Arbeit mit rechtsorientierten bis rechtsradikalen, straffälligen und anderen auffälligen Jugendlichen bestätigen, was Jugendsoziologen vielfach belegt haben: Der erstrebte Spaß und die Möglichkeit, sich auszutoben, körperliche Kompetenzen zu erwerben, ein jugendtypisches Potential auszuleben und dabei gleichzeitig zu entwickeln, um attraktiv zu sein, ist ein sehr verbreitetes Bedürfnis von Jugendlichen, insbesondere männlichen Jugendlichen, das in deren Bedürfnisstruktur weit oben rangiert.

Für unsere Zielgruppe ist dabei keinesfalls die angestrebte Mitgliedschaft in einem Sportverein, der Trainings- und Wettkampfbetrieb in einem strukturierten Prozess nach dem klassischen Vereinsmodell das antreibende Moment. Vielmehr dominiert das Zusammensein mit der Clique, die eigene Wahl von Form und Inhalt des Sporttreibens sowie das Freisein von Anleitung, Belehrung und Lernensollen.

Das Wirkungsgebiet des SportJugendClubs und unseres Projektes ist in Berlin das Gebiet zwischen Bahnhof Lichtenberg und Weitlingstraße sowie zwischen Friedrichsfelde und Tierpark. In einem Umfeld von Altbauten und ausgedehnten Neubaugebieten ist das Projekt mit einer Situation politisch rechter Orientierungen bis hin zu Rechtsradikalismus konfrontiert. Dazu kommt ein überraschend hoher Anteil von Eltern und Großeltern, die sich selbst zu rechten Denkweisen bekennen bzw. offen Anleihen aus der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme (z. B. Ausländer in Deutschland) aufnehmen. Solche Haltungen spiegeln sich in der Konsequenz in den Reaktionsmustern Jugendlicher wider.

Diese Denk- und Lebensweltlage überlagert sich in oft komplexer Weise mit Erscheinungen manifester Straffälligkeit, was sich in erheblichen delinquenten Biografien ausdrückt.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Straffälligkeit und vielfältigen Erscheinungen sozialer Benachteiligung, schlechter Entwicklungsbedingungen infolge zerütteter

Familienverhältnisse oder schlechter Ausgangsbedingungen durch Versagen in Schule, Ausbildung oder am Arbeitsplatz sind die notwendigen Komponenten unserer Arbeitsstrategie. Dabei bleibt genügend Spielraum auch für Zuwendung zu „normalen“ Jugendlichen, deren Integration in unsere Angebote und Aktionen eine gute Sozialisationsbedingung für die speziell betreuten auffälligen Jugendlichen ist.

Gewaltprävention, am Beispiel des Projekts „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“ des SportJugendClubs Berlin Lichtenberg vorgestellt, wird von uns begrifflich als Arbeitsselbstverständnis vor allem in der Öffentlichkeit, gegenüber Behörden, Zuwendungsgebern und in der üblichen Fachdiskussion gebraucht. In der Regel wissen dann die Adressaten mit unserer Arbeit deshalb etwas anzufangen, weil sie meinen, dass ihnen ein Ziel versprochen wird. Im Laufe unserer praktischen Arbeit der vergangenen Jahre sind wir dazu gekommen, uns stärker an einem Prozess zu orientieren, der kleine Fortschritte im Sinne sozialen Verhaltens und sozialen Lernens für viel wichtiger nimmt als den allseits gewollten großen Anti-Gewalt-Zielstrich, über den alle Gewaltbereiten einlaufen sollen, und das möglichst bald.

Die wichtigsten Gründe dafür sind:

1. dass wir den Gewaltbegriff, der inzwischen hauptsächlich im Zusammenhang mit Jugendlichkeit gebraucht wird und seine erwachsenenweltgemachten Dimensionen allzu gerne auslässt, deshalb kritisch verwenden, weil sich eine bestimmte Art von Jugendarbeit dabei selbst stigmatisiert und auch Jugendliche stigmatisiert werden können, mit denen wir arbeiten,
2. die Überlegung, ob die weit verbreitete Absicht, präventiv zu wirken, den Jugendlichen mit unserer Befürchtung, Unterstellung oder sogar Prognose konfrontiert und sicher auch bald nervt, dass es sich bei ihm immer wieder um einen potentiellen Gewalt- oder Übeltäter handelt, so dass man das scheinbar Voraussehbare versucht zu verhindern und dabei sogar den Sport absichtlich oder unabsichtlich in vordergründiger Weise als Präventionsmedium funktionalisiert,
3. dass demzufolge der viel zitierte Paradigmenwechsel von präventiv orientierter (am Defizit und an Unheilprognosen ansetzender) Jugendsozialarbeit zu einer die Stärken, Gestaltungsfähigkeiten und Sozialisationspotentiale konkreter Jugendlicher, demzufolge auch rechter Jugendlicher, in den Mittelpunkt stellenden Jugendkultur- und Sportarbeit praktisch dringend notwendig und der Erfolg versprechendere Weg ist.

Das Phänomen einer zunehmenden Gewaltbereitschaft und Akzeptanz von Gewalt als Mittel von Aggressionsabbau, Bewältigung von Frustration, der Durchsetzung politischer Ziele und das Ausleben dumpfer Fremdenfeindlichkeit sowie als effektives Konfliktlösungsmittel ist in den vergangenen Jahren eher inflationär untersucht und erklärt worden. Kaum fehlen theoretische Begründungen bis in die letzten Facetten des Jugendgewaltproblems. Die Sinne der Öffentlichkeit sind geschärft.

Der Umgang mit den verschiedenen Erscheinungen, Ursachen und Vorbeugungs- bzw. Interventionsabsichten in Bezug auf Jugendgewalt, da herrscht weitgehend Konsens, darf die Lebensweltzusammenhänge von Jugendlichen nicht außer acht lassen. Ganzheitliches Herangehen als einzige wirklich Erfolg versprechende Strategie sollte für Jugend-, Sozial- und Sportarbeiter auch im Umgang mit rechten Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit sein.

Ein Konzept, das sich zum Ziel setzt, Ansätze von Jugendarbeit und teilweise Jugendhilfe mit den Möglichkeiten des Mediums Sport zu verbinden, kann sich nur als lebensweltorientierte Jugendarbeit verstehen, auch wenn klar sein dürfte, dass für gesellschaftlich verursachte Probleme und für individuelle soziale Konflikte freizeitkulturelle und sportliche Angebote nicht die Lösung bringen können. Dabei ist nicht zu unterschätzen, welche große Bedeutung eine sinn- und freudvolle Freizeitgestaltung für Jugendliche haben kann. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen, durch polizeiliche Analysen zu den Ursachen von Straftaten und entsprechend den eigenen Erfahrungen im Umgang mit gewaltbereiten und straffälligen Jugendlichen kann als gegeben angenommen werden, dass die Qualität der Freizeitsituation für die Jugendlichen eine wesentliche Komponente sozialen Verhaltens darstellt.

Gewalthandeln hat oft auch damit zu tun, dass alternatives Handeln nicht erlernt wurde bzw. im Laufe der Sozialisation aus den verschiedensten Gründen durch Gewalthandeln ersetzt wurde. Gerade der Freizeitbereich, insbesondere eben auch der bei vielen Jugendlichen beliebte Sport, kann ein wirkungsvolles Gebiet alternativen Handelns sein.

Das körperorientierte Medium Sport mit seinen spezifischen Umfeldbedingungen, Regeln, Ritualen und emotionalen Werten hat vielseitige Möglichkeiten, eine besonders für die Jugendlichen höchst attraktive Alternativkultur zu gewaltförmigen Verhaltens- und Handlungsstilen anzubieten.

Unser SportJugendClub als kombinierte Jugend- und Sporteinrichtung mit einer großen Streubreite jugendgerechter Angebote, mit vielen Möglichkeiten selbstgewählter Aktion und Kommunikation, kann als Gegenmilieu gerade für gewaltbereite, straffällige und andere auffällige Jugendliche gut geeignet sein, um die dringend notwendigen Sozialisationshilfen zur Verfügung zu stellen.

Mit unserem SportJugendClub in Berlin Lichtenberg verfügen wir über die Voraussetzung für eine strukturelle Lösung für Jugendbedürfnisse, die der Vereinssport nicht bedienen kann. Der Umgang mit unseren Jugendlichen bedarf einer speziellen Motivation und eines bestimmten Umfangs von speziellen Kenntnissen oder zumindest Erfahrungen. Gerade in der Auseinandersetzung mit besonders komplizierten jugendlichen Lebenslagen und Lebenswelten, darunter Denk- und Verhaltensmuster rechter Jugendlicher, muss das Prinzip der Fachlichkeit gefordert werden.

Dieses Prinzip bedarf einiger unverzichtbarer Durchsetzungsbedingungen:

1. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein bzw. geschaffen werden, die den Charakter von Jugendtreffs im Sinne offener Jugendarbeit besitzen, um jene Zielgruppen zu erreichen, die sich ansonsten auf Jugendeinrichtungen nicht einlassen. Dazu gehört die Anwendung sol-

cher Formen der Jugendsozialarbeit wie die hinausreichende Jugendarbeit und Straßensozialarbeit. Konsequente Lebensweltorientierung und akzeptierende Jugendarbeit gegenüber Jugendlichen, deren Gewalthandeln teilweise mit extremen politischen Orientierungen verbunden ist, sind darin eingeschlossen.

2. Die Sportangebote solcher Einrichtungen müssen jenseits des traditionellen Sportverständnisses des Sportvereins vom Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetrieb einer anderen Dynamik von Selbstbestimmung der Formen und Inhalte des Sporttreibens folgen, was eine ständige Anpassung bzw. Veränderung genauso einschließt wie das Akzeptieren der Tatsache, dass auch Jugendliche Zutritt zur Sportstätte suchen, die selbst nicht Sport treiben wollen und den Sportplatz oder die Halle als Räume des Treffens mit ihren Freunden und der Clique bzw. des Kontakts mit Jugend- und Sozialarbeitern suchen. Die Akzeptanz des Sports und seines Umfelds als Sozialisationsraum ist ein häufiges Konfliktfeld mit den anderen Nutzern von Sporteinrichtungen, aufsichtführenden Behörden, Schulleitern, Hallenwarten u. a.
3. Für die wirksame Bewältigung einer komplex angelegten Jugend-, Jugendsozial- und Sportarbeit muss qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen, das sowohl die jugendarbeitsspezifischen als auch die sportspezifischen Elemente arbeitsteilig, möglichst aber auch kombiniert beherrscht. Die sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Kompetenzen von Sportpädagogen, die im Rahmen sozialintegrativer Projekte oder SportJugendClubs arbeiten, müssen durch Behörden und Einrichtungen der Jugendförderung und Jugendhilfe anerkannt werden, weil Sportpädagogen praktisch tätige Fachleute sind, die über die Voraussetzungen verfügen, das Medium Sport unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten einzusetzen. Die hier noch existierenden Vorurteile müssen abgebaut werden. In der Praxis übernehmen Sportpädagogen unabhängig von diesen Vorurteilen bereits seit längerem Leistungen der Jugendhilfe, die anerkannt sind. Die Rolle der in SportJugendClubs und Projekten eingesetzten Sozialarbeiter ist demgegenüber nicht umstritten. Bei positiver Einstellung zum Medium Sport und eigenen entsprechenden Erfahrungen auf sportlichem Gebiet wird deren Kompetenz in der sozialpädagogischen Nutzung des Sports nicht infrage gestellt.
4. SportJugendClubs bzw. entsprechende Projekte, die sozialintegrative Arbeit mit dem Medium Sport leisten, müssen bei öffentlichen und freien Trägern der Jugend- und Sportarbeit den klassischen Einrichtungen und Vereinen der Jugendarbeit und des Sports gleichgestellt sein, was z. B. für die Nutzung von Sportstätten von entscheidender Bedeutung ist.

Hauptwirkungsrichtungen des SportJugendClubs Lichtenberg

Die übergreifenden sozialpädagogischen Zielelemente unserer Arbeit mit rechten Jugendlichen sind im Wesentlichen:

- Jugendlichen allgemeine jugendkulturelle und soziokulturelle Angebote zu unterbreiten und Bedingungen zu schaffen, die deren Interessen und Bedürfnissen entsprechen und die

zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen können,

- Sport und Spiel nach Lust und Laune zum festen Bestandteil der Alltags- bzw. Freizeitstruktur zu entwickeln, was Elemente des Tourismus und des Abenteuersports einschließt,
- durch Alltags- und Krisenhilfe bzw. Konfliktintervention Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer elementaren Lebensprobleme wirksam beizustehen,
- durch differenzierte Formen der Bildung, organisierter oder spontaner Auseinandersetzung mit jugendbetreffenden Problemen bzw. Problemen gesellschaftlicher und politischer Natur zur Persönlichkeitsformung beizutragen,
- Räume für das Zusammensein mit Freunden und in der Clique zur Verfügung zu stellen und damit jugendtypische Kommunikationsstile in einem Umfeld zu ermöglichen, das Jugendliche als ihr Gebiet annehmen und besetzen können,
- durch Sport- und Jugendaktionen und durch eine offene und jugendgemäße Kommunikationssituation eine Alternative für gewaltförmiges Handeln zu ermöglichen, was Gewaltfreiheit im SportJugendClub selbst einschließt,
- mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen ein Anregungsmilieu für Selbsttätigkeit sowie Konsensbildung im Zusammenhang mit selbstaufgestellten Regeln des Zusammenlebens zu schaffen.

Mit dem Anstreben der genannten Ziele und Wirkungen geben wir mögliche Antworten auf jugendpolitische Fragen, die sich aus den Lebenswelten Jugendlicher, aktuellen Entwicklungen (z. B. Gewaltproblem) und den sich verändernden Interessen und Bedürfnissen Jugendlicher ergeben.

Die beschriebenen arbeitsstrategischen Schwerpunkte schlagen sich in folgender Angebotsstruktur des Projektes SportJugendClub nieder:

- Clubarbeit im SportJugendClub: offene Räume für Cliquentreffs, Kommunikationsbedingungen, Fernsehen, Musik, Videoarbeit, Küche, Fotolabor
- Sport im SportJugendClub: Fitnessraum, Tischtennis, Billard, Beteiligung des Clubs an Turnieren und Sportveranstaltungen
- Sport in anderen Sporteinrichtungen: Fußball, Basketball und Volleyball zu festen Hallenzeiten in einer Schulsporthalle, Squash, Schwimmen, Eislauf, Bowling
- Abenteuer- und Erlebnissport: Wasserfahrtsport in Berliner Gewässern und im Spreewald, Segeln in der Nordsee, Reiten, Ultraleichtfliegen
- Ferien- und Wochenendreisen, Auslandsreisen und Zeltcamps
- Alltags- und Krisenhilfe: Arbeitsbeschaffung, Hilfe auf Ämtern, Hilfe bei Konflikten in der Familie, Jugendberatung, einschließlich der Beratung bei Partnerschaftskonflikten,
- Bildungsmaßnahmen: jährlicher einwöchiger Bildungsurlaub, Bildungsfahrten, differenzierte Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden zu Problemen wie Gewalt durch Jugendliche, Rechtsradikalismus, Aids, Drogen, Straffälligkeit usw.
- Betreuung straffälliger Jugendlicher: Übernahme von richterlichen Betreuungsweisungen,

Betreuung Jugendlicher in Kooperation mit Jugendgerichtshilfen, Organisation von Freizeitarbeitern im Ergebnis von Strafverfahren, Begleitung zum Gericht, Hilfe bei Anzeigen und bei der Bewältigung der Konsequenzen von Strafverfahren.

Dieses komplexe Angebot unseres Projekts hat sich im Ergebnis der realen Lebens- und Konfliktlagen unserer Jugendlichen entwickelt und wird von den Jugendlichen bedürfnisgerecht und differenziert genutzt.

Der besondere Ansatz einer sportbezogenen Jugendarbeit hat einen eigenen Stellenwert. Spaß und Entspannung bei Sport und Spiel sollen dabei nicht vordergründig mit sozialpädagogischen Absichten überfrachtet werden. Die Überlegung jedoch, welche grundsätzlichen Jugendbedürfnisse und -interessen mit dem Medium Sport besonders wirkungsvoll realisiert werden können, ist für den sozialpädagogisch denkenden Sportpädagogen sehr nützlich, weil dadurch auch die Maßnahmen sportlicher Jugendarbeit dem Lebensgefühl Jugendlicher mediumgerecht angepasst werden können.

Stellt man wesentlichen Bedürfnissen Jugendlicher ein adäquates Sportverständnis gegenüber, so ergeben sich z. B. folgende Reaktionsmöglichkeiten sportlicher Jugendarbeit:

Interesse/Bedürfnis	Reaktionsmöglichkeiten sportbezogener Jugendsozialarbeit
<p>Ausleben von Jugendkulturen in der Gleichaltrigengruppe</p> <p>Selbstbestätigung, Selbstbestimmung, soziale Anerkennung</p> <p>Umgehung oder Kompensation des zivilisatorischen Drucks, das Verhalten ständig zu kontrollieren, Emotionen und Affekte zurückzudrängen</p> <p>Ausleben aggressiver Männlichkeit, Erwerb männlicher Körperstile und öffentliche Demonstration der Zeichen von Männlichkeit</p> <p>Lust auf Risiko, Befriedigung dramatischer Bedürfnisse, Erprobung von Unbekanntem</p> <p>Ablehnung von Planung, geregelterm Training und systematischem Bewegungslernen</p> <p>Kombination des Sports mit anderen Erlebniswerten</p> <p>Stadtteilbezogenheit der Aktionen der Jugendlichen</p> <p>Kennen lernen anderer Jugendlicher und Jugendkulturen</p>	<p>bedürfnisorientierte und flexible Sportangebote für Cliques, akzeptierende sportbezogene Jugendsozialarbeit</p> <p>Einbeziehung bis zur Selbstorganisation von Sportmöglichkeiten bzw. Sportveranstaltungen</p> <p>Sportmöglichkeiten, bei denen Spannung, Action, ungebremste Emotionalität erlebt werden können</p> <p>Fußball, Kampfsport, Kraftsport, Möglichkeiten zur Befriedigung von Rauflust, Kräftemessen, Wettkampf</p> <p>Risikosportarten, Anwendung von Mitteln der Abenteuer- und Erlebnispädagogik, Erprobung bisher unbekannter Sportgeräte</p> <p>Sport nach Lust und Laune, Verzicht auf systematische Lernprozesse</p> <p>Sport und Aufenthalt in Sportstätten mit Geselligkeit und Kommunikationsmöglichkeiten verbinden, dabei Nutzung der Situation vor und nach dem Sporttreiben, Sport und Naturerlebnisse kombinieren</p> <p>Sportstätten im Stadtteil sichern</p> <p>Begegnungen und Turniere mit anderen Einrichtungen und Projekten organisieren, dabei Vermeidung vordergründiger Integrationsziele</p>

In diesen bedürfnisgeleiteten Reaktionsmöglichkeiten bzw. Organisationsformen des Sports sehen wir z. B. folgende sozialpädagogischen Chancen:

- Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten,
- Fair Play,
- nonverbale Artikulationspotenzen,
- Regelwerk des Sports,
- Selbsttätigkeit, Selbstregelung (z. B. Schiedsrichterfunktion),
- Über- und Unterordnung,
- Rollentausch von Starken und Schwachen im Vergleich zum Jugendalltag,
- Möglichkeit zur Überlegenheit gegenüber Erwachsenen,
- Zusammenspiel mit Erwachsenen,
- Begegnung mit Jugendlichen, die man nicht mag, wobei Sportregeln die Grundlage für den Umgang miteinander bilden,
- Mannschaftsverhalten, gegenseitige Hilfe, Toleranz gegenüber Schwächeren,
- Selbstkontrollmöglichkeiten (u. a. auch im Kampfsport),
- Auseinandersetzung mit neuen Sportarten und Sportgeräten,
- Abenteuer und Risiko in entsprechenden Sportarten.

Eine aktive, am Sport beteiligte Rolle des Sozial-, Sport- oder Jugendarbeiters erschließt dabei ausgezeichnete Beobachtungs- und Diagnosemöglichkeiten. Durch eigenes maßstabsetzendes soziales Verhalten (z. B. bewusstes und demonstratives ins – Spiel – bringen Schwächerer, kompromisslose Fair – Play – Haltung usw.) können Jugendliche zu eigenem sozialen Verhalten angeregt werden. Auch eine speziell die Mädchen unterstützende Wirkung sollte nicht vernachlässigt werden.

Einen besonderen Raum nahm in den vergangenen Jahren die Diskussion um die Effekte im Zusammenhang mit Abenteuersport ein. Ohne dieser Arbeitsrichtung quasi Wunderkräfte zuzuschreiben, kann die Anwendung von Mitteln der Erlebnis- und Abenteuerpädagogik positive Wirkungen gerade auch für gewaltbereite Jugendliche haben. Dabei sollten entsprechende sportliche und touristische Aktivitäten:

- in ihrer sozialerzieherischen Potenz definiert, durchschaubar und nachvollziehbar sowie sinnvoll in einen sozialpädagogischen Zusammenhang einbezogen sein,
- differenzierte Beziehungsarbeit fördern,
- Langzeitaktivitäten stimulieren, Einmaliges und Wiederholbares kombinieren,
- viel Zeit für Vorbereitung und Nachbereitung (evtl. als Übergang zu neuer Vorbereitung) einräumen,
- Erleben statt Reden genauso ergiebig ermöglichen wie Reden über das Erlebte als auch Reden über Pläne zur ersehnten Fortsetzung/Wiederholung von Erlebnissen,
- große Spielräume für Selbsterfahrung, Selbstlernen in der Gruppe schaffen,
- sachliche Kenntnisvermittlung durch kompetente Fachleute des betreffenden Gebietes nutzen,

- Ökologisches Verhalten im Naturerlebnis anregen und zum Gruppenkonsens entwickeln,
- Verantwortungsübernahme für sich und die Gruppe praktizieren,
- Mitgestaltungsmotive statt Konsumverhalten erzeugen,
- Körpergefühl im Kontext mit Risikoerlebnissen zum Zwecke der Fähigkeit zur Risikoabschätzung fruchtbar machen,
- eine Gruppendynamik im Ausgleich von Stärken und Schwächen und in dominanter Betonung von Hilfsbereitschaft und Mitverantwortung für den anderen möglich machen.

So schwierig es sein mag (und auch nicht absolut notwendig ist), alle Kriterien zu erfüllen, so weist die gewiss unvollständige Summierung denkbarer Kriterien auf den sicher unverzichtbaren ganzheitlichen Anspruch abenteuer- und erlebnispädagogischer Ansätze hin.

Bilanz, Erfahrungen

Die bisher vorgestellten Ansätze sind Gesamtorientierungen für unsere Arbeit. Es versteht sich von selbst, dass die darin enthaltenen Ansprüche nicht immer vollständig den Alltag unserer Club- und Sportarbeit bestimmen können. Nicht alle Ziele sind mit jeder Aktivität zu erfüllen. Zu ehrgeizige Zielabsichten würden das notwendige freudvolle Klima in der Freizeit der Jugendlichen infrage stellen. Gewollte Effekte wären für die Jugendlichen zu sehr im Vordergrund. Sie würden sich als Gegenstand von Besserungs- und Veränderungsabsichten empfinden, was letztlich kontraproduktiv wäre. Die oft notwendige Beiläufigkeit, mit denen sozialpädagogische Wirkungen insbesondere in der Freizeitsphäre erzielbar sind, würde sich nicht einstellen.

Viel wichtiger als das überzogene Verfolgen von Projektzielen ist die Motivation zum Mitmachen und zur Selbsttätigkeit. Für all die genannten Anspruchskriterien lassen sich in unserer Projektarbeit Beispiele finden. Viele der von den Jugendlichen selbst organisierten Aktionen im Club, unser Sportalltag, die Abenteuersportfahrten, Auslandsreisen, Wochenend- und Ferienfahrten liefern Belege für die von uns angestrebten Wirkungen. Gerade mit den oben genannten Maßstäben schafft sich ein Projekt nützliche Kriterien für die kritische Bewertung der eigenen Arbeit.

Dabei sollte immer berücksichtigt werden, dass Jugendarbeit mit solcher Klientel als experimentelle Jugendarbeit- und Sportarbeit aufgefasst werden muss. Der Versuch, das Ausprobieren neuer Wege, die Suche nach Erfolg versprechenden Methoden und Aktionen entsprechend den Bedürfnissen der Jugendlichen und im Einklang mit deren eigenen Gestaltungsabsichten sollten dominieren. Dabei muss eingerechnet werden, dass sich eine geradlinige Ziel – Mittel – Ergebnis – Relation kaum realisieren lässt. Oft treten Effekte ein, die nicht immer voraussehbar sind. Der überraschende Vorschlag eines Jugendlichen, eine Initiative im Interesse der Gruppe oder des SportJugendClubs wie z. B. die selbständige Renovierung des Fitnessraums oder die Einrichtung eines Fotolabors haben als Ergebnis der Eigeninitiative

von Jugendlichen einen sehr hohen Wert im Sinne sozialen Verhaltens und Lernens.

Das Organisieren der Beteiligung einer Mannschaft rechter Jugendlicher unseres Clubs an einem Fußballturnier mit Ausländern bedeutet das Überschreiten einer Schwelle, die im Alltag sonst kaum möglich erscheint. Gerade der Sport kann solche „Grenzübergänge“ ermöglichen, weil Wettkampfgeln, die von allen akzeptiert werden, auch zu Regeln des Umgangs von Jugendlichen miteinander werden können, die sich ansonsten nicht mögen. Wer will schon als Nichtexperte in Sachen Spielregeln im Fußball gelten?

Das Aufeinanderangewiesensein aller Jugendlichen beim Segeln auf einem Schiff in der Nordsee hat überraschende Verantwortungshaltungen und auch Auseinandersetzungsqualitäten im Konfliktfall hervorgebracht. Das Erleben von bisher ungewohnten Risikosituationen beim Ultraleichtfliegen erzeugte eine neue Qualität der gemeinsamen Bewältigung der gemachten Erfahrungen, ein Klima gegenseitiger Hilfe bei der unmittelbaren Flugvorbereitung sowie disziplinierte Verhaltensweisen angesichts der Sicherheitserfordernisse eines Flugplatzes. Solche Verhaltensweisen entsprechen natürlich unseren Zielen, sind jedoch als Ergebnisse nicht generell planbar. Gerade im Stolz und in dem Selbstbewusstsein, es selbst und in eigener Initiative geregelt zu haben, stecken erhebliche sozialintegrative Potenzen.

Vor die Frage gestellt, welche Ergebnisse wir in unserer mehrjährigen Arbeit vorweisen können, ist Bescheidenheit genauso angezeigt wie eine möglichst differenzierte Bewertung.

Das Hauptinteresse derjenigen, die unser Projekt beurteilen, liegt angesichts der Konzentration auf solchen Zielgruppen wie rechte Jugendliche oder Straffällige in der Frage, welche Veränderungen im Denken und Verhalten erzielbar sind bzw. erzielt wurden.

Die Vorstellung, dass bei rechtsradikalen Jugendlichen durch Jugendarbeit und Sport schnell ideologische Wandlungen zu organisieren sind, erweist sich als Illusion. Die Jugendlichen kommen freiwillig zu uns und verbinden damit keinesfalls die Absicht, sich ändern zu lassen. Ihr Grundbedürfnis ist das Zusammensein mit Freunden, Spaß im Club, im Zeltcamp, bei Reisen sowie bei Sport und Spiel.

An diesen Bedürfnissen ansetzend gelingen Veränderungen in der Alltags- und Freizeitstruktur weitaus schneller als Veränderungen in den politischen Orientierungen.

Im Vergleich zu ihrer früheren Freizeitstruktur, die durch Herumhängen in der Clique, Alkoholkonsum und Konfliktsuche gekennzeichnet war, ist die Tatsache jedoch nicht zu unterschätzen, dass die Freizeit gemeinsam mit Freunden nunmehr im Wochenverlauf bedeutend sinnvoller verbracht wird. Es entsteht Verantwortungsgefühl für die gemeinsamen Angelegenheiten im Club. Clubarbeit und Sport funktionieren so als Gegenmilieu und Handlungsalternative zu sinnentleerter Freizeit und gewaltförmigen Handlungsstilen. Dies kann für den weiteren Prozess der Sozialisation eine große Bedeutung haben und bringt positive soziale Erfahrungen auch für Jugendliche, die solche Erfahrungen nur in seltenen Fällen sammeln können. Das Cliquenleben füllt sich mit anderen Inhalten, die ansonsten verschüttet bzw. auf andere Weise für viele auffällige Jugendliche nicht zu realisieren sind.

Die Verringerung der Straftathäufigkeit ist für uns ein Ergebnis, das als Erfolgskriterium schwer wiegt und im Interesse der Jugendlichen und der Öffentlichkeit ist.

Die bei uns existierenden Bedingungen für Selbsttätigkeit und Mitverantwortung sind übertragbare Eigenschaften und stärken das Selbstbewusstsein von Jugendlichen, die wenig Erfolgserlebnisse haben.

Nicht zu unterschätzen ist, dass der Sport bei vielen Jugendlichen inzwischen eine feste Größe im Wochenverlauf ist. Gelegentlicher Sport und Wettkämpfe mit Jugendlichen, die man ansonsten als politischen Gegner einstuft, bringt die Erfahrung, dass man auch mit Leuten auskommen kann, die man nicht mag bzw. vehement ablehnt.

Bei einigen Jugendlichen ist es gelungen, sie in den Übungsbetrieb eines Sportvereins zu integrieren, wozu das häufige Zusammensein, gemeinsame Reisen und Clubaktivitäten mit Sport treibenden Jugendlichen, die nicht zu unseren Zielgruppen gehören, beigetragen haben.

Unser großer Aufwand in der Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft führt nicht schnell zu durchgreifenden Änderungen, die wir auch nicht erwartet haben. Unter den Bedingungen der Freiwilligkeit der Beteiligung an unseren Angeboten verbietet sich ein Überfrachten unserer Arbeit mit gesellschaftspolitischen Veränderungszielen von selbst. Wer vor allem Freizeitspaß mit Freunden sucht, wird ständige „Gehirnwäscheversuche“ nicht akzeptieren und sich auch einer Einrichtung verweigern, die er ansonsten gut akzeptieren kann.

Wir machen es rechten Jugendlichen jedoch nicht dadurch bequem, indem wir nur für ihre Unterhaltung sorgen und die Auseinandersetzung mit inakzeptablen Auffassungen und Verhaltensweisen meiden. Im Gegenteil: Phasen der Diskussion, Information und gezielter Bildungsarbeit sind im Jahresverlauf fest eingebaut. Dazu kommen viele spontane Gruppendiskussionen und intensive Einzelgespräche, auf die sich die Jugendlichen gern einlassen. Durch Beiläufigkeit und situatives Eingehen auf die Jugendlichen lässt sich vieles besprechen, was sonst eher zu Konfrontationen führt.

Auch auf geplante Aktionen mit Bildungscharakter lassen sich die Jugendlichen ein, wenn die vermittelten Informationen oder selbsterwerbbarer Erfahrungen den Interessen der rechten Jugendlichen entsprechen. So war ein Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald deshalb eine sinnvolle Exkursion, weil diese dem Informationsbedürfnis der Jugendlichen entsprach.

Im Ergebnis solcher Aktivitäten ist ein gewisser Differenzierungsprozess zu beobachten. Stand z. B. am Anfang noch eine ziemlich einheitliche Leugnung des Holocaust, so ist durch die Beschäftigung mit Dokumenten, Zeitzeugen, filmischen Zeitzeugnissen und Originalschauplätzen bei den meisten Jugendlichen der Eindruck entstanden, dass die dokumentierten Taten des Nationalsozialismus nicht mehr einfach zu leugnen sind.

Solche Differenzierungen sollen nicht überbewertet werden, sind für uns aber Ansätze, um weiter mit den Jugendlichen in dieser Richtung zu arbeiten.

Ein wesentliches Defizit unserer Arbeit der vergangenen Jahre war eine altersmäßig zu späte Beschäftigung mit rechten Denk- und Verhaltensproblemen. Die gegenwärtige Generationsablösung und inzwischen gewonnene Erfahrung in der Arbeit mit jüngeren rechten

Jugendlichen bestärkt uns in der Überzeugung, dass ein frühzeitiger Beginn der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit Mitteln von Jugend- und Sportarbeit ein Erfolg versprechender Weg ist.

Diskussion zum Beitrag von Peter Steger

Die Diskussionsrunde wird im Hinblick auf geschlechtsspezifische Aspekte der Problematik mit der Frage eingeleitet, welche Rolle Mädchen in Bezug auf Rechtsextremismus spielen. Wie groß ist beispielsweise nach den Erfahrungen von Peter Steger deren Anteil an rechten Gruppen? Er nimmt in diesem Zusammenhang eine Veränderung wahr. Der Mädchenanteil sei in den letzten Jahren eher gering gewesen. Damals seien vor allem Freundinnen von rechten Jugendlichen mit in den Club gekommen. Diese waren in der Regel schon 18 Jahre alt oder älter. Mittlerweile allerdings – so seine Einschätzung – gebe es eine größere Zahl jüngerer Mädchen, die sich zu rechten Gruppen hingezogen fühlen. Seine Wahrnehmung in dieser Sache habe sicherlich maßgeblich auch damit zu tun – darauf weist Peter Steger explizit hin –, dass in dem von ihm betreuten Jugendclub jetzt, im Gegensatz zu früher, insgesamt mit jüngeren Jugendlichen, vor allem mit 13- bis 14-Jährigen gearbeitet werde. Dies sei auch sinnvoll, denn in diesem Alter könne noch Einfluss auf Meinungen und Einstellungen junger Menschen genommen werden. Seiner Ansicht nach müsse grundsätzlich „konzentriertere Mädchenarbeit“ gemacht werden. Notwendiger allerdings erscheint ihm – gerade im Hinblick auf Rechtsradikalismus – gezielt „Jungenarbeit zu machen“. Denn: „Wenn man in den Biografien forscht, was da gelaufen ist, ist ziemlich dominant, zu 70 bis 80 Prozent vielleicht, dass diese gewaltbereiten rechtsradikalen Jugendlichen keine vernünftigen Männerrollen kennen gelernt haben, durch den Vater nicht oder eben durch die Abwesenheit des Vaters“. Vor diesem Hintergrund sei es zentral, Jungen „vernünftige Männerrollen vorzuleben“.

Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf Materialien und Vorgehensweisen, die im „Bildungsurlaub“ mit rechten Jugendlichen eingesetzt werden. Peter Steger berichtet in diesem Kontext, dass er Jugendliche bei diesen Gelegenheiten mit „Originaldokumenten“ und Filmmaterial aus der Nazi-Zeit konfrontiere. Dabei seien ganz unterschiedliche Reaktionen zu beobachten. Teilweise würden sie sich betroffen zeigen. Teilweise würden sie aber auch offen ansprechen, dass ihrer Meinung nach die in den Filmen dokumentierten Gräueltaten aus ihrer Sicht „berechtigt gewesen seien“.

Peter Steger spricht die Verpflichtung an, die er empfindet, Begegnungen zwischen rechtsorientierten Jugendlichen und deren angeblichen Feindgruppen (Ausländer, linke Jugendliche, Aussiedler etc.) zu schaffen. Sport sei hier eine gute Gelegenheit. Fußballspiele mit türkischen Jugendlichen und Aussiedlerjugendlichen werden zu diesem Zweck organisiert. Es dürfe freilich nicht erwartet werden, dass diese Begegnungen dauerhaft konfliktfrei verlaufen. Jede Clique – so habe die Erfahrung gezeigt – brauche früher oder später ihren „Rückzugsraum“.

Gründe für wachsenden Antisemitismus unter Jugendlichen sind für Peter Steger unklar. Er vermutet, dass Stereotype und Vorurteile, aber auch Einflüsse von Erwachsenen auf Meinungen junger Menschen hier eine entscheidende Rolle spielen.

Zur Grundlegung geschlechtsreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen

KURT MÖLLER

1. Empirische Erkenntnisse und theoretische Grundannahmen

Ambitionierte soziale und pädagogische Arbeit hat von jeher den Anspruch, Bedarfslagen und Probleme ihrer Adressaten ursachenbezogen anzugehen und nicht in bloßer Symptomkur stecken zu bleiben. Entsprechend zählt sie das Wissen um Ursachen der Themen- und Problemstellungen, die sie zu bearbeiten hat, zu den unverzichtbaren Voraussetzungen erfolgreicher Arbeit. Folgerichtig ist sie an wissenschaftlichen Erkenntnissen interessiert, die zu einer Erhellung relevanter Kontexte beitragen.

Auf der Suche nach Erklärungen für das Entstehen und die Entwicklung von fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen, also von Ungleichheitsvorstellungen in Verbindung mit Gewaltakzeptanz (dazu näher: Heitmeyer 1987; Möller 1998), ist die sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren zunehmend auf das Kriterium der Geschlechtszugehörigkeit bzw. das der Herausbildung von Geschlechtsidentität gestossen. Die Kategorie „Geschlecht“ entscheidet nämlich in einem Ausmaß wie kaum ein zweites sozio-demografisches Merkmal über die Wahrscheinlichkeit einer Anfälligkeit für rechtsextremes Orientierungspotential. Sie erweist sich als weitaus aussagekräftiger als Verweise auf den Zusammenhang von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, beispielsweise mit dem Ausländeranteil im Stadtteil, dem Bildungsniveau, dem Einkommenslevel, dem Besitz oder Nichtbesitz eines Arbeitsplatzes, der Wohn- und Familienform, dem Alkoholkonsum, der Rezeption von Rechtsrock oder mit anderen, in den letzten Jahren immer wieder als Erklärungsansätze bemühten personalen Kennzeichen oder sozialen Lebenskonstellationen von einschlägigen SymptomträgerInnen.

Schon ein erster oberflächlicher Blick auf die leicht ersichtlichen quantitativen Relationen zwischen Geschlechtszugehörigkeit und fremdenfeindlicher bzw. rechtsextremer Anfälligkeit wird z. B. gewahrt:

- Rund zwei Drittel der *WählerInnenschaft* rechtsextremer Parteien und Listen sind männlich. Dies gilt nicht nur in jüngerer Zeit, sondern auch schon für die ersten Erfolge von

SRP und NPD in den 50er bzw. 60er-Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Der Befund ist daneben auch nahezu gleich für alle Typen von Wahlen (Europa-, Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen) und für unterschiedliche Organisationen und Wählervereinigungen innerhalb des rechtsextremen Spektrums.

- ▶ In der *Mitgliederschaft* rechtsextremer Organisationen bilden Männer bzw. Jungen im allgemeinen mindestens drei Viertel des Potentials, häufig auch mehr.
- ▶ Auf der *Funktionärsbene* entsprechender Vereinigungen sind sie mit einem noch einmal deutlich stärkeren Gewicht vertreten. Hier stellen sie meist 85 – 95 Prozent der Pöstchen-träger.
- ▶ Innerhalb der *unorganisierten Rechtsaußen-Szene*, einer Gruppierung, die in den letzten Jahren nach Verfassungsschutzkenntnissen stetig anwächst, insbesondere junge Leute anspricht und sich besonders gewaltbereit und militant geriert, sind fast ausschließlich (junge) Männer vertreten. Die wenigen weiblichen Szene-Angehörigen werden maximal auf 10 – 20 Prozent des Gesamtaufkommens geschätzt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass sie sich eher in den Randbereichen der recht(sextrem)en Subkultur(en) aufhalten, meist eher über die Freundschaft bzw. Partnerschaft mit jungen Männern angebunden, kaum einmal als politisch eigenständig denkende und agierende Personen aktiv sind und sich ihr Dabeisein entsprechend fluktuativ gestaltet.
- ▶ Im absoluten ‚Härtebereich‘ von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, also dort, wo nachweislich politisch motivierte (oder wenigstens konnotierte) *Gewalttaten* begangen werden, findet sich eine noch erdrückendere maskuline Dominanz: Rund 95 Prozent der entsprechend orientierten Gewalttäter der letzten Jahre sind männlichen Geschlechts.

Zwischenfazit: Auf den verschiedenen Ebenen des fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungs- und Verhaltenssyndroms zeichnet sich (über)deutlich eine männliche Vorherrschaft ab. Kein anderes sozialwissenschaftlich relevantes Merkmal unterscheidet in einem auch nur annähernd vergleichbaren Grad fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem Orientierte von fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem Distanzierten.

Dies gilt auch für den Faktor „jugendliches Alter“. Mit dem (oft auch nur implizit bleibenden) Hinweis, ca. 70 – 80 Prozent der fremdenfeindlichen und/oder rechtsextremen Straftäter seien jugendlichen Alters, wird der öffentliche (und leider auch der fächerspezifische bzw. interdisziplinäre wissenschaftliche und professionelle) Diskurs über Rechtsextremismus, (rechte) Gewalt und Fremdenfeindlichkeit weitgehend unter der Fokussierung auf jugendliche Betroffene geführt. Wenn auch, u. a. wegen der damit angedeuteten quantitativen Relationen, vieles dafür spricht, ein besonderes Augenmerk auf die Anfälligkeiten von Jugendlichen zu werfen, so besteht doch – bereits bei Beschränkung auf eine rein quantitative Argumentation – mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr Veranlassung dazu, den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf der einen Seite und Geschlechtszugehörigkeit bzw. vor allem Männlichkeit auf der anderen Seite genauer zu untersuchen. Insbesondere muss dann die Kombination der Kategorien „Geschlecht“ und

„Jugend“ interessieren. Dies gilt umso mehr, wenn man die Hoffnung bzw. die Erwartung hegt, mittels sozialer und pädagogischer Arbeit bereits in einer frühen Phase der biographischen Entwicklung Gegensteuerungen und nicht zuletzt präventiv wirksame Weichenstellungen in Richtung auf die Übernahme demokratischer Werte und Verfahrensweisen vornehmen zu können.

Wenn auch die erwähnten quantitativen Daten die Notwendigkeit einer geschlechtsreflektierend vorgehenden sozialen und pädagogischen Arbeit herausstellen und unterstreichen, so ist doch mit derartigen zahlenmäßigen Vermessungen praktisch-professioneller Arbeit noch wenig gedient. Zum einen ist mit ihnen noch nichts über die geschlechtsspezifische Qualität einer fremdenfeindlichen bzw. rechtsextrem konturierten Orientierung ausgesagt; zum anderen wird durch sie noch nicht geklärt, warum diese geschlechtsspezifisch auffälligen Konstellationen vorliegen, wie sie zustande kommen und wo demgemäß sozialisatorisch einzugreifen wäre.

Sehen wir uns also – zunächst in geschlechterübergreifender, dann in -spezifizierender Perspektive – die qualitativen Ausprägungen der in Rede stehenden Orientierungen bei Jungen und Mädchen eingehender an und versuchen im Anschluss daran ihr Entstehen zu entschlüsseln (vgl. zum Folgenden detaillierter und auch in Zusammenfassung des einschlägigen Forschungsstandes: Möller 2000).

Geschlechterübergreifend ist in Bezug auf vertretene Inhalte im wesentlichen festzustellen: Inhalte von Ungleichheitsvorstellungen ranken sich bei Jungen wie Mädchen nahezu ausschließlich um die sog. ‚Ausländer- und Fremdenfrage‘. Genauer: Zielpersonen von Ungleichheitsvorstellungen sind ganz deutlich vorrangig die in Deutschland lebenden Angehörigen anderer Nationen bzw. deutschstämmige MigrantInnen. Besonders stark betreffen sie Asylbewerber, (nicht ganz so) oft aber auch Nichtdeutsche mit gesicherterem Aufenthaltsstatus (wie die sog. „Gastarbeiter“ und ihre Familien) – diese meist so weit sie nicht hier geboren sind – sowie zugezogene Deutschstämmige aus Osteuropa (Aussiedler). Die Unterschiedlichkeit der einzelnen Migrantengruppierungen im Sinne von Gruppierungen mit differentem rechtlichen Status wird von vielen Jugendlichen kaum erkannt und unter dem Etikett „Fremde“ bzw. – teils fälschlich (z. B. bei russischen Aussiedlern) – „Ausländer“ dem eigenen Blick verborgen.

Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Sinne rassistischer Ideologie werden fast nie vertreten. Zwar bedient man sich in einzelnen Fällen eines rassistisch anmutenden Vokabulars (z. B. „Ungeziefer“, „Zeugs“, „Kanaken“), es muss dann jedoch keine Verwurzelung des politischen Denkens in entsprechenden biologistischen Überzeugungssystemen ausgemacht werden. Statt dass Begründungen für getane Äußerungen dieser Couleur mit Verweis darauf explizit geliefert oder per interpretativem Schluss erkennbar würden, macht man eher einen Rückzieher und bekundet, „eigentlich nichts gegen Ausländer“ zu haben. Will man darin kein rein taktisch motiviertes Verhalten sehen – und dafür gibt es in der Tat eingedenk der gerin-

gen Reflexivität und substanzschwachen politischen Orientiertheit sowie nicht vorhandenen oder naiv-mangelhaften Strategieüberlegungen der sich entsprechend äßernden Personen jede Veranlassung -, so sind solche Einlassungen wohl als wenig durchdachte Übernahmen von Mentalitäten aus einem Teil des gesellschaftlichen Diskurses einzustufen. Dieser Umstand bedeutet freilich keine Entwarnung. Denn er verweist nicht nur auf die Verantwortung der Erwachsenen für rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen, sondern auch auf die Gefahren, die bei einer gelungenen ideologischen Fundamentierung rassistischer Ausdrucksweisen lauern. Schließlich ist eher anzunehmen als auszuschließen, dass einmal habitualisierte rassistische Redeweisen die Tür zur Beeinflussung durch einschlägige Denkweisen öffnen. Abgesehen davon fordern sie von Betroffenen und anderen Gegnern rassistischer Positionierungen mit hoher Wahrscheinlichkeit Reaktionen der Gegenwehr heraus, die möglicherweise als Angriff gewertet werden könnten und die Person damit mehr und mehr in ein Freund-Feind-Schema verstricken, aus dem es zunehmend schwieriger werden dürfte, einen Ausweg zu finden.

Argumentationsfiguren bemühen im wesentlichen Verweise auf national-kulturelle, ökonomisch-materielle und verhaltensbezogene Faktoren. Erstgenannte finden sich am häufigsten in Bezeugungen eines diffusen Unbehagens an der Anwesenheit von Menschen fremder Kulturkreise in Deutschland, was sich dann in Gefühlen der Ver-, Ent- oder auch Überfremdung niederschlägt. Insbesondere wird der über eine gewisse, subjektiv unterschiedlich angesetzte Schwelle betriebene Zuzug von Ausländern in das von einem selbst und der eigenen Familie bewohnte Viertel als unangenehme kulturelle Veränderung des sozialen Nahbereiches wahrgenommen. Meist wird mit ihm gar nicht einmal konkreter Ärger im Sinne offener Konflikte mit den Neuhinzukommenden verbunden. Eher gilt er als Indikator für eine Verarmung und infolgedessen auch für eine Stigmatisierung des eigenen Stadt- oder Ortsteils in den Augen nicht dort wohnender Menschen. Daneben wird auf einen (evtl. auch nur drohenden) Wandel des öffentlichen Klimas hingewiesen: Wegzug deutscher Familien und Geschäftsleute, anwachsende Isolation der verbleibenden Deutschen durch kulturelle Selbst-segregation der Ausländer und/oder sprachliche Verständigungsprobleme, Veränderung des öffentlichen Straßenbildes (z. B. durch zahlreiche Kopftuch tragende türkische Frauen), mehr lärmende Kinder aufgrund des relativen Kinderreichtums ausländischer Familien etc. Dies gilt insbesondere, wenn der eigene Wohnblock betroffen ist. Hinzu kommen Befürchtungen vor Belästigungen: mehr Anmache durch ausländische Jugendliche auf der Straße, Bettelei, erhöhte Verschmutzung von Straßen und öffentlichen Plätzen durch ein wenig umweltfreundliches Verhalten von AusländerInnen sowie Drogenhandel (vor allem im Falle des Zuzugs von Asylbewerbern). Dabei weist man medialen Berichterstattungen, Hörensagen oder auch selbst getroffenen Einzelbeobachtungen Belegqualität zu. Durchgängig liegt in Fällen von Äußerungen eines derartig geprägten Unbehagens an der Anwesenheit von AusländerInnen oder anderen MigrantInnen in Deutschland, resp. im eigenen Wohngebiet, die Ansicht zugrunde, die jeweils ins Visier genommene Fremdgruppierung (z. B. „die“ Ausländer, „die“ Türken, „die“ Aussiedler, „die ganzen Fremden aus aller Herren Länder“)

habe ihre eigene, der deutschen nicht oder nur sehr konfliktuös kompatible Kultur; eine Kultur, die man nicht in jedem Fall explizit für minderwertig, wohl aber für störend in Bezug auf das Weiterleben in jenen Gewohnheiten, Werten und Normen hält, die man als „deutsche Kultur“ ansieht.

Eine offene Aufwertung oder gar Idealisierung der Eigengruppe (z. B. nach dem Motto „wir Deutsche sind besser“) wird nur sehr selten bzw. gar nicht vorgenommen. Wenn ein „Stolz, Deutsche(r) zu sein“, zu erkennen gegeben wird, dann bezieht er sich in der Regel auf die wirtschaftlichen Leistungen der bundesrepublikanischen Bevölkerung und immerhin noch öfter auf landschaftliche Schönheiten oder kulturelle Errungenschaften als auf nationalistische Mythen und ihre Traditionen. Eine national(istisch)-kulturelle Überheblichkeit gelangt darin durchgängig nicht zum Ausdruck. Häufig werden bei der Betonung der positiven Seiten des Deutschseins auch Relativierungen angebracht. Letztere scheinen mit zunehmendem Alter zu steigen und sich auch im Prozess des Abrückens von vormalig rechtsextrem konturierten Vorstellungen zu vermehren. Sie beziehen sich auf Aspekte wie Leistungsfixiertheit, übertriebene Konsumorientierung, mangelnde „Lockerheit“, Engstirnigkeit und Übergenaugigkeit. In dieser Hinsicht sieht man dann andere Nationalcharaktere dem der Deutschen sogar überlegen.

Insofern sind es weniger deutlich rigide Abwertungen der Fremd- und klare Aufwertungen der Eigengruppe, die das Verhältnis der Ungleichheits-Vertreter zu „Fremden“ kennzeichnen, als Erfahrungen und Befürchtungen des Gestörtwerdens in habitualisierten Lebens- und Vorstellungswelten. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die häufig auftauchende Formulierung, doch „nur in Ruhe gelassen“ werden zu wollen – oft mit dem Zusatz versehen, dann werde man die anderen auch in Ruhe lassen. Mit „Ruhe“ meint man offenbar subjektiv empfundene Störungsfreiheit. Man ist anscheinend bemüht, mit dem Begriff wohl auch die Bescheidenheit der eigenen Ansprüche zu signalisieren („Mehr als meine Ruhe will ich ja gar nicht.“) und nicht einmal auf besondere Vorteile beim Sicheinlassen auf die multikulturelle Gesellschaft pochen zu wollen.

Diese Ruhe sieht man noch deutlicher verletzt, wenn ökonomisch-materielle Argumente gegen die Multikulturalisierung der Gesellschaft vorgebracht werden. Sie heben vornehmlich auf Ressourcen-Konkurrenz ab. Wiederum unter Verweis auf

Medienberichte, Alltagsdiskurse oder Einzelbeobachtungen und einzelne Eigenerfahrungen erkennt man in den Fremden Wettbewerber um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, (preiswerte) Wohnungen und andere knappe Güter. Dabei sind sie dennoch teilweise in bestimmten inferioren Segmenten des Arbeitsmarkts („Drecksarbeit“) notgedrungen wohlgekommen, wird doch unterstellt, Deutsche hätten an entsprechenden Arbeitsplätzen kein Interesse. Gleichzeitig wird mit solcher relativen Großzügigkeit bei der selbst betriebenen Durchlöcherung eigener Ungleichheitsvorstellungen in Form von Wegnahme-Argumenten selbstredend eine Degradierung arbeitender Nichtdeutscher innerhalb eines Kosten-Nutzen-Kalküls vorgenommen (Es gilt das Motto: Wenn schon Ausländer, dann nur für die Arbeit, die kein Deutscher machen will.).

Zudem wird auf die finanzielle Belastung, ja die zum Teil wahrgenommene Überbelastung des Sozialstaats durch sie, vor allem durch Asylbewerber, aber auch durch Aussiedler hingewiesen. Man inkriminiert ihre angeblich übertriebene Alimentierung („kriegen gleich alles in den Arsch geschoben“) unter Verweis auf „billige Kredite für die Aussiedler“ („Haus und alles“) sowie Symbole für deren Lebensstandard, über die man selbst nicht verfügt: Satellitenschüsseln an der Hauswand, mehrere Farbfernseher, chromglänzende BMWs vor der Haustür etc. Dabei wird der Eindruck geäußert, solche Prosperität werde auf eigene Kosten oder zumindest durch die Steuerzahlungen der eigenen Eltern ermöglicht („Die Leben wie die Made im Speck und wir müssen das alles zahlen.“). Teilweise wird Sozialneid derart dramatisiert, dass man sich selbst als Unterdrückter fühlt und damit die realen Abhängigkeitsverhältnisse geradezu umdreht („Wir sind doch die Sklaven.“). Insofern die Politik für diese Situation verantwortlich gemacht wird und man ihr keine durchschlagenden Veränderungen zutraut, sieht man sich umso mehr aufgerufen, die Verhältnisse selbst mittels migrantendistanziertem oder gar gewaltsamen Verhaltens zurechtzurücken, je dramatischer man die eigene soziale Benachteiligung wahrnimmt. Als Hilfsargument kommt bisweilen hinzu, dass – anders als bei den Bürgerkriegsflüchtlingen, deren Fluchtursachen fast alle anerkennen – die in ihrem Heimatland politisch Verfolgten auch eine (Mit-)Schuld an ihrer Flüchtlings-Situation trügen („Warum machen sie so was auch?“).

Ein Vergleich der *Qualität rechtsextremer bzw. fremdenfeindlicher Orientierungen* bei Jungen und Mädchen ergibt phänomenografisch zunächst hinsichtlich *der weiblichen Jugendlichen*:

- ▶ Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen werden von Mädchen nicht nur seltener vorgebracht, sie werden von ihnen auch *weniger offensiv* und *weniger offen* gezeigt.
- ▶ Mädchen gerieren sich in ihren Ungleichbehandlungsforderungen (z. B. gegenüber Ausländern) *weniger provokativ*.
- ▶ Entsprechend klingen solche Orientierungen bei Mädchen *weniger brüsk*. Sie plädieren bspw. – wie verschiedene Studien zeigen – in deutlich geringerem Maße als Jungen für eine Parole wie „Ausländer raus!“ sprechen sich aber in nahezu gleicher Anzahl für die „Verringerung des Anteils der Ausländer in Deutschland“ aus.
- ▶ Rechtsgerichtete Mädchen begnügen sich eher als gleich orientierte Jungen damit, ihre Position *verbal* kenntlich zu machen. Die Schwelle zu politisch verstandener Aktion scheint für sie höher zu sein.
- ▶ Wie damit schon angedeutet, kleiden Mädchen auch ihre Ausgrenzungsforderungen oder -aktionen im allgemeinen in *geringere Härtegrade*. Sie formulieren „weicher“ und (re)agieren weniger vehement.
- ▶ Werden von Mädchen Ungleichheitsvorstellungen geäußert, so wird sich im allgemeinen von ihnen Mühe gegeben, sie auch *begründen* zu können. Hinzu kommt, dass diese Begründungen subjektiv mit gleichsam „*moralischen Legitimationen*“ versehen werden. Beispielsweise wird für die Rückführung von AsylbewerberInnen bzw. die Abschaffung des

Asylrechts eingetreten, um „unsere deutschen Penner und Obdachlosen“ mit den dann frei werdenden finanziellen Mitteln besser versorgen zu können.

- ▶ Rechtsextreme Orientierungen bei Mädchen wirken im Vergleich zu denen von Jungen *weniger eskalativ*. Dadurch, dass sie kaum oder gar keinen Provokationswert haben (sollen), wird auch seltener Gegenwehr (z. B. von ausländischen Cliques) herausgefordert, über die dann eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt werden kann.
- ▶ In diesem Zusammenhang spielt eine bedeutende Rolle, dass Mädchen *in geringerem Maße, in geringerer Stärke und insgesamt wechselhafter als Jungen in rechte Cliques integriert* sind, deshalb auch ihre womöglich vorhandenen einschlägigen, z. B. fremdenfeindlichen Orientierungen weniger durch Pöbeleien und handgreifliche Aktionen im Cliquesverbund an den Tag legen und so zum Ersten weniger auffällig werden, zum Zweiten weniger in die Rituale und Automatismen von Cliqueshändeln involviert sind und zum Dritten sich weniger gezwungen sehen, in diesem Kontext nach Halt und Schulterchluss im Kampf zu suchen.
- ▶ Die „rechte“ Gewaltakzeptanz hat im Einklang mit dem Geschilderten bei Mädchen fast immer eine andere Kontur. Dies nicht in dem Sinne, dass sie prinzipiell nicht vorhanden wäre. Allerdings liegt ihr Schwergewicht auf der *Akzeptanz fremdausgeübter Gewalt*. Nur sehr selten suchen Mädchen sich politisch mittels Faust oder Waffe selbst durchzusetzen. Weitaus eher und mindestens so stark wie Jungen setzen sie auf eine rabiatt durchgreifende Staatsautorität. Oder sie delegieren ihre gewaltsamen Durchsetzungswünsche an ihre männlichen Altersgenossen. Dabei kann diese Delegation von Duldung über Billigung bis hin zur Stimulation von männlicher Gewalt als Stellvertretergewalt reichen.
- ▶ Bei all dem ist leicht nachvollziehbar, dass weibliche Jugendliche sich kaum handgreiflich mit *männlichen Gegnern* anlegen.
- ▶ Dies bedeutet freilich nicht, dass sie nicht Ziel von Ausgrenzungsforderungen wären. Häufiger und deutlicher als männliche Jugendliche beklagen weibliche Jugendliche die von Nichtdeutschen ausgehende *sexuelle Gewalt* bzw. deren Bedrohlichkeit und konstruieren sie als Ab- bzw. Ausweisungsgrund. Dabei muss offen bleiben, ob sich hierin der Grad einer realen Bedrohung durch Nichtdeutsche widerspiegelt oder ob damit eine Ethnisierung von Sexismus betrieben wird. Im letzteren Fall würde ein allgemein bestehender männlicher Sexismus im Einklang mit einer auch an anderen Fronten der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung erfolgenden Ethnisierung sozialer Konfliktlagen einseitig auf „Ausländer“ attribuiert.

Die Kontur der rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Orientierungsbestände bei männlichen Jugendlichen ergibt sich zum einen aus dem im obigen Vergleich implizit angedeuteten geschlechtsspezifischen Gegenbild, zum anderen aber genauer durch folgende Phänomene:

- ▶ In bemerkenswerter Weise ausschlaggebend für das Entstehen und die Entwicklung rechtsextremer Selbst-Positionierungen ist bei Jungen die Einbindung in eine gleich ge-

stimmte Clique. Nicht Cliqueneinbindung an sich, sondern eine bestimmte Anlage der hier vorfindlichen Gleichaltrigenbeziehungen bietet der Verkoppelung von Gewaltakzeptanz und Ungleichheitsvorstellungen ein Anwendungsfeld. Die stete Alltagspräsenz dieser Beziehungen und die hohe Bedeutung, die ihnen von Seiten der Jugendlichen attribuiert wird, sind geeignet, ein dauerhaftes Verhaltensmuster aufzubauen, zu verdichten und zu habitualisieren. Der Kern der Beziehungsstruktur liegt dann darin:

- dass man sich cliquenförmig in (meist größeren) jugenddominierten Gruppen zusammenschließt,
- sich in diesen Verbänden an öffentlichen Orten aufhält,
- sich primär über die Gemeinsamkeit von Aktivitäten und jugendkulturellen Vorlieben definiert,
- einen traditionellen *Männlichkeitsstil* interpersonaler Dominanz begleitet von hohem Alkohol- und Zigarettenkonsum pflegt,
- Territorialkonflikte und ggf. andere *interethnische Konkurrenzen* mit männlichen ‚ausländischen‘ Jugendlichen violent austrägt.

Nur der letzte Punkt ist der, der ‚rechte‘ Cliquen von anderen gewaltförmig auftretenden unterscheidet. Das ‚Rechtssein‘ baut sich also im wesentlichen über eine Frontstellung gegenüber Gruppierungen männlicher ausländischer (oder prima facie „ausländisch“ wirkender) Jugendlicher auf. Sie werden entweder in der Schule oder – häufiger – im Freizeitbereich als bedrohlich wahrgenommen.

- ▶ Der Männlichkeitsstil interpersonaler Dominanz besteht dabei darin:
 - einen maskulin konnotierten *Kampfesmut* herauszustellen, beispielsweise über die Selbstinszenierung als Beschützer von Schwachen und vorgeblich Verfolgten der eigenen sozialen bzw. nationalen Einheit,
 - die eigene *heterosexuelle Potenz* demonstrativ unter Beweis zu stellen bzw. bei tatsächlichen oder vermeintlichen Angriffen auf sie ohne Zögern spontan (mindestens potentiell) violente Wehrhaftigkeit zu zeigen,
 - im Falle eines erlebten Angriffs auf sie, die *Familienehre* und dabei insbesondere die Ehre von Mutter und Schwestern stante pede zu verteidigen; dies geschieht dadurch, dass der wahrgenommene Angreifer sofort vehement ggf. unter Androhung oder Ausübung von Gewalt zurechtgewiesen wird.
- ▶ Eine politische Färbung erhalten die Gewaltsamkeiten, die als Kraftprotzereien und Revierstreitigkeiten beginnen, erst damit, dass Ungleichheitsvorstellungen einbezogen werden. Man ethnisiert z. B. diese Ebene und greift damit auf Wahrnehmungsschemata zurück, die in einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft wie der deutschen den Globalisierungstendenzen der Arbeitsmärkte zum Trotz gang und gäbe sind.

- D Setzt man das Auftreten von Gewaltakzeptanz und das von Ungleichheitsvorstellungen in ein zeitliches Verhältnis, so zeigt sich deutlich, dass die Entwicklung der Letzteren im allgemeinen bei Jugendlichen gegenüber Gewaltbereitschaft und -tätigkeit nachgängig sind. Nicht weil Jugendliche bestimmte politische (latente oder manifeste) Überzeugungen hätten und sie real umsetzen möchten, setzen sie auf Gewalt. Vielmehr statten sie ihre maskulinistischen, von der Suche nach männlicher Identität bewegten Gewaltförmigkeiten mit einem zunehmend von ihnen selber politisch gedeuteten Motivationshintergrund und Legitimationshorizont aus. Von ihnen ausgehend entwickeln sie nach und nach an Schärfe gewinnende pauschalisierende Bilder von Fremden, weiten ihre Vorbehalte ihnen gegenüber aus und sind weniger zum Aufbringen von Verständnis ihnen und ihrer Lebenssituation gegenüber bereit. Dadurch wiederum scheint ihre Gewaltschwelle gegenüber ‚Ausländern‘ zu sinken, was dann wieder zu einer Vermehrung von interkulturellen Konfliktsituationen für sie führt.

- D Offenbar bildet (hier einmal ungeachtet weiterer wichtiger personaler und sozialer Faktoren des Erfahrungszusammenhangs und seiner durch das Subjekt vorgenommenen Strukturierung; s. Möller 2000) die rechte Clique einen Kristallisationspunkt in vielerlei Hinsicht:

 - In ihrem Rahmen findet nicht nur die nicht-rechte maskuline Selbstinszenierung mit den ihnen inhärenten Gewaltförmigkeiten statt, sie bietet auch einen sozialen Rahmen, in dem sich Mannhaftigkeit mit der überkommenen Beschützer-Funktion entlehnten tatkräftigen Sorge um „Recht und Ordnung“, mit nationaler Gesinnung und soldatischen Tugenden (Kameradschaft u. ä.) ausweisen kann. Auf der Suche nach männlicher Identität und im Interesse an einer Überwindung kindlicher Identität werden hier in Selbstorganisation Jugendlicher Angebote greifbar, die deshalb verlockend sind, weil sie traditionelle Männlichkeit auf eine Weise lebbar machen, die radikal ist und angesichts von mangelnder Selbstsicherheit gerade deshalb Selbstgewissheit verspricht. Sie suggerieren: Ein rechter Mann ist in jedem Fall ein echter Mann. Er ist diesbezüglich über jeden Zweifel erhaben.
 - Im Cliquenkontext laufen Geschehnisse ab, die eine Vermittlung von Gewaltakzeptanz und Ungleichheitsvorstellungen begünstigen. Gewalthaltige interethnische Konfliktaustragungen sind die Ereignisse, über die sie erfolgt.
 - Darüber kann eine gesellschaftliche und politische Selbstverortung erfolgen. In gewisser Weise kommen damit rechte Cliques der Entwicklungsaufgabe entgegen, sich ein gesellschaftliches und politisches Werte- und Normensystem anzueignen und innerhalb dessen handlungsfähig zu werden. Rechte Cliques bieten einen Standpunkt an, dessen Einnahme sich im wesentlichen über die Erfüllung von zwei intellektuell relativ anspruchlosen Voraussetzungen realisieren lässt: die Beteiligung an interethnischer Gewalt und das Zurschaustellen rechter Symbolik. Kaum irgendwo anders ist die politische Positionierung so einfach. Denn die Gesellschaft insgesamt, insbesondere die

Medien, erleichtert sie dadurch, dass sie rechte Jugendliche ganz weitreichend und nahezu vollständig genau über diese beiden Verhaltenselemente identifiziert. Insoweit kann es nicht ausbleiben, dass man sich als rechter Junge nicht nur in Gegnerschaft zu Ausländern, primär männlichen ausländischen Jugendlichen, sieht, sondern auch in Frontstellung gegenüber „Linken“ und „Autonomen“, wobei deren Definition im Kern über deren Ausländerfreundlichkeit, bestimmte Treffs und symbolische Ausstattungsmerkmale (lange und/oder gefärbte Haare, „linke“ Rockmusik u. ä. m.) verläuft.

- Hier kann die gegenseitige Bestätigung der ihr Angehörigen in ihren Auffassungen und ihrem Handeln durch Wiederholungstendenzen der immer gleichen Konflikterfahrungen und darüber Angleichung der jeweiligen Deutungen der Einzelnen erfolgen. Indem die Clique zum eigentlichen Bezugspunkt der Aktivitäten und Meinungsbildungen wird – und dies für alle Beteiligten – zieht sie ihre Mitglieder in ihren Bann.
- Die Clique kann als Ort politischer Information fungieren. Eher selten und meist nur nach einer gewissen Lebensdauer der Gruppe hat diese Information den Charakter einer gegenseitigen (oder eher von außen herangetragenen) ideologischen Unterrichtung. Häufiger finden Elemente recht(sextrem)er Kultur (Fahnen, Plakate, CDs, Aufmäher u. ä.) Eingang. Sie bauen weniger ein ideologisches Gerüst als einen recht(sextrem)en Symbolraum auf; dies mit mindestens drei Folgen: Zum Ersten verfestigt sich bei den in ihm Befindlichen die politische Selbstpositionierung. Zum Zweiten nehmen auch Außenstehende eine Verdichtung der Rechtsorientierung wahr, zumal sie ja gerade im allgemeinen gewohnt sind, entsprechende Zuschreibungen über solche äußeren Signets vorzunehmen. Zum Dritten verringert sich durch das Zusammenspiel beider Prozesse die Wahrscheinlichkeit von gegenseitigem Kontakt, Kommunikation und damit Verstehen.
- Die jugendkulturelle Einbindung in eine rechte Szene und Symbolik verleiht der Clique somit Stabilisierungskraft. Dies gilt umso mehr, als sich darüber automatisch Gegnergruppen auf tun: Jugendkulturen, die als Feinde wahrgenommen werden, Rapper z. B., unter denen sich zahlreiche ausländische Jugendliche befinden. Trotz solcher Homogenisierungstendenzen nach innen kann nicht übersehen werden, dass nicht nur das rechtsorientierte Weltbild der einzelnen Mitglieder (noch?) nicht geschlossen ist, sondern auch die Clique insgesamt nicht immer eine Hermetik aufweist, die anders orientierte Jugendliche nicht duldet.

Suchen wir nach Erklärungen für die hier nur sehr ausschnitthaft in Beschränkung auf einige besonders wichtige Phänomene wiedergegebene geschlechtsspezifische Kontur und Struktur rechtsextremer Orientierungen bei Jungen und Mädchen, so stoßen wir alsbald auf die Vermutung, Ursachen für die festgestellten Differenzen in den Eigenarten geschlechtsspezifischer Sozialisation suchen zu müssen.

In Hinsicht auf Jungensozialisation und das Ziel des Aufbaus männlicher Identität scheint es, als wirkten noch weitgehend unverändert überkommene Männlichkeitstraditionen, ja fast ar-

chaisch anmutende geschlechtstypische Leitbilder fort. Sie zielen auf das Erbringen von Männlichkeitsbeweisen, primär auf den von Gilmore (vgl. 1991) für männlich hegemonialisierte Gesellschaften (dazu: Connell 1999) festgestellten maskulinen Zuständigkeitsfeldern des Erzeugens von Nachwuchs sowie des Versorgens und Beschützens der eigenen sozialen Einheit.

Insoweit männliche Jugendliche altersgemäß und sozial noch nicht in der Lage sind, lebendige Nachweise ihrer Zeugungsfähigkeit zu erbringen, sehen sie sich umso mehr aufgefordert, etwaige Zweifel an ihrer Potenz sowohl von vornherein auszuräumen als auch ihnen, im Falle ihrer Äußerung, strikt entgegenzutreten. Entsprechend wichtig erscheint ihnen meist die machtvolle Demonstration der eigenen Heterosexualität nach außen. Auf Anwürfe, die ein diesbezügliches Versagen beinhalten (könnten) (wie in gängigen Beschimpfungen wie „du schwule Sau“, „du Wichser“), reagieren sie entsprechend prompt reaktant. Eine ethnischierende Konnotation erhält dieser Mechanismus dann, wenn solche Mutmaßungen und Beschimpfungen in interethnischen Auseinandersetzungen zum Zwecke gegenseitiger Diffamierung zwischen männlichen Jugendlichen eingesetzt werden und sie mit ethnisch-nationalen Zuordnungen amalgamieren („deutsche Wichser“, „schwule Türkensau“).

Da die eigenen Fähigkeiten zu Versorgungsleistungen gegenüber den Angehörigen der privaten Lebensform (z. B. der Familie) im Jugendalter ebenfalls in der Regel noch nicht unter Beweis gestellt werden können, wird über die Demonstration eines möglichst souveränen Umgangs mit Werkzeugen und Technik (heute vor allem mit Fahrzeug- und Informationstechnik) und ihrem Erwerb das prinzipielle Vermögen vorgeführt, wertvolle Gebrauchsgüter in Besitz nehmen und sicher handhaben zu können. Damit können zumindest die Insignien eines männlichen Erwachsenenlebens vorgewiesen werden. Ihr Nichtbesitz und die Unfähigkeit, sie – wie auch immer – zu erwerben, kann beim Gegner als Soll auf dem Konto von Männlichkeitsbeweisen verbucht werden. Ökonomische Ungleichheiten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen können in dieser Weise als Differenzen in den Kompetenzen oder dem Willen, für die „Seinen“ zu sorgen und damit sozial positiv legitimierte Männertugenden einzulösen, gedeutet werden.

Beschützen schlägt sich als Charakteristik des männlichen Tätigkeitsspektrums beispielsweise in der Männer-Dominanz innerhalb der Streitkräfte oder der Strafverfolgungsbehörden nieder. Da männliche Jugendliche noch keine Gelegenheit haben, innerhalb diesen sozial akzeptierten Einrichtungen ihre Beschützerkompetenzen an den Tag zu legen, agieren sie diese vielfach über Territorialkämpfe aus. Der in interethnischen Cliquenzwistigkeiten von Jugendlichen ausgetragene Kampf um Raum (z. B. um Straßenzüge und die Vorherrschaft in Wohnvierteln) stellt insofern nichts anderes dar als die Ethnisierung männlicher Konkurrenz. Auffällig ist nämlich, dass es (nahezu) rein männliche Händel sind, die hier ausgetragen werden. Auch von ihren Anlässen, Ritualen und Automatismen her, sind sie weit eher als Versuche der Erbringung von Maskulinitäts- denn als ethnischen oder nationalen Zugehörigkeitsbeweisen angelegt.

Die Tendenzen zur Individualisierung von Männlichkeit(en) haben offenbar auf diese pubertären Auseinandersetzungsformen noch kaum Einfluss, so dass tief verwurzelte Maskulini-

tätstraditionen nachwirken können, auf denen Ethnisierungen und Nationalismen aufbauen können, wenn, vor allem im Freizeit-, Schul- und Wohnbereich, entsprechende Gelegenheitsstrukturen bestehen.

Fokussieren wir auf „rechte“ Mädchen, so scheinen für sie die Modernisierungen der Geschlechtervorstellungen stärker durchzuschlagen. Danach wirkt es so, als konkurrierten bei ihnen Faktoren des traditionellen weiblichen Sozialisationsstrangs mit Anforderungen einer altersspezifischen Identität, die im Kern auf den – früher nur männlichen Jugendlichen zugestanden – Beweis von Eigenständigkeit bezogen sind.

Auf der einen Seite zeigt sich: Im Sozialisationsverlauf auch von „rechten“ Mädchen entfalten die überkommenen Weiblichkeitszumerkmale nach wie vor ihren Einfluss. Der Erwerb einer geschlechtsspezifischen Identität erfolgt danach über die Internalisierung von Eigenschaften wie Häuslichkeit, Fürsorglichkeit, Zurückhaltung, Friedfertigkeit, Unterordnung u.ä.m. Der hohe Wert dieser Elemente für die weibliche Identität wird bereits in der Mädchenkindheit vermittelt, bestimmt nahezu unverändert auch die biografische Phase der (weiblichen) Jugend und wird auch dem späteren Frausein zugesprochen. So ist erklärlich, dass Mädchen im Hinblick auf offen ausgrenzende Positionen und rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Aktionen weitaus zurückhaltender sind als Jungen und nicht die selbe Rigorosität bei der Durchsetzung ihrer Ungleichheitsvorstellungen zeigen.

Auf der anderen Seite werden Mädchen in der Jugendphase auch mit Ansprüchen konfrontiert, die aus dem gesellschaftlichen Auftrag an diese biografische Phase resultieren und als solche mit den eben erwähnten Anforderungen an die Herausbildung einer geschlechtsspezifischen Identität des traditionellen Musters konfliktieren. Es sind dies Erwartungen, die angesichts einer gewissen Angleichung der Geschlechterlaufbahnen im Jugendalter nicht mehr auf männliche Jugendliche allein bezogen, sondern relativ geschlechtsneutral wirksam geworden sind und so heutzutage relativ neu auf die Masse der Mädchen zukommen, z. B. eigenständig außerfamiliale Kontakte zu erschließen, eigene Interessen durchzusetzen, offensiv Ansprüche zu stellen, Auseinandersetzungen einzugehen, kurzum, eine eigenständige Identität vorzuweisen.

Im Spagat zwischen dem konventionellen weiblichen Sozialisationsstrang und seinen geschlechtsspezifischen Identitätselementen einerseits und den Herausforderungen der individualisierten Jugendsozialisation mit den Ansprüchen nach altersspezifischer eigenständiger Identität andererseits werden für Mädchen Handlungs- und Orientierungsprobleme heraufbeschworen, die schwer zu lösen sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die zwei wichtigsten Sozialisationsinstanzen Schule und Elternhaus als Akzeptanzstellen oder gar Unterstützerinnen eigenständiger Identität ausfallen, keine (oder nur unzureichende) entsprechenden Angebote zum Selbstwertaufbau machen und lebbare Vorbilder für so etwas wie „postkonventionelle Weiblichkeit“ nicht vorhalten. Nach unseren Forschungen (vgl. näher Möller 2000) wird dann die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine Autonomisierung der eigenen Person über drei letztlich wenig tragfähige Wege angegangen wird: eine unkonstruktive, nur aus der Defensive heraus erfolgende Revolte gegen elterliche und oder schulische Werte, eine

Selbstpräsentation als „sexualisierte Frau“ und/oder eine Selbstpräsentation als Teilhaberin an Jungen-„Autonomie“, letztere über die Kopie von Männlichkeitsmustern im Sinne einer „verquerten Emanzipation“ (dazu: Möller 1995) und/oder über die spontane und unreflektierte Solidarisierung mit den „eigenen“ Jungen (z. B. der Clique oder Nation) und das dadurch (zumindest und fast immer nur subjektive) Gleichwertigkeitserleben z. B. im Cliquenrahmen.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen müssen vor diesem Hintergrund zum einen im Zusammenhang mit ihrer Funktion für die Identitätsbildung gesehen und zum anderen mit den Differenzierungen männlicher und weiblicher Identitätsentwicklung erklärt werden.

2. Zur Rolle des präventiven Aspekts

Soziale und pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kommen aus den oben erläuterten Umständen gar nicht umhin, *geschlechtsreflektierend* (zu diesem Begriff vgl. Möller 1997) zu arbeiten.

Hauptzielstellungen sind dabei schlussfolgernd:

- in der Arbeit mit Jungen den Abbau von Vorstellungen und Strukturen maskuliner Hegemonie zu betreiben und
- in der Arbeit mit Mädchen kritisch den konventionellen weiblichen Sozialisationsstrang und die Entwicklung von Alternativen dazu in den Mittelpunkt zu rücken.

Die allgemein sozialer Arbeit und pädagogischen Anstrengungen zuzuschreibende Relevanz, nicht allein reaktiv-interventionistisch vorzugehen, sondern präventiv tätig zu werden, *erhöht sich noch einmal unter der Perspektive geschlechtsreflektierenden Arbeitens*, u. a. deshalb weil

- für das einzelne (jugendliche) Subjekt der Aufbau einer Geschlechtsidentität ein langfristiger, vielbezüglicher, sukzessiv verlaufender und ganzheitlicher Prozess ist, seine Resultate sich entsprechend tief in die Persönlichkeit eingraben und sie daher *in späteren Lebensphasen nur noch schwer veränderbar* sind,
- bei den stark überproportional gefährdeten männlichen Jugendlichen politisch relevante Orientierungen wie *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sich über eine allgemeine und dabei deutlich maskulin konnotierte Gewaltakzeptanz und ihre Normalisierung aufbauen (und nicht etwa umgekehrt zuerst Ideologien vertreten werden, die sich dann im nachhinein mit Gewalt aufladen)*,
- die Entwicklung von Geschlechtsidentität im Verlaufe der Biografie insbesondere im frühen Jugendalter eine Aktualisierung und eine hohe, auch subjektive Bedeutsamkeit erhält, insofern also sozialarbeiterische und pädagogische Bemühungen der Jugendhilfe stärker

als bisher (mindestens) bereits in einem Alter von 12/13 Jahren ansetzen müssten. Dies gilt verschärft angesichts des Befundes einer *Verjüngung der (rechten) Gewaltszene*.

Insoweit es sich bei rechtsextremen Orientierungen und Fremdenfeindlichkeit um politische oder – sofern das sie besitzende Subjekt sie selbst gar nicht so versteht – zumindest um politisch relevante Ausformungen des Denkens und Verhaltens handelt, sind unter Präventionsgesichtspunkten vermehrte Anstrengungen dahingehend zu unternehmen, über punktuelle Experimente hinaus verschiedene Modelle politischer *Partizipation von Kindern und Jugendlichen* zu fördern und damit auf breiter Front individuell- und sozialverträgliche, ja -förderliche funktionale Äquivalente für Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenhass bereitzustellen (vgl. auch Möller 1999).

Jugend- und Jugendhilfepolitik muss gezielt Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit fördern. Sie darf dies aber *keinesfalls auf Kosten der allgemeinen Jugendarbeit* tun, sondern diese im Gegenteil weiter ausbauen und dabei *insbesondere geschlechtsreflektierende Ansätze, gerade auch viel stärker als bislang mit Jungen und jungen Männern, stimulieren*. Studien ergeben nämlich nicht nur, dass ein schon vorhandener Abbau von Gewalt und rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen von einem individuell wirksam werdenden Aufweichen maskulinistischer Geschlechtervorstellungen bzw. geschlechtshierarchischer Verhältnisse befördert wird, sondern auch, dass eine von Anfang der Jugendphase an bestehende und biografisch andauernde Distanz zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit geschlechterdemokratischen Vorstellungen und ihnen folgenden Normalitätserfahrungen einhergeht (vgl. zu Distanz- und Distanzierungsbedingungen allgemein: Möller 2000).

3. Bisherige Erfahrungen (inkl. Zielgruppen, Größenordnungen, Grenzen)

Erfahrungen mit geschlechtsreflektierenden Ansätzen liegen in Bezug auf „rechte“, rechtsextrem orientierte und fremdenfeindliche Jugendliche nur sehr *vereinzelt* vor.

Auch wenn die Dringlichkeit geschlechtsreflektierenden Arbeitens mit „rechten“ Jungen besonders groß erscheint (s.o.), stellt sich der Eindruck ein, dass, wenn überhaupt der Anspruch bzw. Versuch geschlechtsreflektierenden Arbeitens erhoben bzw. gemacht wird, sie sich noch am ehesten auf die Zielgruppe der *Mädchen/jungen Frauen* beziehen.

Die hierbei gesammelten Erfahrungen sind eher ernüchternd, vor allem aus drei Gründen:

- ▶ Zum Ersten liegt bei den rechts(extrem) orientierten weiblichen Jugendlichen bzw. bei weiblichen Jugendlichen, die sich „rechten“ Cliquen zurechnen (ohne sich deshalb eigenständig entsprechend politisch positionieren zu müssen), eine im Vergleich zu anderen Mädchen/jungen Frauen nur *geringe Bereitschaft* zu geschlechtsspezifischen Aktivitäten vor.

- ▶ Zum Zweiten – und hier liegt möglicherweise auch ein Grund für ersteres – sind gerade diese Mädchen vielfach derart in *geschlechtshierarchische Verhältnisse* innerhalb ihrer jungendominierten Cliques und/oder innerhalb ihrer Paarbeziehungen eingebunden, dass sie sich dem Willen ihrer männlichen Freunde, auf solche Aktivitäten zu verzichten, unterwerfen.
- ▶ Zum Dritten sind rechte Szenen und Cliques nicht nur in der Qualität ihres Sozialklimas, sondern *auch rein quantitativ stark männlich dominiert*, so dass für gruppen- bzw. cliquenbezogene Angebote, die sich spezifisch an weibliche Jugendliche richten, oft überhaupt nur zwei, drei oder vier Mädchen übrig bleiben, eine Anzahl, die, vor allem angesichts der sonstigen Schwierigkeiten (s. o.) kaum die Bildung einer mit einiger Dauer bestehenden Kerngruppe zulässt.

Dessen ungeachtet ist durch die Beschäftigung weiblicher pädagogischer Mitarbeiter eine geschlechtsreflektierende Einzelarbeit, allerdings meist eher *punktuell*, und auch eine *Begleitung bei Ablöseprozessen* möglich und erforderlich.

Geschlechtsreflektierendes Arbeiten mit *Jungen und (jungen) Männern* (vgl. dazu Möller 1997) hat zwar gegenwärtig in der Konzeptionsdiskussion der sozialen und pädagogischen Arbeit keinen Exotenstatus mehr, ist aber nichtsdestoweniger in praxi kaum verbreitet. So gesehen ist die äußerst *geringe Erfahrungsdichte* mit entsprechenden Ansätzen in Bezug auf das „rechte“ und fremdenfeindliche Klientel nicht allzu verwunderlich. Hinzu kommt: Zwischen der Fachdebatte um Rechtsextremismus und Gewalt bzw. ihren Akteuren und den in diesem Feld tätigen männlichen Sozialpädagogen/-arbeiterinnen einerseits und den Protagonisten von Jungen- und Männerarbeit bestehen z. Zt. noch wenig diskursiv-inhaltliche und personelle Überschneidungen, gleichwohl die oben skizzierte Problemlage dazu große Veranlassung gäbe. Außerdem sorgt der enge Konnex von bestimmten Facetten traditioneller Männlichkeit und Rechtsextremismus, Xenophobie bzw. Ausgrenzungshaltungen dafür, dass die Bereitschaft, Bezüge der Geschlechtsidentität infrage zu stellen, gerade bei männlicher Klientel in „rechten“ Szenen und Cliques kaum vorausgesetzt werden kann.

Das durchaus bei den im Arbeitsfeld beschäftigten Sozialpädagogen vorhandene Bemühen um geschlechtsreflektierendes Arbeiten mit „rechten“ Jungen und jungen Männern sieht sich deshalb *eher auf situative Interventionen und die Arbeit mit Einzelnen* verwiesen. Entsprechend bedarf sie eines anderen, bislang noch nicht entwickelten Verständnisses von Geschlechtsreflektion als es sich in der immer noch in den Kinderschuhen steckenden geschlechtsspezifisch verfahrenen Jungengruppenarbeit abzuzeichnen beginnt.

Die geschilderte Situation fordert nicht zuletzt eine auch in der Arbeit mit anderen AdressatInnen leider erst jüngst in Gang gekommene Diskussion darüber heraus, inwieweit und *in welcher Weise in geschlechtsheterogenen Zusammenhängen geschlechtsreflektierendes Arbeiten möglich* ist und wie dieser Ansatz stärker als durchgängiges Arbeitsprinzip denn nur als Arbeitsform verankert werden kann.

4. Zu Defiziten und Herausforderungen

In den oben stehenden Ausführungen wurden im Zusammenhang mit Hinweisen auf Grenzen geschlechtsreflektierenden Arbeitens existierende Defizite und neue Herausforderungen für geschlechtsreflektierendes Arbeiten mit rechtsorientierter und fremdenfeindlicher jugendlicher Klientel bereits erwähnt. Sie abzubauen bedarf es einer Reihe von *gesellschafts- und jugendpolitisch zu installierenden Unterstützungsnotwendigkeiten*. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, gehören zu den wichtigsten Desiderata die folgenden Punkte:

Durch thematisch einschlägige *Fortbildungsangebote* für (sozial)pädagogische/-arbeiterische Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendhilfe (sowie für Lehrpersonen), insbesondere auch für solche, die in der sozialen und pädagogischen Arbeit mit offenkundig rechtsorientierter Klientel tätig sind, ist sicherzustellen, dass geschlechtsreflektierendes Arbeiten sich im Sinne eines *gender-mainstreaming* praktisch umsetzen kann. Schwerpunktsetzungen sollten dabei erfolgen durch die Diskussion und Vermittlung von:

- ▶ theoretisch und empirisch basierten *praxisorientierten* Inhalten und unmittelbar *anwendungsbezogenen* Methoden und Verfahren,
- ▶ Ansätzen geschlechtsreflektierenden Arbeitens in *Einzel- (und ggf. Paar-)arbeit*,
- ▶ *alltags- und situationsorientierten Interventionen*,
- ▶ Arbeitsformen mit *männlicher Klientel*:
 - weil hier die Anfälligkeit bzw. die Gefährdungslage deutlich überproportional hoch ist,
 - weil ein tatsächlich ursachenbezogenes Arbeiten primär an der Ideologie männlicher Hegemonie und den Strukturen geschlechtshierarchischer Verhältnisse ansetzen muss und
 - gleichzeitig in *diesem Feld der größte Nachholbedarf* an der Entwicklung und Umsetzung von geschlechtsbezogenen Konzepten besteht.
- ▶ In weiter auszubauenden Arbeitsbezügen zwischen *Jugendhilfe und Schule* ist darauf hinzuwirken, dass schulbezogene Konstellationen, die eine Annäherung an und Übernahme von fremdenfeindliche(n) und rechtsextreme(n) Orientierungen durch Kinder und Jugendliche begünstigen, schnellstmöglichst abgebaut werden. Dazu gehört die Verfolgung eines Leistungsbegriffs, der Zuspitzungen von Konkurrenzhaltungen innerhalb der Wettbewerbsschule kappt und mit einem durch die Schüler und Schülerinnen auch subjektiv wahrnehmbaren lebensweltlichen Nutzen verbunden werden kann. Dazu zählt aber auch die *stärkere Beachtung geschlechtsspezifischen Lern- und Lehrverhaltens und die Integration geschlechtsreflektierender Arbeitsformen in den Unterricht*, dies auch (und gerade) für die Jungen.
- ▶ Mittels entsprechender Fokussierung ist in der *Erwachsenen- und Familienbildung* dafür Sorge zu tragen, dass verbreiteter und intensiver als bisher üblich Fragen der Geschlech-

terrollen und der Geschlechtererziehung thematisiert werden. Wenn festgestellt werden kann, dass konventionelle Vorstellungen von Feminität und Maskulinität die Wahrscheinlichkeit der Ausprägung von Exklusionshaltungen erhöhen bzw. für sie mit ursächlich sind, gleichzeitig aber familiäre Sozialisation, vor allem in der männlichen Linie (d. h. im Verhältnis von (Groß-)Vätern und Söhnen), diese vermittelt, muss ein Hebel der Veränderung bzw. Verhinderung entsprechender Orientierungen bei der jungen Generation präventiv bereits hier angesetzt werden. In dieser Hinsicht hat der bislang nur sporadisch entwickelten *Männer- (einschließlich Väter-)Bildung* erhöhte (Förder-)Aufmerksamkeit zuzukommen.

- ▶ *Politik* hat aus der hier fokussierten Perspektive nur dann eine Chance, ursachenbezogene Gegenstrategien zu fahren:
 - wenn sie die Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse offensiv und mit Mut zu Experimenten insbesondere in Hinsicht auf Ausweitung von politischer Partizipation der (jugendlichen) Bevölkerung vorantreibt,
 - wenn sie alles unterlässt, was wie eine nachträgliche Rechtfertigung fremdenfeindlicher Exzesse und/oder rechtsextremer Positionierungen angesehen werden könnte,
 - wenn sie den Diskurs um Einwanderung, aber auch um Integrationsprobleme der multikulturellen Gesellschaft aktiv-gestaltend führt,
 - wenn sie die *gender-Perspektive als Querschnittsaufgabe* aller Ressorts etabliert
 - und wenn sie im Felde der *Gleichstellungspolitik*, ohne an der Frauen- und Mädchenförderungspolitik Abstriche vorzunehmen, ein stärkeres Gewicht auf die *Ausbildung einer Jungen- und Männerpolitik* legt. Zu ihr gehört eine gezielte *Förderung von schulischer und außerschulischer pädagogischer Jungen- und Männerarbeit* mit geschlechtsreflektierendem Anspruch und Effekt. Gelänge es nämlich, Jungen und Männer von alternativen, für eine Mehrheit von ihnen alltagspraktisch lebbar und gleichzeitig äquivalenten männlichen Identitätsbezügen zu überzeugen, ließe sich der Ursachenkomplex von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an seinen entscheidenden Stabilisierungsfaktoren zur Erosion bringen.

Literaturverzeichnis

Connell, Robert W.: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen 1999

Gilmore, David: Mythos Mann. Rollen, Rituale, Leitbilder. München 1991

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim und München 1987

- Möller, Kurt: „Fremdenfeindlichkeit“ – Übereinstimmungen und Unterschiede bei Jungen und Mädchen. In: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Münster 1995, S. 64-86
- Möller, Kurt (Hg.): Nur Macher und Macho? Geschlechtsreflektierende Jungen- und Männerarbeit. Weinheim und München 1997
- Möller, Kurt: Extremismus. In: Schäfers, B./Zapf, W. (Hg.): Handbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 188-200 (2. Auflage 2000 im Erscheinen)
- Möller, Kurt: Die Stuttgarter Jugendräte-Studie. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt. Stuttgart 1999
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Erste Langzeit-Studie zum Auf- und Abbau rechtsextremer Orientierungen bei 13- bis 15-jährigen Jungen und Mädchen. Weinheim und München 2000

Ambulantes Aggressivitätstraining

ANNITA CLADDER-MICUS/HERMANN KOHAUS

Einführung

Das Ambulante Aggressivitätstraining richtet sich an Jugendliche, die extrem gewalttätig oder gewaltbereit und/oder rechtsextrem und fremdenfeindlich sind. Viele von ihnen leben ihre Aggressivität in einem sozial nicht verträglichen Rahmen aus. Diese Jugendlichen sind nicht von Geburt an so, wie sie jetzt im Moment sind, sondern sind durch die gesellschaftlichen Einflüsse und damit auch durch uns als Teil dieser Gesellschaft so geworden. Deshalb ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, etwas gegen die Gewalttätigkeiten und gegen den Rechtsextremismus zu tun.

Auf der Grundlage der akzeptierenden Jugendarbeit, so wie sie in der ersten Hälfte der 90er-Jahre in Bremen entwickelt wurde, haben wir seit Beginn der 2000er-Jahre in einem Jugendzentrum schwerpunktmäßig mit Jugendlichen aus der gewaltbereiten und gewalttätigen Skinhead- und Hooliganszene gearbeitet. Im Rahmen dieser Arbeit haben wir zu vielen dieser Jugendlichen einen engen Kontakt bekommen und konnten eine Beziehung aufbauen, was wir zu Beginn der Arbeit kaum für möglich gehalten hätten.

Aus dieser Arbeit heraus haben wir, nachdem jugendliche Gewalttäter nach neuerlichen Gewalttätigkeiten zu uns gekommen sind und uns um Hilfe baten, in Zusammenarbeit mit Jens Weidner und Psychologinnen der Jugendanstalt Hameln das Ambulante Aggressivitätstraining entwickelt und dann im Laufe der Jahre weiter ausgebaut und den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst. So ist es zum Beispiel ein Unterschied, ob die Jugendlichen, die an dem Training teilnehmen, uns bekannt sind und eine enge Beziehung zu uns haben, oder ob die Jugendlichen noch keine Beziehung zu uns aufbauen konnten.

Trainingsablauf

Bei unbekanntem Teilnehmern wird der Hauptphase des Trainings eine vier Sitzungen umfassende „Vorlaufphase“ vorgeschaltet. Die in dieser Phase ca. acht bis zwölf Teilnehmer lernen sich in den ersten Sitzungen untereinander kennen, das Training wird ihnen vorgestellt. In den folgenden beiden Sitzungen wird von den Trainern geklärt, ob eine tragfähige Basis für eine Zusammenarbeit zu finden ist und was die Motivation der Jugendlichen für eine Teilnahme ist. Hieran schließt sich ein 2,5-Tageblock an, der unter dem Motto: „Wir schaffen und machen etwas gemeinsam.“ steht. Hier steht zum einen der Aufbau von Beziehungen im Vordergrund, zum anderen ist für uns die gezielte Wahrnehmung der Jugendlichen unter

verschiedenen Fragestellungen wichtig. Nach dieser Blockveranstaltung bekommen alle Teilnehmer ein „Minizertifikat“, in dem ihnen die erfolgreiche Teilnahme an den bisherigen Sitzungen bescheinigt wird. An dieser Stellen werden von uns die vier bis sechs Jugendlichen ausgesucht, die an der 12 Sitzungen umfassenden Hauptphase teilnehmen. Diese Jugendlichen schließen dann mit uns einen Trainingsvertrag ab, der sowohl für die Jugendlichen als auch für die Trainer absolute Verbindlichkeit hat. Mit der detaillierten Schilderung einer von ihnen begangenen Gewalttat wird in den ersten vier Sitzungen eine Betroffenheit der Jugendlichen mit ihrer eigenen Gewalttätigkeit erzeugt. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt in dieser Hauptphase des Trainings ist es, den Blick der Jugendlichen auf das Opfer zu lenken, um ihnen so in aller Deutlichkeit die Folgen ihrer Gewalttätigkeit vor Augen zu führen und auch hier Betroffenheit zu erreichen. Bevor dann in einem dritten Schwerpunkt mit den Jugendlichen unterschiedlichste Konfliktlösungsstrategien erarbeitet werden, werden ihre unterschiedlichen Reizschwellen, ihre persönliche Gewaltkarriere thematisiert. Für alle Trainingstage, die wöchentlich stattfinden, gilt, dass nach den eigentlichen Trainingssitzungen ein für alle Teilnehmer verpflichtendes „Abdampfprogramm“ stattfindet, in den es den Teilnehmern ermöglicht wird, sich nach den für sie zum Teil sehr anspannenden und emotional sehr tief gehenden Sitzungen zu beruhigen und zu entspannen, bevor sie wieder in ihr normales Lebensumfeld zurückgehen.

An dieser Stelle würde es den Rahmen sprengen, wenn wir den methodischen und inhaltlichen Ablauf des Trainings noch ausführlicher darstellen würden. Dies kann auch in der angegebenen Literatur nachgelesen werden. Wir wollen uns jetzt auf die Frage nach

- der Zielgruppe und den Zielen,
- den dem Training zugrunde liegenden Grundannahmen,
- dem präventiven Aspekt der Arbeit,
- den Erfahrungen und
- den Herausforderungen und Defiziten

des Trainings beschränken.

Ziele und Zielgruppe

Zielgruppe: Zur Zielgruppe des Trainings gehören Jugendliche, die durch überdurchschnittliche Gewalttätigkeit oder -bereitschaft aufgefallen sind und nach einem Vorgespräch mit uns bereit sind, freiwillig an dem Training teilzunehmen. Ihr Alter liegt zwischen 16 und 22 Jahren. Sie bekamen zum Teil über ihre Lehrer bzw. Betreuer aber auch aus Eigeninitiative Kontakt mit uns. Bisher haben nur Jungen an diesem Training teilgenommen. Für die Zukunft ist jedoch auch ein Trainingskurs mit Mädchen geplant. Die Gruppengröße während des Trainings liegt bei vier bis sechs Teilnehmern. Größer sollte die Gruppe nicht sein, da dann

ein effektives Arbeiten nicht gewährleistet werden kann. Während des Trainings erfolgt ein Wechsel zwischen intensiver Einzel- und Gruppenarbeit.

Ziele: Aus dem, was in der Einführung gesagt wurde, ergeben sich die Ziele des ambulanten Aggressivitätstrainings: Die teilnehmenden Jugendlichen sollen befähigt werden, ein Leben führen zu können ohne selbst gewalttätig zu werden. Das Training ist eine erinnernde, konfrontierende Auseinandersetzung mit den eigenen Gewalttaten und eine offene Selbstanalyse in Kombination mit der Entwicklung unterschiedlicher Konfliktlösungsstrategien. Um dies zu erreichen ist es u. a. notwendig, bei den Jugendlichen eine Betroffenheit bezüglich ihrer Taten zu wecken und sie darin zu unterstützen, die Opferperspektive wahrzunehmen.

Durch die Entwicklung unterschiedlicher Konfliktlösungsstrategien erfahren sie zum einen, dass es noch andere Möglichkeiten als Gewalt gibt, um einen Konflikt zu lösen, und zum anderen, dass Konflikte zum Leben dazugehören und es nicht immer notwendig ist, einen Konflikt zu lösen. Sie lernen, Konflikte auszuhalten.

Vor allem aber erkennen sie, dass Wut und vermeintlicher Hass sich häufig nicht wirklich auf die Opfer ihrer Taten beziehen, sondern andere Ursachen haben.

Grundannahmen

Unsere Arbeit mit gewalttätigen Jugendlichen ist geprägt durch Grundannahmen, die als Leitsätze über unserer Arbeit stehen und die wir uns immer wieder bewusst machen. Sie gelten aber nicht nur für unsere Arbeit, sondern sollten für alle gelten, die mit Jugendlichen arbeiten.

Was Menschen heute denken, wurde durch das Gestern beeinflusst – was Menschen morgen denken, wird durch das Heute geprägt.

Die Gewaltbereitschaft bzw. die Fremdenfeindlichkeit ist nur eine von vielen Eigenschaften der Jugendlichen, auch wenn sie im Moment völlig im Vordergrund steht.

Das „Umgehen“ von Aggressionen führt zu einer Verschiebung von aggressiven Gefühlen und es kann zu unkontrolliertem Agieren kommen.

Präventiver Aspekt der Arbeit

Jede nicht erfolgte Gewalttat ist das Ergebnis erfolgreicher Prävention

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass jede Arbeit mit Jugendlichen, die zum Ziel hat, das Leben der Jugendlichen positiv zu verändern und das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, präventive Arbeit im Sinne von Gewaltprävention ist. In Bezug auf die Arbeit mit den Jugendlichen im Rahmen des Ambulanten Aggressivitätstrainings erfahren die Jugendlichen eine Stärkung ihres Selbstbewusstseins und lernen andere Konfliktlösungsmuster kennen als

Gewalt. Schon während des Trainings haben wir immer wieder erlebt, dass die Jugendlichen uns über Konflikte berichteten, die sie im Gegensatz zu früheren Zeiten auf Grund des Trainings nicht mit Gewalt gelöst haben. Das heißt: Sie haben Gewalttaten, die sie ohne Teilnahme am Training begangen hätten, nicht begangen.

Kursteilnehmer werden zwangsläufig zu Multiplikatoren

Die Teilnahme von Jugendlichen, speziell von Rädelsführern aus der gewaltbereiten Szene, hat Auswirkungen auf die anderen Jugendlichen aus dieser Szene. Sie reden untereinander über das Training und beschäftigen sich mit diesen Themen. Selbst wenn Teilnehmer in ihrer Clique die Teilnahme am Training verschweigen, hat es doch Auswirkungen auf die anderen Mitglieder der Clique. Ihre Verhaltensänderung wird bemerkt und bewirkt bei den anderen etwas.

Präventive Arbeit ist nicht messbar, aber feststellbar

Es ist immer schwer, den Erfolg von präventiver Jugendarbeit zu messen. Gewalttaten, die nicht begangen werden, sieht man nicht und die Verhaltensänderungen von Jugendlichen sind immer das Ergebnis von vielen, zusammenwirkenden Faktoren. Jedoch ist eindeutig festzustellen, wenn präventive Arbeit fehlt, steigt die Gewalttätigkeit an. Präventive Arbeit ist eine „Mosaikarbeit“ und kann wesentliche Teile in der Sozialisierung eines Jugendlichen darstellen, die zu einem sozial verträglichen Verhalten führen.

Erfahrungen: Grenzen und Erfolge

Grenzen:

Bei realistischer Eigenwahrnehmung besteht erhöhte Suizidgefahr

Wenn die Jugendlichen während des Trainings, speziell nach der bewussten Schilderung ihrer eigenen Gewalttat, ein realistisches Selbstbild von sich bekommen, das sie in der Vergangenheit fast immer verdrängt haben und auch nicht wahrhaben wollten, fallen sie oft in eine Lebenskrise, in der es für sie ungeheuer wichtig ist, jemanden zu haben, der für sie ansprechbar ist und ihnen zur Seite steht. Unter Umständen ist eine psychotherapeutische Begleitung und/oder Behandlung notwendig.

Das Training ist keine Therapie

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass das Training keine Therapie ist, sondern eine erinnernde, konfrontierende Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit mit dem Ziel, eine Verhaltensänderung zu bewirken. Es hat sich während des Trainings mehrmals gezeigt, dass für teilnehmende Jugendliche eine Therapie dringend notwendig war. In diesen Fällen haben wir sie zu Therapeuten vermittelt. Die Jugendlichen wurden durch das Training therapiewillig und therapiefähig.

Isolierung der Jugendlichen durch das Aufbrechen gefestigter Strukturen

Die Teilnahme eines Jugendlichen am Ambulanten Aggressivitätstraining hat oft tiefgreifende Auswirkungen auf seine Lebensumstände und das Lebensumfeld. Zum Teil löst er sich aus seiner Clique, für ihn gefestigte Strukturen, die ihm bisher Sicherheit gaben, werden zerstört. Zum Teil wenden sich „Freunde“ von ihm ab. Dies kann dazu führen, dass der Jugendliche isoliert wird, von seiner alten Clique hat er sich gelöst, in seinem neuen Lebensumfeld ist er noch fremd. Sicherheit geben ihm in dieser Situation neben den schon oben angesprochenen Ansprechpartnern auch die anderen Teilnehmer des Trainings. Dies ist u. a. auch ein Grund dafür, dass wir die Teilnehmer eines Kurses danach aussuchen, wie sie zueinander passen.

Starke Verhaltensverunsicherung

Durch das Aufbrechen der bisherigen gefestigten Lebensstrukturen erfährt der Jugendliche eine starke Verhaltensverunsicherung. Das, was ihm in früheren Konflikten Sicherheit und vermeintliche Stärke gab, existiert nicht mehr. Er ist gezwungen, sich ein neues Verhaltensmuster zuzulegen. Diese Verhaltensverunsicherung kann jedoch auch zu unkontrollierten Reaktionen führen. Von daher ist es dringend notwendig, diese Situationen und Möglichkeiten im Training anzusprechen und den Jugendlichen darauf vorzubereiten.

Betreuung nach dem Training

Durch die Teilnahme an dem Training verändert sich für viele der teilnehmenden Jugendlichen ihr Leben völlig. Sie brauchen oft einen völlig neuen Freundeskreis, teilweise ändern sie auch ihren Wohnort, da sie im alten Umfeld wieder in ihre alten Verhaltensweisen fallen würden. Es ist daher erforderlich, dass auch nach Beendigung des Ambulanten Aggressivitätstrainings jemand da ist, den sie in Krisensituationen ansprechen können. Notwendig ist, dass die TrainerInnen Kontakte zu den möglichen Ansprechpartnern aufbauen (z. B. Beratungsstellen in anderen Städten).

Belastbarkeit der TrainerInnen und Supervision

Nicht nur für die Teilnehmer, sondern auch für die Trainer ist das Training zum Teil emotional sehr belastend. Neben der intensiven Auseinandersetzung mit den Gewalttaten und der Gewalttätigkeit der Teilnehmer ergibt sich auch zwangsläufig eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung zur Gewalt und Aggression. Auch für sie bedeutet jede einzelne Trainingssitzung eine Beschäftigung mit ihrem eigenen emotionalen Erleben der Situationen. Eine begleitende Supervision für die Trainer ist für die erfolgreiche Durchführung eines Ambulanten Aggressivitätstrainings eine unbedingt notwendige Voraussetzung.

Erfolge:

Stärkung des Durchhaltevermögens und Stärkung des Selbstwertgefühls

Fast für alle Jugendlichen, die bisher an diesem Training teilgenommen haben, ist kenn-

zeichnend, dass sie ein extrem geringes Durchhaltevermögen und ein geringes Selbstwertgefühl haben. Nach erfolgreicher Beendigung des Trainings haben sie erfahren, dass auch sie etwas für sie Unangenehmes und Schwieriges durchhalten können. Weiter konnten sie fast immer erleben, dass sie durch das Training selbstbewusster wurden. Eine große Hilfe dabei war immer die deutlich verbesserte Fähigkeit, sich verbal auszudrücken.

Steigerung der Reflexionsfähigkeit

Zu Beginn einer jeden Trainingssitzung müssen die Teilnehmer über den Zeitraum berichten, der seit der letzten Sitzung vergangen ist. Wichtig ist es dabei, dass sie auch ihre persönlichen Gefühle und Empfindungen in wichtigen Situationen beschreiben. Während sie in den ersten Sitzungen große Schwierigkeiten damit hatten, war es nach dem ersten Drittel des Kurses für sie zunehmend einfacher, ehrlich und genau zu reflektieren. Eine immer wieder durchgeführte Reflexion von vergangenen Situationen und Handlungen führt automatisch zu einem reflektierten Handeln in der Gegenwart.

Achtung der Mitmenschen

Die ausführliche Beschäftigung des eigenen Umgangs mit der Gewalt und ihren Folgen rückt automatisch die Mitmenschen unserer Gesellschaft in das Bewusstsein der Teilnehmer. Sie lernen sie zu achten. Dies, die Achtung der Mitmenschen, ist Voraussetzung dafür, den Mitmenschen gegenüber nicht gewalttätig zu werden. Man kann Menschen nur schlagen, wenn man die Achtung vor ihnen verloren hat oder sie nicht bewusst ist.

Wahrnehmung der Opferperspektive

Nachdem die Teilnehmer mit einer von ihnen begangenen Gewalttat ausführlich konfrontiert wurden, sollen sie in einer weiteren Sitzung diese Gewalttat aus der Sicht des Opfers beschreiben, um sie so noch einmal aus der Opferperspektive zu erleben. Diese emotional wiederum sehr belastende Auseinandersetzung mit den Auswirkungen ihrer Gewalttaten hat auch zur Folge, dass allen Teilnehmern in dieser Trainingsphase ihre eigene Opferrolle, die sie alle haben, und ihre eigenen Gewalterfahrungen bewusst werden. Von fast allen wurden diese bisher völlig verdrängt. Jeder gewalttätige Jugendliche war auch schon Opfer einer physischen oder psychischen Gewalttat.

Verinnerlichung von unterschiedlichen Konfliktlösungsstrategien

Dadurch, dass während des Trainings gemeinsam mit den anderen Teilnehmern zu tatsächlichen oder konstruierten Konflikten unterschiedliche Lösungsstrategien erarbeitet werden und zum Teil dann auch in Rollenspielen durchgespielt und mit der Videokamera aufgenommen werden, erhalten die Teilnehmer ein Verhaltensrepertoire, das sie sich in zukünftigen Konfliktsituationen zu Nutzen machen können, ohne in ihre alten, gewalttätigen Verhaltensmuster zurückzufallen.

Rückgang der Körperverletzungen

Seit 1994 haben wir insgesamt acht Trainingskurse absolviert, an denen über 30 Jugendliche teilgenommen haben. Von diesen Jugendlichen ist unseres Wissens bisher nur ein Jugendlicher wieder wegen eines Körperverletzungsdeliktes strafrechtlich auffällig geworden. Drei andere Jugendliche wurden wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz auffällig. Es kann also ganz klar gesagt werden, dass die Zahl der Körperverletzungsdelikte auf jeden Fall zurück gegangen ist und somit auch die Zahl der Zufallsopfer, die oft die Opfer von Gewalttaten sind.

Defizite:

Kleiner Teilnehmerkreis

Durch die Struktur und den Aufbau des Ambulanten Aggressivitätstrainings ist die Teilnehmerzahl auf vier bis höchstens sechs Teilnehmer beschränkt. Nach unseren Erfahrungen ist der Bedarf bei den Jugendlichen deutlich höher. Bei fast allen Trainingskursen waren mehr Jugendliche an der Teilnahme interessiert als tatsächlich teilnehmen konnten.

Finanzierungsprobleme

Durch die Tatsache, dass für den Trainingskurs zwei TrainerInnen notwendig sind ergibt sich, dass diese Kurse wegen der Personalkosten sehr teuer sind und damit fast immer Finanzierungsprobleme auftraten. Neben den Bemühungen, für die von uns durchgeführten Kurse eine anteilige Finanzierung durch das Land NRW (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) zu erhalten, war es notwendig, einen Träger für die Durchführung der Maßnahme zu finden, der bereit ist, den Eigenanteil zu finanzieren. Diese haben wir bis 1996 in der katholischen Kirchengemeinde St. Martinus in Nottuln und danach im Berufsorientierungszentrum in Ahaus gefunden.

Offizielle Anerkennung des Trainings

Der Missbrauch von Geldern, die für die präventive Arbeit mit gewalttätigen, rechtsextremen Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden, muss unterbunden werden. Es darf nicht sein, dass „Möchtegern“-Therapeuten unkontrolliert Trainingskurse für Jugendliche anbieten, ohne jede Begleitung bzw. Anleitung. Es ist gefährlich, Jugendlichen alles zu nehmen, an was sie bisher glaubten, ohne etwas Neues anzubieten. Dies kann aufgrund einer starken Verunsicherung zu einer Zunahme von gewalttätigem Verhalten führen. Ebenso muss gewährleistet werden, dass Projekte sich nicht nur zu Treffpunkten rechter Szenen entwickeln. Wichtig wäre eine staatlich anerkannte Überprüfung solcher Projekte. Hinzuweisen ist hier z. B. auf die qualifizierten Fortbildungsangebote des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt am Main.

Herausforderungen:

Arbeit mit rechten Jugendlichen kann erfolgreich sein

Intensive Arbeit mit Jugendlichen aus der rechten, gewaltbereiten Szene ist mühsam und erfordert Beharrlichkeit, Kontinuität und ständige Überprüfung und Reflexion der Arbeit. Eine hohe Frustrationstoleranz ist notwendig, um nicht den Mut zu verlieren. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie von denjenigen, die sie machen, überzeugend und ehrlich durchgeführt wird.

Multiplikatorenarbeit

Wie wir schon ausgeführt haben, ist der Bedarf bei den Jugendlichen nach Hilfsangeboten zur Bewältigung ihrer Gewalttätigkeit sehr hoch. Von daher ist zu wünschen, dass mehr Jugendarbeiter sich befähigen, solche oder ähnliche Kurse durchzuführen. Es sollte selbstverständlich sein, dass Möglichkeiten und entsprechende Rahmenbedingungen für eine qualifizierte Ausbildung von interessierten Jugendarbeitern geschaffen werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Immer wieder kommt es vor, dass sich kritisch zur Arbeit mit rechten Jugendlichen geäußert wird. So haben auch wir mehrmals diese Erfahrung zum Teil sehr extrem gemacht. Wenn für rechte Skinheads und Gewalttäter viel Geld ausgegeben wird, sieht die Öffentlichkeit besonders kritisch hin. Auch kommt es vor, dass bei Teilen der Bevölkerung Angst erzeugt wird, wenn sich regelmäßig an bestimmten Orten kahlköpfige Skinheads treffen und dann mit Betreuern in einen Raum verschwinden. Dies erfordert eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Die Gesellschaft, die diese Kurse finanziert, hat ein Recht auf Information. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass durch die Öffentlichkeitsarbeit Mitbürgern die Angst genommen wurde, anonyme Kritik und Bedrohungen aufhörten und eine konstruktive Kritik und offene Gespräche möglich wurden.

Literaturverzeichnis

Cladder-Micus, Annita/Kohaus, Hermann: Ambulantes Antiaggressivitätstraining mit gewalttätigen Jugendlichen. In: Deutsche Jugend, Heft 6/1995, S. 257-265

Cladder-Micus, Annita/Kohaus, Hermann: Integrative Arbeit mit gewalttätigen, rechten Jugendlichen und ambulantes Anti-Aggressivitätstraining. In: Zuschlagen oder Zuhören. Hrsg. Stickelmann, Bernd. Weinheim und München 1996, S. 101-125

Diskussion zum Beitrag von Annita Cladder-Micus und Hermann Kohaus

Eine Nachfrage im Anschluss an das Statement von Hermann Kohaus und Annita Cladder-Micus bezieht sich darauf, wie sie in ihren Trainingseinheiten mit überdurchschnittlich fremdenfeindlichen und gewaltbereiten Jugendlichen auf die angesprochene Suizidgefahr unter denjenigen teilnehmenden Jugendlichen reagieren, die angesichts der Auseinandersetzung mit den eigenen Gewalttaten „nicht mehr mit sich klar kommen“. Dies wird vor dem Hintergrund der im Vortrag ausgeführten Grundannahmen der Trainings thematisiert, wonach es keineswegs Absicht der Trainer ist, „therapeutisch vorzugehen“. Annita Cladder-Micus macht diesbezüglich darauf aufmerksam, dass manche Jugendliche, die in dieser Weise gefährdet seien, ihr Einverständnis geben und freiwillig dazu bereit sind, sich in psychiatrischen Einrichtungen behandeln zu lassen. Sie stellt heraus, dass sich in dieser Hinsicht sicherlich Gefahren und auch Grenzen des „Ambulanten Aggressivitätstrainings“ abzeichnen.

Da dieses Modell – so ein Einwand – „Eingriffe in die individuelle Persönlichkeitsstruktur bedeutet, die in gewisser Weise die Freiwilligkeit der Adressaten überschreite“, ergeben sich folgende Fragen an die Referenten: „Was ist die angemessene Qualifikation derer, die das tun? Wer ist das geeignete Personal? Müsste man nicht sagen, das ist im Kern eigentlich keine genuin sozialpädagogische, sondern eine genuin psychologische Frage und nur unter sehr spezifischen Voraussetzungen, bestimmten therapeutischen Settings und Qualifikationsanforderungen durchzuführen? Ist vor diesem Hintergrund das aus den USA adaptierte und dort im Strafvollzug mit mehrfach auffälligen Straftätern eingesetzte Antiaggressionstraining überhaupt in der Jugendhilfe legitim anwendbar?“ Annita Cladder-Micus erklärt, dass dieses entlehnte Konzept an die eigenen Bedürfnisse, Qualifikationen und Ziele angepasst und modifiziert wurde, „denn diese Verantwortung könne man so nicht übernehmen“.

Wie schon im Anschluss an den Vortrag von Peter Steger wird auch an dieser Stelle die geschlechtsspezifische Seite der Problematik angesprochen. Wiederum wird die Frage nach dem Anteil von Mädchen bzw. Frauen an diesen Maßnahmen gestellt. Hermann Kohaus merkt an, dass an den Trainings bisher nur junge Männer im Alter bis zu 22 Jahren teilgenommen haben. Sie würden aber darüber nachdenken, solche Kurse auch mit gewalttätigen Mädchen durchzuführen, die es sicherlich – bezogen auf die letzten zwei bis drei Jahre – in zunehmendem Maße gebe. In diesem Zusammenhang müsse erklärend hinzugefügt werden, so Annita Cladder-Micus, dass straffällig gewordene Mädchen und Frauen in vielen Fällen bei Verhandlungen „geschickter“ im Umgang mit Vertretern der Justiz seien im Vergleich zu Jungen und dadurch oftmals mehr Verständnis vonseiten der Justiz erfahren würden. Dies führe dazu, dass im Falle von Verurteilungen Mädchen oder junge Frauen in der Regel mit geringeren Auflagen und Strafen bzw. häufig straffrei davonkommen würden. Die Notwendigkeit, ein solches Training zu absolvieren, bestehe daher für sie häufig nicht.

Im Hinblick auf die Erfahrungen mit Abbruchquoten, verweist Hermann Kohaus darauf, dass bisher nur ein einziger Jugendlicher das Training vorzeitig abbrechen musste, „weil er eine Sitzung versäumt hat“. Die Jugendlichen müssen sich – so seine Erklärung – mit ihrer Unterschrift verpflichten, an jedem Training teilzunehmen. Dies würde streng gehandhabt werden, um den Druck zu erhöhen, bei jeder Sitzung anwesend zu sein. Nicht-Teilnahme würde von den zuständigen Richtern direkt sanktioniert werden. Die Jugendlichen müssen dann, so Annita Cladder-Micus, sofort zurück in die Strafanstalt.

Thematisiert wird anschließend die Erfolgsbilanz dieser Trainings. Nur ein einziger Jugendlicher – so die Erfahrungen – sei rückfällig geworden und habe wieder Gewalt gegen andere angewendet. Ansonsten gebe es keinen einzigen Fall, der derart eskaliert sei, dass daraus eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung resultiert wäre. Dies sei sicherlich als Erfolg zu werten. Hier würden freilich mehrere Faktoren eine Rolle spielen: Nicht allein die Trainings hätten dazu beigetragen, sondern sicherlich auch biographische Umbrüche bei den teilnehmenden Jugendlichen, die häufig dadurch entstehen würden, dass diese mit zunehmendem Alter „über Familiengründung nachdenken“ und teilweise neue Lebensabschnitte beginnen wollen. Gewalt habe dann normalerweise keinen Platz mehr.

Im Hinblick auf die Finanzierung wird darauf verwiesen, dass die Kurse bisher vom Sozial-, Familien- und Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als Projektmaßnahmen finanziell getragen wurden. Grundsätzlich sei die Sicherstellung von Mitteln allerdings „immer wieder ein großes Problem“. Es ist hier sicherlich auch „die Frage“, so Annita Cladder-Micus, „wie man es öffentlich verkauft“.

Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt

IRINA BOHN

An den Beginn meiner Ausführungen möchte ich eine programmatische Bemerkung stellen: Mit den Mitteln der Jugendarbeit kann Jugendgewalt allein nicht reduziert werden. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist nur dann erfolgreich, wenn sie nicht als isolierter Handlungsstrang verstanden wird. Dazu gehört vor allem die Einsicht, dass Jugendhilfe weder allein für das Problem der Jugendgewalt zuständig sein kann, noch für sich allein in der Lage ist, praktikable und wirksame Lösungen bereitzustellen. Jugendhilfe ist und bleibt angewiesen auf einen kommunikativen und organisatorischen Kontext, in dem sie sich mit ihren Möglichkeiten kooperativ in eine „Gesamtstrategie“ einbringen kann. Dazu gehören insbesondere eine offene politische Verständigung; eine Medienpolitik, die in der Öffentlichkeit kritische Aufmerksamkeit offen hält; eine Jugend-, Sozial-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die sich für die berechtigten Anliegen und Bedürfnisse der jungen Generation aufschließt und darin Perspektiven schafft. Und selbstverständlich auch ein funktionierendes und intelligentes System der Strafverfolgung und Strafvermeidung. *Aber* die Jugendhilfe ist und bleibt ein zentrales und notwendiges Instrument im Rahmen dieses Systems. Sie hat sich – auch was diese Zielgruppe anbetrifft – ihrem gesetzlich festgelegten sozialisatorischen und erzieherischen Auftrag zu stellen und sie hat dabei auch Erfolge zu vermelden.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt/M. hat gemeinsam mit dem Ministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend das Programm gegen Aggression und Gewalt fachlich entwickelt, begleitet und dokumentiert. Im Folgenden werden zunächst einige Rahmenbedingungen des Programms geschildert:

Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt – kurz AgAG – war ein Modell-Programm des Bundes mit einer 5-jährigen Laufzeit von 1992 bis Ende 1996 und mit einem jährlichen Finanzvolumen von ca. 20 Mio. DM für die ersten drei Jahre. In den letzten zwei Jahren betrug das Budget dann etwa 13 Mio. DM. Das AgAG hat insgesamt 122 dauerhafte Projekte in 30 Regionen – ausschließlich in den neuen Bundesländern – initiiert und umgesetzt, die zu 80 Prozent bei freien Trägern angesiedelt waren und etwa 150 MitarbeiterInnen beschäftigten, die mit AgAG-Mitteln finanziert wurden.

Zielgruppen

Erreicht wurden mit dem AgAG etwa 6000 bis 6500 Jugendliche. Ein gutes Drittel der Jugendlichen im AgAG gehörten zum sog. „harten Kern“, das heißt zu der Gruppe von Jugendlichen, die wiederholt Gewalt gegen Personen anwendeten und verfestigte rechte sowie linke politische Weltbilder vertraten. Die überwiegende Mehrzahl der Zielgruppen im AgAG waren aber sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Lebenssituation nach der Wende Affinitäten zu gewaltbereiten Jugendszenen entwickelten. In den ersten Jahren wurden in den AgAG-Projekten vorwiegend Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren betreut. Später wurden immer mehr Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren mit den Projekten erreicht.

Im Laufe der Projektarbeit im AgAG ist deutlich geworden, dass im Rahmen von Jugendarbeit mit drei Zielgruppen nicht gearbeitet werden konnte:

- ▶ Mit sog. „Altglätzen“, d. h. jungen Erwachsenen zwischen 25 und 30 Jahren, die sich bereits vor der Wende in „rechten Milieus“ stilisierten und die nur kurzfristig mit Angeboten der Jugendarbeit angesprochen wurden.
- ▶ Mit Jugendlichen, die in nationalsozialistischen Vereinigungen organisiert waren. Hier stellte sich weniger die Frage, ob die Zielgruppe an sich erreichbar ist, sondern zeigte sich die Notwendigkeit, die MitarbeiterInnen und BesucherInnen der Einrichtungen vor öffentlichen Angriffen zu schützen und damit die Arbeitsfähigkeit der Projekte zu erhalten.
- ▶ Mit Jugendlichen, die ihre BetreuerInnen körperlich angegriffen haben, konnte aufgrund des fehlenden Vertrauens die Arbeit nicht mehr fortgesetzt werden.

Aufträge und Grundannahmen des Programms

Das AgAG hatte zwei grundlegende Aufträge. Der erste Auftrag war, Strukturen der Jugendarbeit in den neuen Ländern mitaufzubauen zu helfen. Dieser Auftrag kann als gelungen betrachtet werden. Von den insgesamt 122 Projekten wurden nach Einstellung der Bundesförderung 1997 immerhin noch 108 weitergefördert.

Der zweite Auftrag war, mit Mitteln der Jugendarbeit gewaltbereite Jugendliche zu erreichen und zu einer Reduzierung von Gewaltverhalten beizutragen. Dieser Auftrag klingt im Jahr 2000 nicht ungewöhnlich, ich erinnere aber daran, dass es 1992 wenig Gewissheit darüber gab, ob mit Mitteln der Jugendarbeit gewaltbereite Jugendliche stabilisiert werden können und vor allem, ob dies auch in den neuen Ländern gelingen kann, wo eine differenzierte Infrastruktur fehlte.

Zu Beginn des AgAG einigten sich die Programmverantwortlichen auf die folgenden pädagogischen Leitlinien:

- ▶ Jugend ist eine Übergangs- und Experimentierphase. Normabweichungen bis hin zu kriminellem Verhalten müssen als Spezifikum dieser Lebensphase verstanden werden. Demzufolge müssen pädagogische Angebote so gestaltet werden, dass sie sowohl Grenzen setzen, als auch Rückwege in die Gesellschaft eröffnen.
- ▶ Die Arbeit in den Projekten soll lebenswelt- und lebenslagenorientiert und zielgruppenadäquat sein. Mit dieser Maxime sollten den Individualisierungs- und Pluralisierungsschüben, denen die Jugendlichen in den neuen Bundesländern ausgesetzt waren, Rechnung getragen werden. Konkret bedeutete diese Maxime, dass nicht allgemeine pädagogische Handlungsvorgaben der Programmverantwortlichen in den Projektstandorten durchgesetzt werden sollten, sondern dass die zu entwickelnden Handlungsoptionen entsprechend den konkreten Lebensbedingungen in den sozialen Nahräumen und den jeweiligen Bedarfslagen der Jugendlichen gestaltet werden müssen.
- ▶ Randständige Jugendliche sollen nicht stigmatisiert werden bzw. sind bereits stigmatisierte Jugendliche systematisch aus diesem Prozess herauszuführen. Alle Ansätze, Jugendliche auf der Basis auffälliger sozialer Merkmale zusammenzufassen und zu betreuen sind dabei auszuschließen. Die Jugendlichen sollen in ihr soziales Umfeld eingebunden, nicht daraus ausgegrenzt werden.

Im Verlauf der Arbeit zeigte sich, dass die Kodierung eines für alle Projekte verbindlichen Regelwerkes notwendig wurde. Die Regelsetzung für die Projektarbeit hatte unterschiedliche Funktionen. Sie diente dazu, Jugendlichen die erwarteten Verhaltensstandards und die implizite erzieherische Zielsetzung – nämlich die Einhaltung der Vorgaben – deutlich zu machen, den MitarbeiterInnen Anleitung im Sinne einer Reflexion der professionellen Praxis an den Stellen zu geben, an denen pädagogische Interventionen zwingend vorgeschrieben wurden, und nicht zuletzt diente sie auch dazu, den institutionellen Bestand zu sichern.

Die aufgestellten Regeln lauteten:

- ▶ Von den Projekten darf keine Gewalt ausgehen;
- ▶ Projekte dürfen sich nicht als Rekrutierungsfeld rechtsextremer Organisationen missbrauchen lassen;
- ▶ Im Rahmen der Projekte darf keine rechtsextremistische Propaganda betrieben werden;
- ▶ In den Projekten dürfen keine Waffen mitgeführt werden;
- ▶ In den Projekten dürfen keine Musik und Auftritte von Bands mit Titeln, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, zugelassen werden.

Erfahrungen

Die Erfahrungen des AgAG zeigen, dass es möglich ist, sowohl gewalttätige als auch gewaltbereite Jugendliche mit Mitteln der Jugendarbeit zu erreichen und zu einer Reduktion des

gewalttätigen Verhaltens beizutragen. Zum Ende des Programms hin urteilten etwa 60 Prozent der MitarbeiterInnen, dass Gewalthandlungen gegen Personen und Sachen deutlich zurückgegangen seien. Ähnliche Rückmeldungen erhielten wir auch von Seiten der zuständigen Polizeidirektionen.

Die Bedingungen unter denen eine solche Arbeit gelingt, möchte ich im Wesentlichen in sechs Punkten zusammenfassen.

1. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist dann erfolgreich, wenn die gewohnten Parzellierungen der Jugendhilfeleistungen nach Aufgabenfeldern und Institutionen aufgehoben werden können. Wir wissen es aus der Gewaltforschung, wir wissen es aus der Praxis, Jugendgewalt geht auf ein komplexes Ursachenbündel zurück. Wer mit gewaltbereiten und rechtsextremen Jugendlichen sozialpädagogisch arbeitet, erkennt sehr schnell, dass diesem Ursachenbündel mit einem methodenzentrierten Zugang nicht beizukommen ist. Ganz im Gegenteil, je nach regionalen Gegebenheiten, subkulturellen Inszenierungen, sozialen Benachteiligungen und individuellen Entwicklungsdefiziten von Jugendlichen, sind in unterschiedlichen Phasen der Projektarbeit auch unterschiedliche Zugänge zu wählen und Angebote vorzuhalten.

Projekte, denen es gelingt, Kontinuität in der Betreuung der Jugendlichen zu bewahren und gleichzeitig Hilfsangebote für die unterschiedlichen Problemlagen anzubieten (sei es, dass es Probleme in der familiären Sozialisation, in der beruflichen, schulischen und sozialen Integration sowie in der persönlichen Entwicklung sind), handeln in der Regel erfolgreich. Das hat wenig mit sozialpädagogischen Allmachtsphantasien zu tun, sondern mit der schlichten Einsicht, dass die übliche Verweisungspraxis der Jugendhilfe, Jugendliche entsprechend den gewünschten und notwendigen Hilfen in unterschiedliche Einrichtungen und spezialisierte Dienste zu entsenden, zu weiteren Desintegrationserfahrungen führen. Von Wolffersdorff/Sprau-Kuhlen/Kersten (1996²) haben die Konstruktion von Jugendhelferkarrieren bereits eindrucksvoll für den Bereich der Hilfen zur Erziehung nachgezeichnet, und auch in den aktuellen Debatten um die Wiedereinführung der geschlossenen Heimunterbringung wird die Verkettung zahlreicher und unterschiedlicher Hilfen als ein wesentlicher Grund für das kriminelle Entgleiten von Jugendlichen gesehen (IGFH 1997, S. 11). Die Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt – aber auch aus anderen Projekten – zeigen, dass angesichts dieser Zielgruppe eine Neuorganisation des Zusammenwirkens des Jugendhilfesystems notwendig ist (Bohn, 1998, S. 31; Kilb 1997, S. 32; S. 40 f.). Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Leistungsfeldern der Jugendförderung, Jugendarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendsozialarbeit und auch der erzieherischen Hilfen, zwischen Freizeit- und Bildungsaktivitäten, zwischen Beratungs- und Hilfsangeboten weichen zunehmend auf und müssen zu einem neuen Ganzen zusammengeführt werden, das den zunehmenden Risikobelastungen junger Menschen Rechnung trägt (Münder u. a. 1998, S. 157 ff.).

2. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist dann erfolgreich, wenn nahtlos unterschiedliche Projektphasen durchlaufen werden können ohne dass vor-schnell sichtbare Ergebnisse gefordert werden (Bohn 1998, S. 42 f.; DJI 1998, S. 37). In der ersten Phase der Projektarbeit geht es zunächst um die niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen, die über Ansätze der Aufsuchenden Jugendarbeit (Streetwork) erfolgt und mit anderen Freizeitaktivitäten kombiniert wird. Diese Einstiegsphase in die Projektarbeit dient dem Aufbau verlässlicher Beziehungen zu den Jugendlichen und bietet ihnen oftmals schlichtweg alternative Freizeitbeschäftigungen zum „Rumhängen“ an. Sie gelingt in der Regel nur dann, wenn Jugendlichen Angebote gemacht werden, die ihnen keine großen Kompetenzen abverlangen, sondern „annehmend“ sind, im Sinne des „einfach-da-seins und zuhören-könnens“ (vgl. Behn/Koch 1997, S. 153 ff.) Im nächsten Schritt der Projektarbeit werden Jugendliche in Einrichtungen eingebunden und erhalten die Möglichkeit, diese jugendkulturell zu inszenieren. Nach außen wirkt diese Phase manchmal Besorgnis erregend. Wir hatten im AgAG diverse Projekte, die zu Festungen ausgebaut wurden und z. B. mit Tarnnetzen behängt waren. Für die Jugendlichen aber ist in dieser Zeit von Bedeutung, dass sie einen Ort erhalten, in dem sie Gestaltungschancen wahrnehmen können, dass sie ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Club entwickeln und dass sie Alltagskompetenzen – z. B. bei der Arbeitsorganisation oder den notwendigen gemeinsamen Aushandlungsprozessen – erproben können. Hiernach steht die Projektarbeit in der Regel vor einer Bewährungsprobe. Für die MitarbeiterInnen gilt es nun zu entscheiden, welche relevanten pädagogischen und erzieherischen Prozesse angeleitet werden sollen und diese in eine Gesamtkonzeption für das Projekt einfließen zu lassen. Trotz sich dann entwickelnder unterschiedlicher Handlungsansätze – einige Projekte setzen auf Antiaggressionstraining, andere auf Erlebnispädagogik, andere wiederum auf offene Jugendarbeit mit Jugendcliquen (vgl. DJI 1998, S. 37) – stehen bei der Arbeit aller Projekte Lernerfahrungen in den Bereichen der Alltagsstrukturierung, des normkonformen Verhaltens, der erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten und der sozialen Kommunikation im Mittelpunkt. Die Jugendlichen sollen zum einen lernen, ihren Alltag sinnvoll zu gestalten und ihre Freizeit selbständig zu organisieren. Sie sollen hierbei Selbstbestätigung erfahren. Zum anderen sollen sich die Jugendlichen für ihre Mitmenschen öffnen und aus dem insulären Jugendclub-Dasein herausgeführt werden. Hierzu werden Stadtteilstefte organisiert, Fußballturniere durchgeführt oder Streetwork wieder aufgenommen, um auch andere Jugendliche in die Angebote der Clubs einzubinden. Diese Phase ist für viele MitarbeiterInnen äußerst schwierig: Die Jugendlichen stellen die Loyalitätsfrage, sie provozieren, reiben sich an den Erwachsenen und müssen in vielen Diskussionen aushalten lernen, dass ihre BetreuerInnen divergierende Werthaltungen formulieren und sie mit diesen auch konfrontieren. In dieser Zeit sind auch Regeln des demokratischen Miteinanders in den Projekten zu formulieren und zu erproben. Hiernach geht die Projektarbeit in eine eher unspektakuläre aber doch pädagogisch zentrale Phase über. Nun rücken die Lebensschicksale der einzelnen Jugendlichen, ihre per-

sönlichen Problemlagen in den Vordergrund. Die Beziehungen zu den PädagogInnen sind dann ausreichend stabil, um Schwächen und Ängste preiszugeben, Hilfe einzufordern. In dieser Zeit entwickeln die Projekte ihre typische Angebotsstruktur, die darin besteht, möglichst umfassende, alltagsnahe und versorgende Hilfen für die Jugendlichen bereitzustellen. Konkret heißt dies, dass die Jugendlichen nicht nur ihre Freizeit in den Jugendprojekten verbringen können, sondern, dass sie Angebote vorübergehender existentieller Grundabsicherung (wie z. B. Mittagstische, schulische und berufliche Hilfen, Notunterkünfte, Betreutes Wohnen) erhalten. Ebenso wichtig ist die gebrauchswert- und ausbildungsorientierte Ausrichtung der Angebote. In die offene Jugendarbeit werden aber auch spezifische Leistungen der erzieherischen Hilfen wie u. a. Soziale Gruppenarbeit, Intensive Sozialpädagogische Einzelfallhilfe integriert, entweder indem die Projekte diese Angebote intern vorhalten oder indem sie eng mit anderen Diensten kooperieren.

Für die Jugendlichen hat diese – als flexible Jugendarbeit bezeichnete – Form der Projektarbeit entscheidende Vorteile (Bohn 1998, S. 43). Der Einstieg in intensive, ihre persönliche Entwicklung betreffende Hilfen wird ihnen über den „unverbindlichen“ Freizeitbereich erleichtert. Gleichzeitig sind sie nicht gezwungen aus ihrer Clique und ihrem gewohnten Umfeld hervorzutreten, um eine Lösung individueller Problemlagen zu suchen.

3. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist dann erfolgreich, wenn die Projekte sich als Institutionen der Erziehung verstehen und ihren Auftrag in der Vermittlung von gesellschaftlichen Realitätsprinzipien sehen. Nur wenn Regeln aufgestellt sind, die eine normative Ausrichtung entlang des gesellschaftlich Erwarteten deutlich machen und auf ihre Einhaltung hingearbeitet wird, kann Jugendhilfe ihren Auftrag erfüllen. Erst dann lässt sie benachteiligte Jugendlichen mit den schwierigen Prozessen von Selbstzwang und Selbstreflexion nicht allein. Grenzziehung und Regelsetzungen müssen den Integrationsbedarf verdeutlichen. Sie sind nicht Gegensatz zu „pädagogischem Verstehen“, sondern das Geltendmachen gesellschaftlicher Erfordernisse und sozialer Grenzen, ohne die Erziehung in solchen Gruppen ziel- und orientierungslos wäre und zwar nicht nur für die Sozialarbeit, sondern auch für die Jugendlichen.
4. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist dann erfolgreich, wenn in die Arbeit die sozialpolitische Vertretung der Interessen sozial benachteiligter Jugendlicher mit einfließt. Im Sinne der offensiven Mielenzschen Handlungs- und Einmischungsstrategie (Mielenz 1981, S. 57 ff.) haben die MitarbeiterInnen der Projekte sowie die Träger die Verpflichtung, für die Interessen der Jugendlichen einzutreten und ihre spezifischen Ausgrenzungs- und Benachteiligungsrisiken im kommunalen Raum deutlich werden zu lassen. Die Jugendhilfeausschüsse aber auch Runde Tische gegen Gewalt und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG sind Orte, in denen sich PädagogInnen austauschen und kollegial beraten müssen, um zu einem gemeinsamen Verständnis der übergeordneten Lebensverhältnisse von benachteiligten Jugendlichen zu kommen und Impulse

für Veränderungen auszusenden. Diese Einmischungsstrategie schließt auch die Notwendigkeit mit ein, handlungsfeld- und teilsystemübergreifende Formen der Kooperation (z. B. in kommunalen Präventionsräten) zu entwickeln, um insbesondere auch den nicht-pädagogischen Bereich (Polizei/Justiz/Schule/Städteplanung etc.) in die infrastrukturellen Veränderungsnotwendigkeiten miteinzubeziehen. Die kommunalen Ressourcen sind ja nicht endlos dehnbar, sie sind aber sicherlich effektiver zu bündeln, um für Kinder und Jugendliche positive Rahmenbedingungen des Aufwachsens zu gestalten.

5. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen ist dann erfolgreich, wenn die MitarbeiterInnen bei ihrer Arbeit unterstützt werden und in ein System kollegialen Austausches eingebettet sind. Fortbildung, fachliche Anleitung und Supervision sind unerlässliche Bestandteile der Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen, weil sich – wie aufgezeigt – die Arbeit weniger an einer einzigen methodischen Sicherheit orientiert als vielmehr an der Notwendigkeit, vielschichtige Problemlagen der Jugendlichen richtig zu deuten und das pädagogisch Richtige zu tun. Das heißt auch, dass solche jugendpolitischen Programme wie das AgAG auf ein erfolgreiches Programmmanagement angewiesen sind, das in der Verständigung der Verantwortlichen untereinander die Rahmenbedingungen herstellt, unter denen sich eine möglichst erfolgreiche Praxis entwickeln kann.
6. Und damit bin ich auch bei meinem letzten Punkt angelangt: Meines Erachtens nach kann im Rahmen der Jugendhilfe nur dann gewaltminimierend gearbeitet werden, wenn es eine klare jugendpolitische Positionierung gibt. Das hat zwei Gründe. Zum einen wissen wir aus zahlreichen Untersuchungen (Kreft/Lukas 1993), dass Erneuerungsschübe der Jugendhilfe aus sich selbst heraus relativ begrenzt ausfallen. Dies gilt umso mehr, je schwieriger und unattraktiver die Zielgruppen sind und je spezialisierter und festgefahrener die Jugendhilfeeinrichtungen und Dienste sind. Hier bedarf es Impulse zur Veränderung von außen. Zum anderen hat eine aktuelle Recherche bei ehemaligen AgAG-KollegInnen ergeben, dass die zielgruppenspezifische Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen aus dem AgAG dort fortgeführt wird, wo sich auf kommunaler Ebene jugendpolitische Diskurszusammenhänge etablieren konnten oder wo landesspezifische Programme aufgelegt wurden. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass es zwingend einer jugendpolitischen Rahmensetzung bedarf, damit sich die Kommunen neben ihren allgemeinen Aufgaben auch dieser unattraktiven Arbeit zuwenden.

Defizite und Herausforderungen

Während es zu Beginn des AgAG im Jahr 1992 noch wenig Erfahrungen in der Jugendarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen gab, hat sich in den letzten acht Jahren eine vielfältige Praxis der Arbeit etabliert (vgl. Informationsdienst des AgAG 1/96/DJI 1998). Die heutige Herausforderung besteht meiner Ansicht nach in der Bündelung und Aufbereitung der bis-

herigen Erfahrungen. Dieser Weg wird bereits mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI besritten. Wichtig wäre es für die Zukunft, aus den Erfahrungen der Praxis zu einer Formulierung von Qualitätsstandards zu kommen. Damit könnten wesentliche fachliche Grundlagen in diesem professionell und gesellschaftspolitisch brisanten Arbeitsfeld definiert werden, die als Arbeitshilfen zur Verfügung stehen könnten. So könnte es auch gelingen, mehr Handlungssicherheit in ein schwieriges Arbeitsfeld zu bringen.

Literaturverzeichnis

Behn, S./Koch, R.: Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit. Weinheim 1997

Bohn, I.: Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang. Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/1998, S. 37-45

Bohn, I.: Endbericht zur 2. Laufzeit des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. In: ISS-Aktuell, 37/1997, Frankfurt/M.

Bohn, I./Münchmeier, R.: Dokumentation des Modellprojektes. Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Band 1, Münster 1997

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Literaturdokumentation von Arbeitsansätzen der Kinder- und Jugendkriminalprävention. München 1998

IGFH (Hrsg.): „Memorandum zur Problematik geschlossener Heimerbringung“. In: Materialien zur Heimerziehung Heft 3/1997, S. 11

Informationsdienst zum AgAG: Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt 1/1996

Kilb, R.: Ein Einblick in die Gewaltdiskussion, die Gewaltforschung und die „neuen“ Ansätze pädagogischer Arbeit mit Gewalt, In: Weidner, J./Kilb, R./Kreft, D.: Gewalt im Griff. Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim und Basel 1997, S. 20-42

Kreft, Dieter/Lukas, Helmut: Perspektivenwandel in der Jugendhilfe. 2 Bd., 2. Aufl., Frankfurt 1993

Mielenz, I.: Die Strategie der Einmischung. Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik. In: Neue Praxis, Sonderheft 6/1981

Münder, J. u. a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG. Münster 1998³

- Schneider, H.: Jugend und Rechtsextremismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien. Ein Literaturbericht. In: DJI (Hrsg.), Literaturreport 1998. München 1998, S. 7-75
- Wahl, K.: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt. Eine Synopse wissenschaftlicher Erklärungsansätze. In: DJI (Hrsg.): Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer. München 1993, S. 11-67
- Weidner, J./Kilb, R./Kreft, D.: Gewalt im Griff. Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim und Basel 1997
- Wolffersdorff, C. von/Sprau-Kuhlen, V./Kersten, J.: Geschlossene Unterbringung in Heimen. Kapitulation der Jugendhilfe. München 1996²

Diskussion zum Beitrag von Irina Bohn

Das Statement provoziert zunächst die kritische Anmerkung, dass die im Rahmen des AgAG-Programms durchgeführten Projekte – entgegen der Darstellungen von Irina Bohn – nicht gut dokumentiert und evaluiert seien. „Ein substantiell verstehbarer Einblick und einen nachvollziehbaren Eindruck, was da tatsächlich passiert ist“ – so eine Meinung – seien nicht möglich. Auch sei eine „empirisch dokumentierte Analyse“ darin nicht enthalten. Irina Bohn wendet sich gegen diesen Vorwurf und stellt wiederholt heraus, dass in ihren Augen sowohl Evaluation als auch Dokumentation der AgAG-Projekte umfassend seien. Allerdings – so eine Einschränkung, auf die sie hinweist – fehle in der fünfbändigen Buchreihe der Abschlussbericht zu dem AgAG-Programm. Der Grund hierfür liege darin, dass die Buchreihe bereits abgeschlossen war, als der Endbericht vorgelegt wurde. Dieser Band sei allerdings zu beziehen.

Ergänzt werden Erfahrungen aus Brandenburg, die im Rahmen des vom damaligen Bundesministeriums für Frauen und Jugend aufgelegten AgAG-Programms gemacht wurden. Dabei wird von einer Projektmitarbeiterin aus Brandenburg konstatiert, dass ihrer Ansicht nach Kommunen bei der Auswahl und „Installierung der Programme“ nicht ausreichend einbezogen wurden. Eine angemessene Identifikation mit den jeweiligen Projekten konnte so in der Regel nicht entstehen. Dies habe „sich gerächt“. Denn mit Ende der Bundesfinanzierung war dann die Förderung – so die Erfahrung – von kommunaler Seite in dieser Größenordnung nicht mehr zu gewährleisten. In dem neu aufgelegten „610-Stellen-Programm“ des Landes Brandenburg sei allerdings eine „Fortsetzung in Teilbereichen“ sichergestellt.

Im Hinblick auf Kontinuität und Qualität der fachlichen Betreuung durch qualifizierte Kräfte stellt Irina Bohn mit Nachdruck heraus, dass im gesamten AgAG-Programm keine ABM-Kräfte beschäftigt wurden: „Wir haben über fünf Jahre – und mehr kann der Bund nicht machen – Personalstellen geschaffen, wenn es möglich war, zwei Stellen in jedem Projekt“. Es sei nicht mit wechselnden ABM-Kräften gearbeitet worden.

Auf die Frage, inwieweit das AgAG-Programm messbare Erfolge vorzuweisen habe, betont Irina Bohn, dass sich ihrer Meinung nach „Prävention nicht messen“ lässt. Trotz der Erfolge, die ganz klar zu erkennen seien, merkt sie in diesem Zusammenhang an, dass es in ihren Augen keinen Grund gebe, eine Neuauflage des Programms zu starten. Denn – so die Begründung – „das AgAG ist unter ganz bestimmten Bedingungen nach der Wende aufgebaut worden und hatte dort seine ganz spezifische Zielsetzung“. „Wenn es Anlass gibt zu handeln“ – so Irina Bohn – „dann regional und unter spezifischen Gesichtspunkten“.

Bezogen auf effiziente präventive Konzepte im Bereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und Grenzen von Jugendhilfe, diesbezüglich einen Beitrag zu leisten,

macht Frau Bohn auf ein anderes, vom Bund finanziertes Programm in diesem Bereich aufmerksam. Das Programm „Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im kommunalen Sozialraum“ habe über einen Zeitraum von zwei Jahren versucht, „alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte an einen Tisch zu bekommen und solche kommunalen Strategien zu entwickeln, die umfassender arbeiten und greifen können als die Jugendhilfe“. Dieser Ansatz sei in dem kürzlich vom Bund aufgelegten E & C Programm aufgegriffen und ausgeweitet worden. „Runde Tische vor Ort“ würden dazu führen, dass Informationen sinnvoll weitergegeben werden können und eine für erfolgreiche Prävention hilfreiche „direkte Vernetzung“ auf kommunaler Ebene entstehe. Auf diese Weise könnten oftmals „Kooperationen bewirkt werden“, die „dann kurze Wege ermöglichen und Freiräume schaffen“.

Abschließend wird von anderer Seite hervorgehoben, dass es vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen „keine Alternative dazu gibt, in den kommunalen Raum hineinzuwirken und dort die demokratische Alltagskultur vehement voranzutreiben“, um Rechtsextremismus erfolgreich zu bekämpfen. Dies sei vor allem in den neuen Bundesländern von großer Bedeutung, in denen – so eine Wahrnehmung – eine qualitative und quantitative Verschärfung im Hinblick auf die Verbreitung einer „rechtsextremistischen Alltagskultur“ in den letzten zwei Jahren stattgefunden habe.

Abschließende Diskussion

Zu Beginn der abschließenden Diskussion werden die anwesenden Experten auffordert, vor dem Hintergrund der Vorträge und Diskussionen abschließend nochmals zu resümieren, wo ihrer Ansicht nach zukünftige Herausforderungen in dem umrissenen Problemfeld liegen. Diese Überlegungen sollen auch dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Anregung dienen und zu Initiativen sowie Akzentsetzungen in künftigen Programmen beitragen, beispielsweise im neu aufgelegten E & C Programm. In diesen abschließenden Statements der Experten sollte sich auf zentrale Stichworte bezogen werden, die in den Beiträgen und Diskussionsrunden teilweise rege und kontrovers diskutiert wurden: die „Geschlechtsfrage“, die „Vernetzungsfrage“ und den Aspekt der „Sozialräumlichkeit“. Hinzugefügt werden von anderer Seite Schlüsselbegriffe wie etwa „Elternteilnahme“ und „Unterstützung der Familien“.

In kurzen Stellungnahmen werden von den Experten noch einmal die ihres Erachtens wesentlichen Gedankengänge im Hinblick auf Thema und Zielsetzung des Hearings herausgestellt. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrzahl fremdenfeindlicher Straf- und Gewalttaten von männlichen Jugendlichen begangen werde – so eine Forderung – sei die Realisierung einer „jungenzentrierten Pädagogik“ sinnvoll und unabdingbar. Grundsätzlich sei es von großer Bedeutung, dass Jugendhilfe eine offene Sicht auf die Dinge habe. Sie müsse handlungsfähig sein und bei Problemen schnell und unbürokratisch reagieren. Weiterhin wird betont, dass Qualitätssicherung ein zukünftiges Anliegen in diesem Bereich sein müsse. Es sei vor diesem Hintergrund von zentraler Bedeutung, Qualitätsmerkmale und -standards zu definieren und festzulegen. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass bei „kommunalen Aktionsträgern“, die im Problemfeld Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus tätig sind, ein enorm hoher Beratungsbedarf bestehe. Vor diesem Hintergrund sei es sinnvoll in bestimmten Regionen „Beratungsagenturen“ oder „Beratungselemente“ zu schaffen, die sozialpädagogische Arbeit vor Ort sinnvoll unterstützen.

In einem kurzen Schlusstatement fasst Christian Lüders die folgenden Überlegungen zusammen: Es sei sicherlich richtig, dass die Verantwortung in diesem Bereich zunächst bei den Kommunen und den öffentlichen bzw. freien Trägern liegen müsse, aber nicht nur. Der Bund – so seine Einschätzung – kann Initiativen geben und „er kann signalisieren, dass dieses Thema für ihn nicht erledigt ist“ bzw. dass er bereit ist, auf diesem Feld Verantwortung zu übernehmen. Dies sollte keineswegs als selbstverständlich angesehen werden. Auch in der

Bundespolitik sei der Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Herausforderung, der man sich stellen will. Vor diesem Hintergrund – so seine Anregung – sei es im Hinblick auf die Auswertung dieser Veranstaltung wichtig, im Detail zu diskutieren, „ob die ein oder andere Idee“ auch möglicherweise außerhalb des Kinder- und Jugendhilfebereichs Akzente setzen kann (etwa in der Jugend- und Familienpolitik oder in der Sportförderung). Zu überlegen sei ebenso, wie die Verbreitung bewährter Praxismodelle systematisch gefördert werden könne.

Rechtsorientierte und rechtsextremistische Jugendliche – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe?

Versuch einer fachlichen Würdigung

CHRISTIAN LÜDERS/BERND HOLTHUSEN

Spätestens seit den Ereignissen in Hoyerswerda, Mölln, Rostock und Solingen ist unstrittig, dass über 50 Jahre nach Kriegsende bei einer erschreckend hohen Zahl von Jugendlichen rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen konstatiert werden müssen, die nicht selten bei entsprechenden Gelegenheiten in offenen Hass, Menschenjagden und Gewalt umschlagen. Auch wenn viele Jugendliche keineswegs über verfestigte und ausgeprägte rechte und rechtsextreme Einstellungen verfügen, so zeigen doch die Erfahrungen aus der Praxis, dass diese sich schnell verfestigen können und dass die Übergänge von der Provokation bzw. dem alterstypischen Protestverhalten, z. B. mit nationalsozialistischen Symbolen, hin zur Gewaltanwendung fließend sind.

Gefordert, auf diese Entwicklungen zu reagieren, sind alle gesellschaftlichen Gruppen – auch die Kinder- und Jugendhilfe. Zwar wäre es falsch, wenn man die Kinder- und Jugendhilfe vorrangig als eine Instanz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verstehen würde; nichtsdestoweniger hat sie zunächst im Rahmen ihres allgemeinen gesetzlichen Auftrages mittelbar einen Beitrag zur Verhinderung der Entstehung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Orientierungen und Handlungen zu leisten. Darüber hinaus hat sie im Rahmen ihrer Zielgruppenarbeit in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ansätzen und Strategien entwickelt, deren Chancen und Grenzen vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklungen neu zu diskutieren sind. Genau diesem Ziel diene das hier dokumentierte Fachgespräch.

Versucht man die Statements und Diskussionen während des Hearings unter einer fachlichen Perspektive zu würdigen, werden aus unserer Sicht zunächst zwei zentrale Themenkomplexe sichtbar. Auf der einen Seite gibt es eine verstreute, aber durchaus erfolgreiche Praxis, über die man jedoch bislang zu wenig weiß (1.). Daneben zeichnen sich eine ganze Reihe von Herausforderungen für die Weiterentwicklung des Feldes ab (2.).

1. Erfolgreiche Praxis

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe haben sich in den letzten 20 Jahren eine ganze Reihe von Ansätzen entwickelt, die der Ausbildung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlich-

keit bei unterschiedlichen jugendlichen Zielgruppen vorbeugen und entgegenwirken wollen. Je nach Zielsetzung und Zielgruppe kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Das Hearing hat aus diesem Spektrum exemplarisch einen kleinen Ausschnitt an Ansätzen und Strategien sichtbar gemacht. Die Statements machten dabei einmal mehr deutlich, dass es innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe und teilweise auch gemeinsam mit Schulen tragfähige Ansätze und bewährte Strategien im offensiven Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen gibt. Allerdings sind mit ihnen noch eine Reihe von Problemen verbunden:

- Die Dokumentation dieser Ansätze sagt noch nichts über ihren Verbreitungsgrad. Ganz im Gegenteil: Selbst in jenen Regionen, in denen sich eine Verdichtung von rechtsextremen Straftaten beobachten lässt und aus denen Fachleute wiederholt von einer zunehmenden, auch öffentlich bekundeten Beliebtheit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gedankenguts unter Jugendlichen warnen, gehören entsprechende Ansätze und Gegenstrategien der Kinder- und Jugendhilfe keineswegs zum selbstverständlichen Angebot. So kann man die Orte, an denen die im Rahmen des Hearings vorgestellten Konzepte praktiziert werden, an ein paar Händen abzählen, selbst wenn man ähnlich gelagerte Projekte berücksichtigt. Häufig fehlt es vor Ort an Ressourcen und einer entsprechenden kommunalen Verankerung der Angebote in den Strukturen der lokalen Kinder- und Jugendhilfe. Das Hearing hat einmal mehr deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus an dieser Stelle nicht nur eine Aufgabe des Bundes und der Länder darstellt, sondern auch der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen ihrer kommunalen Verantwortung.
- Dies ist jedoch nur die eine Seite. Auf der anderen Seite zeigte sich wieder einmal, dass viele Projekte noch immer zu weiten Teilen im Verborgenen arbeiten. Selbst innerhalb einer Kommune weiß man wenig voneinander, obwohl zum Teil die gleichen Jugendlichen die Angebote nutzen. Viele Projekte schotten sich ab. Angesichts der Adressatengruppe und der unvermeidbaren Schwierigkeiten bei der Arbeit mit ihnen fürchten sie zwischen die öffentlichen und politischen Fronten zu geraten – ähnlich den Projekten, die sich plötzlich zwischen den politischen Fronten wiederfinden, weil sie verdächtigt werden, einen »akzeptierenden Ansatz« zu verfolgen, und weil einige Politiker, aber auch andere, glauben, mit wenig hilfreichen Argumenten – wie z. B. der Rede von der Glatzenpflege auf Staatskosten – öffentlich Punkte sammeln zu können. Zudem scheint gerade die pädagogische Arbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen ein attraktives Feld für charismatische Persönlichkeiten zu sein. Es werden Ansätze entwickelt, erprobt, in Weiterbildungen gelehrt und anschließend zertifiziert, die weitgehend von der Persönlichkeit und dem Habitus einer zentralen Person abhängen. Auf diese Weise entstehen gut funktionierende und erfolgreiche Projekte, die allerdings so stark auf die begeisternde Persönlichkeit ihres Gründers zugeschnitten sind, dass ihre Inhalte, Voraussetzungen und Erfahrungen kaum kommunizierbar sind, geschweige denn übertragbar sind.

Es können Überzeugungsgemeinschaften entstehen, mit der Folge, dass nun strikt zwischen dem »richtigen Ansatz« und nicht akzeptablen Kopien unterschieden wird und viel Energie für die Aufrechterhaltung dieser Unterscheidung verwendet wird.

Dies alles ist nicht gerade förderlich für einen fachlichen Erfahrungsaustausch. Das Hearing jedoch hat deutlich gemacht, dass dieser dringend notwendig ist.

- ▶ Eine Voraussetzung zur Weiterentwicklung der Praxis ist, dass die Ansätze viel präziser als bisher auf ihre institutionellen und personellen Voraussetzungen, ihre Zielgruppen und jene Adressaten, die sie nicht erreichen, die Prämissen und Implikationen des Vorgehens und ihre Erfahrungen und Erfolge diskutiert werden. Es bedarf sachgerechter, kritischer Beschreibungen der Strategien, welche die jeweiligen Chancen und Grenzen ausloten, ihrer Voraussetzungen und Ergebnisse. Die Diskussion um die sog. »akzeptierende Jugendarbeit« ist dabei insofern lehrreich, als sie verdeutlicht, dass es neben griffigen Etiketten eben auch plausible und für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Konzeptbeschreibungen und Erfahrungsberichte braucht. Es bedarf einer verbesserten und wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, die nachvollziehbar macht, warum dieses oder jenes Vorgehen sinnvoll erscheint. Die Debatte um die sog. »akzeptierende Jugendarbeit« ist darüber hinaus auch lehrreich, als sie einmal mehr deutlich macht, dass Selbstbeschreibungen der Projekte allein nicht helfen, weil sie im Zweifelsfall verdächtigt werden, immer nur pro domo zu sprechen. M. a. W.: Was notwendig ist, ist eine systematische Beschreibung des Feldes inklusive der Stärken und Schwächen der jeweiligen Ansätze, also eine fachliche Einschätzung ihrer Möglichkeiten und Grenzen und eine fachliche Einbettung in das System jugendbezogener Unterstützungs- und Hilfeangebote sowie die öffentlichkeitswirksame Verbreitung. Vor allem bedarf es der Verstärkung des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung auf regionaler Ebene, weil sich immer zeigt, dass die Erfahrungen nicht nur sehr unterschiedlich sind, sondern auch, dass selbst zwischen benachbarten Projekten kein Kontakt besteht.
- ▶ Einmal mehr haben die Beiträge auf dem Hearing deutlich gemacht, wie voraussetzungs- voll die Praxis und die Auseinandersetzung mit rechtsorientierten, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Jugendlichen ist – eine Tatsache, die immer wieder vergessen wird. Entgegen manchem Vorurteil belegen die Beiträge, dass es unter bestimmten Bedingungen möglich ist, diese Jugendlichen anzusprechen und zu erreichen. Erneut hat sich jedoch gezeigt, dass jenseits der aktuellen Konjunktur des Themas Rechtsextremismus und Gewalt für die Fachpraxis ein langer Atem und Kontinuität Voraussetzung sind. Darüber hinaus unterliegt die Arbeit mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und gewalttätigen Jugendlichen besonderen Anforderungen und Herausforderungen an das professionelle Fachpersonal. Sowohl die praktischen Probleme, wie sie z. B. beim Aufbau von gegenseitigem »Vertrauen« bei der heiklen Phase der Kontaktaufnahme, bei den Bemühungen um eine Stabilisierung der Jugendlichen, bei der Suche nach Alternativen, dem Umgang mit den hierarchischen Strukturen und der dominanten Rolle

des Alkohols oder in Form der schnell erreichten Grenzen diskursiver Verständigung sichtbar werden, als auch die erhöhte öffentliche und politische Aufmerksamkeit, die nicht selten mit schneller Kritik zur Hand ist, lassen die Praxis zu einem der schwierigsten pädagogischen Praxisfelder werden. Um diese Praxis sachgerecht bewältigen zu können, bedarf es praxisnaher Begleitung, Beratung und Supervision, ausreichender Möglichkeiten für die Weiterbildung und einer entsprechenden Ausbildung. Bisher fehlt es jedoch nahezu in allen Jugendamtsbezirken an einer entsprechenden Infrastruktur.

Bislang gibt es nur wenige Angebote für Weiterbildungen, die auf diesen Bedarf antworten. Im Gegenteil: Von Jugendämtern kann man immer wieder hören, dass dafür kein Bedarf bestehe. Wie die freien Träger reagieren sie meist erst, wenn die Probleme übermächtig werden. Schließlich muss konstatiert werden, dass es bislang auch an präzisen Beschreibungen dessen fehlt, was eigentlich notwendig ist, wenn man die Arbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen über längere Zeit erfolgreich und einigermaßen unbeschadet überstehen will. Es fehlt an entsprechenden Standards, und man geht kein Risiko ein, wenn man behauptet, dass auch dies ein Grund ist, warum diese Praxis noch nicht zum selbstverständlichen Repertoire fachlichen Handelns in der Kinder- und Jugendhilfe gehört. Die Konsequenz hieraus ist klar: Es bedarf entsprechender flächendeckender Weiterbildung und es muss über die Konsequenzen für die Ausbildung nachgedacht und mit den Beteiligten, also allen voran mit den Hochschulen, gesprochen werden.

2. Herausforderungen zur Weiterentwicklungen der Praxis

So begrüßenswert es ist, dass es mittlerweile eine ganze Reihe von Ansätzen in der Arbeit und der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe gibt, so hat das Hearing zumindest an verschiedenen Stellen auch einige neue Herausforderungen sichtbar werden lassen:

- Mittlerweile berichten die Medien fast wöchentlich über mehrere Vorkommnisse mit fremdenfeindlichen Hintergründen. Dokumentationsstellen und engagierte Journalisten zeichnen das Bild einer massiven Zunahme fremdenfeindlicher Angriffe und wachsender Attraktivität rechtsextremistischen Gedankenguts. Formulierungen wie „Angsträume“ und „national befreite Zonen“ – eigentlich ein Propagandabegriff der rechten Szene – suggerieren, dass es mittlerweile weite Landstriche gäbe, in denen rechtsorientierte Jugendliche die Öffentlichkeit kontrollieren würden und Andersdenkende um ihr Leben fürchten müssen. Dem steht gegenüber, dass von den zuständigen Behörden meist ein anderes Bild gezeichnet wird. Die meisten Verfassungsberichte der Länder behaupten einen Rückgang rechtsextremistischer Straftaten im Jahresvergleich 1998-1999. Nachfragen bei Kultur- und Sozialbehörden liefern kaum konkrete Hinweise und auch vor Ort klaffen die Lagebeschreibungen deutlich auseinander. Dies kumuliert schließlich in der Auskunft, dass man am besten die Jugendlichen selbst frage, wie die Lage vor Ort sei.

Was also notwendig ist, sind tragfähige, glaubwürdige und differenzierende Lagebeschreibungen über Entwicklungen, Ereignisse, Dominanzphänomene, Gruppenkonstellationen staatlicher Reaktionen, demokratische Gegenkräfte vor Ort. Auf dieser Basis können dann für die lokale Situation geeignete Konzepte und Strategien entwickelt und Netze geknüpft werden.

- ▶ Auch wenn auf dem Hearing nicht über die jeweiligen biographischen und sozialen Hintergründe von Rechtsextremismus im Jugendalter gesprochen wurde, so wurde doch deutlich, dass derartige Orientierungen sowohl etwas mit der Suche nach Zugehörigkeit, sozialer Anerkennung und Identitätssuche, also auch mit Gleichaltrigengruppen und Gruppenkulturen zu tun haben. In diesem Sinn wäre es eine wenig hilfreiche Vereinfachung, wenn man das Problem des Rechtsextremismus aus der Perspektive individueller Einstellungen und Handlungen einzelner Jugendlicher diskutieren würde, und dabei den Aspekt der Gruppenzugehörigkeit, der gruppeninternen Dynamiken und der Identitätssuche in einer diffus gewordenen Gesellschaft aus dem Blick verlieren würde (vgl. Eckert u. a. 1999; Willems 1993). Für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet dies, dass sie sich fragen lassen muss, welche überzeugenden Alternativen sie zu den – aus der Sicht der Jugendlichen – wichtigen Männlichkeitsritualen zu bieten hat. Wenn es zutrifft, dass Gewaltausübung immer auch etwas mit der Verteidigung der eigenen Ehre und der Wahrung des Gesichtes, der Bestärkung des Gruppenzusammenhalts, der Symbolisierung von Jugend im Sinne von „cooler action“, dem authentischen Erleben und der Erfahrung der eigenen Körperlichkeit zu tun hat, dann erweist sich der überwiegende Teil der pädagogischen Praxis als zu wenig körperbezogen und wenig sensibel für die in Gewalthandlungen sich manifestierenden Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Orientierung gerade von männlichen Jugendlichen. Stärker in ihren Chancen und Grenzen ausgelotet und überprüft, aber auch verbreitet werden sollten deshalb alternative körper- und erlebnisbetonte Angebote.
- ▶ Jugendlicher Rechtsextremismus, dies wurde an verschiedenen Stellen sichtbar, ist männlich dominiert. Zwar gibt es in den Szenen auch Mädchen, doch sind die Jungen hier nicht nur quantitativ stärker vertreten, sondern sie dominieren auch das Geschehen. Dies hängt vermutlich auch damit zusammen, dass im Kontext rechtsextremer Orientierungen und Medien rigide und einseitige Männlichkeitsbilder vermittelt werden. Für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen ist damit die Konsequenz verbunden, geschlechtsspezifische Aspekte stärker als bisher in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. Das bedeutet einerseits, dass jungen Männern ein Repertoire an Rollenvorbildern vorgelebt und vermittelt werden muss, in dem neben körperlicher Stärke, Durchsetzungsfähigkeit, Menschenverachtung und Rücksichtslosigkeit auch andere Aspekte Platz haben: Zum Beispiel Verständigungsbereitschaft, Emotionalität, Empathie und die Orientierung an moralischen Maßstäben. Andererseits gilt es nach geeigneten Wegen zu suchen, Aggression und Körperlichkeit bewusst, regelorientiert und verantwortlich auszuleben.

- In den letzten Jahren hat die Fachpraxis eine Reihe von Angeboten gerade für rechte Szenen und die Jugendlichen entwickelt. Im Sinne der Zielgruppenorientierung, also einer zunehmenden Spezialisierung der Inhalte und Strukturen auf bestimmte Adressaten, wurde versucht, den Besonderheiten dieser Jugendlichen entgegenzukommen. Eine Folge davon war, dass Jugendliche, die den rechten Szenen nicht angehörten, die Angebote meiden. Auf diese Weise blieb man unter sich, man konnte sich gegenseitig bestätigen und eine zivile Auseinandersetzung mit anderen Jugendlichen wurde vermieden. Gelegentlich führten derartige Entwicklungen zu einer kurzzeitigen Dominanz rechter und rechtsextremistischer Jugendlicher über einzelne Einrichtungen und deren Personal.

Die Alternativen hierzu wären integrative Angebote. Die vorliegenden Erfahrungen legen jedoch den Schluss nahe, dass gerade, wenn mit Jugendlichen mit verfestigten Orientierungen gearbeitet wird, dauerhaft integrative Ansätze, z. B. zusammen mit »linken« Punks, in einer Einrichtung meist zum Scheitern verurteilt sind. Zugleich bedarf es aber gerade für diese Jugendlichen konkreter Anlässe, die in der Lage sein könnten, den fatalen Mechanismus der ständigen Selbstbestätigung der eigenen kruden Weltsicht aufzubrechen. Zumindest punktuelle Begegnungen mit anderen Jugendlichen, z. B. in Form von Fußballturnieren oder anderen sportlichen und körperbetonten Angeboten, wären dafür eine Möglichkeit. Diese müssten allerdings gut organisiert und strukturiert sein, damit sie sich nicht zu Gelegenheiten für Schlägereien zwischen den Szenen oder andere Straftaten entwickeln. Von Bedeutung ist auch, dass vor Ort nicht ausschließlich nur für eine Szene Jugendhilfeangebote gemacht werden: um z. B. Auseinandersetzungen um Räumlichkeiten vorzubeugen, werden gleichzeitig – ggf. über den Träger miteinander verbundene – Projekte für linke und für rechte Jugendliche in einer Region benötigt.

- Die Diskussion um rechtsextremistische und fremdenfeindliche Jugendliche ist durch eine starke Konzentration auf die manifesten Gewalttäter mit verfestigten Orientierungen geprägt. Dieser – zweifelsohne wichtige und politisch notwendige – Fokus führt dazu, dass die Wege in die Szenen und die Gewalt, die biographischen und sozialen Voraussetzungen, die latenten Formen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit und die begleitenden soziokulturellen Milieus und Praxen weitgehend vernachlässigt werden. Was also notwendig erscheint, ist erstens eine stärkere Differenzierung der Adressatinnen- und Adressatengruppen. Jugendlichen mit verfestigten politischen Orientierungen muss anders begegnet werden als unentschlossenen Schülern, die sich mit nazistischen Symbolen schmücken und Oi-Musik hören, weil es in ihrer Gleichaltrigengruppe gerade schick ist. Es gilt ebenso die unterschiedlichen Rollen von Jungen und Mädchen zu berücksichtigen, wie zwischen ideologisierten Aktivisten und Mitläufern unterscheiden zu lernen. Zweitens muss die Fachpraxis besser als bisher lernen, die Vorformen und die Wege in verfestigte Gewaltkarrieren und ideologische Borniertheiten zu erkennen. Ohne Zweifel handelt es sich dabei im Einzelfall um heikle Balanceakte zwischen der sinnvollen Toleranz gegenüber jugendlichen Grenzüberschreitungen – z. B. in Form von »dummen« Witzen

oder übermütigen Provokationen – und pädagogischen Interventionen gegenüber fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen, Symbolen oder gar Verhaltensweisen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn auch die Wissensbasis über Vorformen und Wege in die Szenen und die darauf bezogene Praxisstrategien verbessert wird.

- ▶ Eine zentrale Herausforderung auch in der Arbeit mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Jugendlichen ist die Verbesserung der Kooperation zwischen zuständigen und verantwortlichen Institutionen. Allen voran ist hierbei die Schule zu nennen, aber auch Aus- und Weiterbildung, die Arbeitgeber, die offene und verbandliche Jugendarbeit einschließlich der Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung und der lokalen Gemeinwesenarbeit, die Medien und die Freizeitindustrie (von der Filmindustrie über die Videovertriebsringe bis hin zu Discos und kommerziellen Freizeitangeboten). Zwar weiß man um die beschränkten Möglichkeiten, rechtsextremistische und fremdenfeindliche Jugendliche mit den Angeboten der offiziellen Bildungsinstanzen und der Jugendarbeit bzw. Jugendbildung zu erreichen. Auch die Ausbildungsstätten und Betriebe kommen schnell an ihre Grenzen. Zum einen ist es aber noch lange nicht ausgemacht, dass in diesem Bereich alle Möglichkeiten bereits ausgeschöpft sind; zum anderen gilt auch hier wieder, dass Jugendliche und junge Erwachsene üblicherweise in diese rechten Szenen erst hineinwachsen und auf diesem Weg einerseits ein reichhaltiges Angebot zur Verstärkung latenter und vager rechter und fremdenfeindlicher Neigungen und andererseits kaum Hürden vorfinden. Kooperation und Verstärkung der Bemühung müsste sich dementsprechend nicht nur auf die Bekämpfung des manifesten Rechtsextremismus beziehen, sondern auch im Vorfeld wirksam werden.

- ▶ Eine besondere Rolle in diesem Zusammenhang spielt sicherlich das Internet. Die nahezu unbeschränkte Möglichkeit, überall in der Welt Dateien mit nazistischen, fremdenfeindlichen, gewaltverherrlichenden, rassistischen, antisemitischen Inhalten herunterzuladen und Informationen auszutauschen, hat neue Strukturen und neue Wege der Verfestigung der Szenen geschaffen. Gerade weil das Internet vor allem ein von Jugendlichen genutztes, de facto nicht kontrollierbares Medium darstellt, erweist es sich als eine für Jugendliche attraktive Möglichkeit, alle Attribute der Szenzugehörigkeit auszuleben. Vor diesem Hintergrund mehren sich die Forderungen nach juristisch durchgesetzten Verboten und technischen Hürden. Derartige Forderungen hätten jedoch nur Erfolg, wenn sie international umgesetzt werden könnten. Nur ein Land und ein paar in diesem Land installierte Server reichen bei der gegenwärtigen Struktur des Internets aus, um derartige Verbote weltweit zu unterlaufen. Nationale Verbote sind deshalb zum Scheitern verurteilt. Auch ist damit zu rechnen, dass der privaten Nutzung von entsprechenden Homepages kaum beizukommen sein dürfte. Vor diesem Hintergrund besteht die zentrale Herausforderung darin, wenigstens im öffentlichen Raum die Auseinandersetzung mit den Internetangeboten zu beginnen. Dies fängt

an mit dem Fachwissen der zuständigen Verantwortlichen, seien es Politiker, Sozialarbeiter oder Lehrer. Um es zuzuspitzen: Die Aktion »Schulen ans Netz« und ähnliche Programme müsste auch zur Konsequenz haben, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur lernen den Computer zu beherrschen, sondern sich auch darüber informieren, welche „Hassseiten“ das Internet bereithält, welche Rolle diese Seiten bei den Schülerinnen und Schülern spielen, um dann nach entsprechenden Antworten zu suchen.

- Bei rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttätern handelt es sich meist um Jugendliche und junge Erwachsene. Gerade für die letztgenannte Gruppe fehlt es an geeigneten Angeboten, insbesondere dann, wenn sie nach einer Verurteilung aus der Haft entlassen werden und Gefahr laufen, wieder zu ihren alten „Kameraden“ zurückzukehren. In der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem auf Seiten der Kommunen sind die Hilfen für junge Erwachsene umstritten, weil sie nicht selten erhebliche Kosten verursachen. Es wäre jedoch in Bezug auf die hier in Rede stehenden Gruppen von jungen Erwachsenen geradezu widersinnig, wenn der entsprechende Paragraph 41 SGB VIII (KJHG), Hilfe für junge Volljährige, nicht mehr umgesetzt würde. Hier ein deutliches politisches Signal zu setzen, wäre in dem Streit um mögliche Kosteneinsparungen dringend notwendig.
- Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen sind kein spezifisches deutsches Problem. Wenn auch auf Grund der eigenen Geschichte derartige Phänomene und die entsprechenden Ereignisse in einem besonderen Licht erscheinen, so scheint es doch sinnvoll, stärker als bisher den Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene zu fördern. Nicht nur die weltweite Verknüpfung der Szenen durch das Internet und die grenzüberschreitenden Kontakte und Aktionen erfordern entsprechende Antworten; auch die Entwicklung von Ansätzen und Strategien in anderen Ländern bedürfte hierzulande mehr Aufmerksamkeit.
- Eine der wichtigsten Herausforderung besteht in der Notwendigkeit, das Wissen über die Wirksamkeit von Angeboten und ihre Voraussetzungen zu verbessern. Nach wie vor gibt es einen Überschuss an Programmatiken, zahlreiche, meist aber eher unsystematische Erfahrungsberichte und eine bestenfalls nur lokal beschränkte systematische Ergebnis-sicherung. So gibt es zwar zahlreiche Studien zu Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus – zum Teil mit widersprechenden Ergebnissen; was aber fehlt, sind – sieht man von den Bemühungen um eine systematische Evaluation des Bundesprogrammes AgAG und entsprechender Programme auf Landesebene sowie einigen Arbeiten zur sog. „akzeptierenden Jugendarbeit“ ab – Evaluationen und die Dokumentation bewährter pädagogischer Praxis mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Jugendlichen. Die Frage, welche Ansätze im Hinblick auf welche Formen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit wenigstens mittelfristig wirksam sein können und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen, bleibt in weiten Teilen unbeantwortet. Zum Teil

würde es schon helfen, wenn man die vorhandenen Erfahrungen – z. B. aus AgAG, wie das Hearing gezeigt hat – bündeln und systematisch auswerten könnte. Hilfreich wäre auch eine sachlichere Debatte über gescheiterte Projekte. Darüber hinaus könnte ein Blick in das europäische Ausland helfen, weil auch dort mittlerweile eine Vielzahl von Initiativen und Projekten existieren, so dass ein Erfahrungsaustausch zumindest die eigenen Erfahrungen besser einordnen helfen könnte. Letztendlich aber bedarf es systematischer Evaluationsstudien, welche die längerfristigen Effekte der Fachpraxis untersuchen und im Hinblick auf die Frage „what works and what doesn't work“ (Welche Maßnahmen erreichen die angestrebten Effekte bzw. welche funktionieren nicht?) analysieren.

3. Fazit

Die Beschreibung von Herausforderungen ist das eine, ihre Einlösung und Umsetzung das andere. Für letzteres bedarf es eines entsprechenden politischen Willens bei den Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Hierzu gehört nicht nur das Bemühen um differenzierte Sach- und Lagebeschreibungen, die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und ein Umdenken auf Seiten der Institutionen, um die versäulten Zuständigkeiten aufzubrechen. Wichtig ist vor allem, die Rede von der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und der Vielschichtigkeit der Ursachen und Hintergründe endlich ernst zu nehmen.

Unabhängig davon gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die Kinder- und Jugendhilfe – selbst unter optimalen Bedingungen – allein nicht in der Lage sein wird, das Problem rechtsextremer, fremdenfeindlicher und gewalttätiger Jugendlicher zu lösen. Dafür sind vor allem zwei Gründe verantwortlich:

- ▶ Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind kein Jugend-, sondern ein gesellschaftliches Problem. Zweifelsohne sind es vornehmlich Jugendliche und junge Erwachsene, die als Gewalttäter auftreten und die in der Öffentlichkeit – z. B. bei einer NPD-Demonstration – dem Rechtsextremismus ein Gesicht geben. Die Wurzeln und die Hintergründe liegen jedoch tiefer und betreffen eine ganze Reihe anderer gesellschaftlicher Gruppen. Kinder- und Jugendhilfe mit ihrer Konzentration auf die Kids, Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann deshalb – unvermeidlich – nur einen Ausschnitt des Problems bearbeiten. Und sie ist – daran muss immer wieder erinnert werden, damit keine unrealistischen Erwartungen entstehen – keineswegs die einzige Sozialisationsinstanz. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kann mittelfristig nur begegnet werden, wenn alle sozialrelevanten Beteiligten, neben der Kinder- und Jugendhilfe also Familie, Schule, Ausbildung, Freizeitindustrie, Medien und Öffentlichkeit zusammen mit der Politik an einem Strang ziehen.
- ▶ Die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe ist eine pädagogische. Unvermeidlich stößt sie dort an ihre Grenzen, wo die Regeln des zivilen Umgangs und der zivilen Verständigung syste-

matisch und auf Dauer verletzt werden. Dies gilt auch für die eher konfrontativen Angebote. Es wäre in diesem Sinne eine Überforderung zu erwarten, dass die pädagogische Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in der Lage sein sollte, die Probleme Rechts extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu lösen, weil die Problemlösungskapazitäten anderer Instanzen wie der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Politik an ihre Grenzen gekommen sind.

Zugleich gilt aber auch, und dies wurde zuvor schon mehrfach angesprochen, dass die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Jugendlichen und den Wegen dorthin nicht nur besonderen Bedingungen unterliegt, sondern – wie jede pädagogische Praxis – heikel und risikoreich ist. Gerade weil die pädagogische Praxis keine Erfolgsgarantie geben kann, gehört das Risiko des Scheiterns unvermeidlich dazu. Wie in jeder pädagogischen Praxis gilt auch für dieses Feld: Rechtsextreme Jugendliche lassen sich nicht ohne weiteres steuern oder einfach beeinflussen, diskursive Verständigung führen keineswegs zwangsläufig zur Einsicht und jedes fachlich gut gemeinte Angebot kann sich leicht in sein Gegenteil verkehren. Wo immer dies geschieht, ist fachliche Kritik, die Suche nach Verbesserungen, u. U. auch der Verzicht auf bestimmte Angebote im Einzelfall angebracht. Eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit – z. B. durch die Träger – könnte ein weiterer Beitrag zur Versachlichung sein. Was jedoch auch notwendig ist, ist der gesellschaftliche Konsens, dass pädagogische Jugendhilfeangebote auch für rechte und fremdenfeindliche Jugendliche flächendeckend erforderlich sind. In diesem Sinne bedarf es einer breiten Akzeptanz, dass für die Arbeit mit diesen Jugendlichen ein pädagogischer und fachlicher Freiraum gegeben sein muss, um im Einzelfall angemessen reagieren zu können. Die pädagogische Praxis mehr oder weniger pauschal als Belohnung für gewalttätige Jugendliche zu diffamieren, hilft nicht weiter, vor allem dann nicht, wenn nicht dazu gesagt wird, was stattdessen mit diesen Jugendlichen zu geschehen hat.

Literaturverzeichnis

- Eckert, Roland/Reis, Christa/Wetzstein, Thomas A.: „Ich will hat anders sein wie die anderen.“ Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen, Leske + Budrich 1999
- Willems Helmut (zusammen mit Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen 1993

Autorinnen und Autoren

Dr. Christine Bergmann
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Irina Bohn
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/M.

Annita Cladder-Micus
Kreisjugendamt Steinfurt

Bernd Holthusen
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Hermann Kohaus
Josefsschule für Erziehungshilfe, Wettringen

Dr. Christian Lüders
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Prof. Dr. Kurt Möller
Fachhochschule Esslingen

Doris Pleiger
Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis, Hamburg

Prof. Dr. Albert Scherr
Fachhochschule Darmstadt

Prof. Dr. Walther Specht
Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

Dr. Peter Steger
SportJugendClub, Berlin Lichtenberg

Thomas Wehling
Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Potsdam

